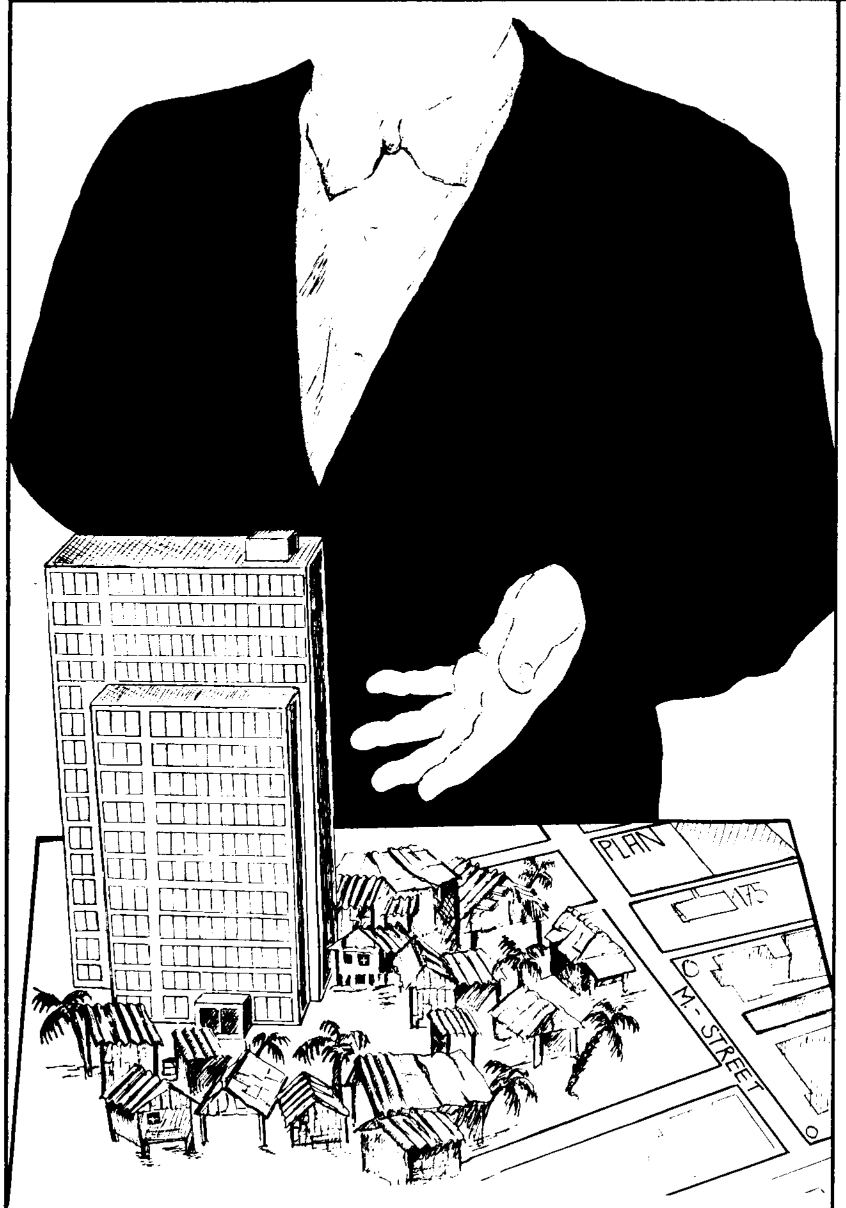
blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Wohnraumprobleme der Dritten Welt am Beispiel Malaysias

AUS DEM INHALT:

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328
Tel. 0761/74003

Nr. 63 August 1977 DM 2.50

IMPRESSUM
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 74003.

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Yolanda Broyles, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Eberhard Gohl, Susanne Habicht, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Clemens Jürgenmeyer, Bettina Kocher, Hildegard Maur, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Horst Pöttker, Peter Poschen, Peter Riedesser, Raili Samela-Gohi, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/22580

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 34,40 bzw. 42,40; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 41,60 bzw. 49,60; Australien, Südpazifik DM 48,80 bzw. 56,80.
Schweiz: Fr. 28,– bzw. 20,–
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/FR 2,50/S 17,–

LEHRERKALENDER 1977/78





Der erste von Lehrern für Lehrer gemachte Kalender – praktisch, vergnüglich, politisch. 352 S., DM 8,50
Anabas-Verlag Grünberger Str. 16
6300 LAHN-GIESSEN

Bücher zur Friedensforschung und Friedenserziehung

Konflikte in der Arbeitswelt
Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. VI. Mit Beiträgen von Hans-Jürgen Benedict, Hanne Birckenbach, Friedhelm Boll, Franz Xaver Braun, Gerhard Breidenstein, Knuth Dohse, Tom Etty, Reimer Gronemeyer, Eckart Hildebrandt, Peter Kammerer, Arbeitsgruppe Konstanz, Klaus Manfrass, Gerd Muhr, Werner Olle, Sven Papcke, Günter Schiller, Wolfgang Schöler, Horst Stasius, Manfred Stinnes, Marian Sucha, Kurt P. Tudyka, Christian Wellmann.
340 Seiten, 15,5 × 22,5 cm, Broschur, DM 25.–
Forschungspraxis muß bei der Erarbeitung von Strategien des Wandels und des Übergangs zu friedlichen und humanen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens die zentralen Kategorien der gegebenen Produktionsverhältnisse einbeziehen, weil diese wesentlich die Entfaltung der Möglichkeiten des Einzelnen beeinflussen, die Verteilung politischer und sozialer Macht und damit die Konstellation, den Verlauf und den Ausgang gesellschaftlicher und internationaler Konflikte bestimmen. Friedensforscher und Gewerkschaften haben in diesem Band erstmals zusammengearbeitet.

... und ich geh' doch zur Bundeswehr!
Planung, Dokumentation und Analyse eines Unterrichtsprojektes im Rahmen schulnaher Curriculumentwicklung.
144 Seiten, Broschur, DM 18.–

Wir produzieren Sicherheit
Sozialisations- und Integrationsfunktion des Militärs als Unterrichtsthema. 80 Seiten, Broschur, DM 6.80

Dritte Welt im Unterricht
Unterrichtsmodelle und -materialien auf dem Prüfstand.
160 Seiten, Broschur, DM 8.–

Hermann Pfister
Polen und Deutsche
Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung.
208 Seiten, Ganzleinen, DM 10.–

Hermann Pfister / Rosemarie Wolf
Friedenspädagogik heute
Vorfragen einer Erziehung zum Frieden.
108 Seiten, Broschur, DM 5.– / Ganzleinen, DM 8.–

Albert Schmelzer
Die Arche - Experiment einer Gesellschaft ohne Gewalt
80 Seiten, Broschur DM 5.–

Heinz Rothenspieler / Charles Walker
Training gewaltfreier Aktion — Theorie und Praxis
Möglichkeit emanzipatorischer Friedenspädagogik? Planung und Durchführung. 90 Seiten, Broschur, DM 5.–

Hermann Pfister / Alfred Walter
Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland
Dokumentation mit Unterrichtsmodell für Sekundarstufe II.
264 Seiten, Broschur, DM 12.– / Ganzleinen, DM 14.80

Projekt Friedensforschung
Ein Unterrichtsmodell für Sekundarstufe II.
80 Seiten, Broschur, DM 5.–

Herausforderung Frieden
Modelle zur Friedenspädagogik für die außerschulische Jugendarbeit.
352 Seiten, Broschur, DM 14.80

Rita Hieber / Hermann Pfister
Aggression und Erziehung — Theorie und Praxis
Eine Antwort auf die Frage nach Ursprung und Ursache von Aggression und Gewalt. 108 Seiten, Broschur, DM 5.–

Hermann Pfister
Friedensdienst mit und / oder ohne Waffen
Ein Unterrichtsmodell für Sekundarstufe II, das zum Ziel hat, daß die Schüler fähig werden, die Phänomene Krieg und Frieden in unserer Weltsituation kritisch zu analysieren.
80 Seiten, Broschur, DM 5.–

WALDKIRCHER VERLAGSGESELLSCHAFT MBH
Marktplatz 8 Tel. 07681-6074 7808 Waldkirch

IZ3W-FÖRDERKREIS – WOZU?

Seit 1968 arbeitet in Freiburg die Aktion Dritte Welt e.V., seit 1970 das Informationszentrum Dritte Welt (iz3w).

Unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit bestand bisher und besteht vor allem in:

- Unterhaltung eines Informations- und Versandbüros
- Aufbau eines umfangreichen, frei benutzbaren Zeitungs- und Zeitschriftenarchivs aus etwa 100 Periodika
- Einrichtung einer frei verfügbaren Präsenzbibliothek
- Publikation aktueller und grundsätzlicher Broschüren zu Fragen der Entwicklungsländerpolitik (auf Anfrage senden wir unsere Materialliste zu)
- Mitarbeit bei der Planung und Durchführung von Seminaren, Diskussionen sowie Film- und Vortragsveranstaltungen (vor allem in Freiburg und im Raum Baden-Württemberg)
- Publizistische und materielle Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt (in Zusammenarbeit mit anderen Dritte Welt-Organisationen)
- Herausgabe der 8 mal im Jahr erscheinenden „blätter des iz3w" (seit Nov. 1970).

Mit unserer Arbeit wollen wir beitragen zur Gewinnung von Einsichten über diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die Unterentwicklung historisch verursacht haben und gegenwärtig stabilisieren. Diese Bildungsarbeit verweist immer wieder auf die Veränderungsnotwendigkeit der westlichen Industrieländer und damit auch unserer eigenen, kapitalistisch organisierten Gesellschaft. Publizistische und – soweit möglich – auch materielle Unterstützung von fortschrittlichen Kräften in Ländern der Dritten Welt betrachten wir als eine wichtige konkrete Handlungsmöglichkeit im Bereich der Dritte Welt-Arbeit.

Unsere Arbeit wird ganz überwiegend von unentgeltlich tätigen Mitarbeitern verrichtet (Studenten, Doktoranden, Be-



rufstätige). Der erreichte Umfang unserer Tätigkeit läßt es nicht zu, von zufälligen und sporadisch eintreffenden Spenden abhängig zu sein. Um Unabhängigkeit und Kontinuität des Informationszentrums Dritte Welt zu gewährleisten und eine längerfristige Planung zu ermöglichen, bitten wir alle, denen an der Fortführung und Ausweitung unserer Arbeit gelegen ist, um ihre aktive Solidarität durch ihren Beitritt zum

FÖRDERKREIS DES INFORMATIONS-ZENTRUMS DRITTE WELT.

Wir denken dabei vor allem (aber nicht ausschließlich) an berufstätige Sympathisanten, die teils an eigenem zeitlichen Einsatz im Bereich der Dritte Welt-Arbeit verhindert sind, teils als „Bildungsarbeiter" selbst u.a. auch Dritte-Welt-Arbeit betreiben (Lehrer, Pfarrer u.a.).

Als Förderer bestimmen Sie die Höhe Ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die „blätter des iz3w" kostenlos zugesandt. Bedenken Sie: nur einplanbare Beträge können die unabhängige und kontinuierliche Weiterführung unserer Arbeit garantieren.

Aktion Dritte Welt
und
Informationszentrum Dritte Welt

An . . . .
(Geldinstitut)

Bitte überweisen Sie ab. . . . . von meinem

Konto Nr. . . . . bei Ihnen

monatlich am . . . ten d.M. DM/Fr/S . . . .

an die

Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg i.Br., Konto Nr.
1482 39 - 755 beim Postscheckamt Karlsruhe
40 - 35899 beim Postscheckamt Basel
2377.047 bei der Österreichischen Postsparkasse

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Name. . . . .

Straße . . . .

Ort . . . .

Unterschrift:. . . . .

KRITISCHES CHRISTENTUM **ANZEIGE**
Beiträge zu Kirche und Gesellschaft

Erscheint seit Oktober 1976 monatlich und bringt Analysen, Kommentare und Berichte über Vorgänge in Gesellschaft und Kirche aus der Sicht fortschrittlicher Christen.

Bisher erschienen u. a. Beiträge von: *Herbert Berger, Karl Blecha, Bischof Emilio de Carvalho (Angola), Giovanni Battista Franzoni (Italien), Helmut Gollwitzer, Gustavo Gutierrez (Peru), Adolf Holl, Adalbert Krims, Carlos Lopez (Kuba), Erzbischof Paul Nguyen Van Binh (Vietnam), Nguyen Dinh Thi (Vietnam), Anton Pelinka, Walter Sauer, Ulrich Trinks*

Jahresabonnement (10 Nummern): öS 100/DM 20
Bestellungen: Aktion Kritisches Christentum, Margaretenstraße 22/17, A-1040 Wien

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Asien

VIETNAM

Ausländische Investitionen zugelassen

Für ihren ersten Fünfjahresplan hat die Demokratische Volksrepublik Vietnam sich ehrgeizige Ziele gesteckt, um das kriegszerstörte Land wieder aufzubauen: das Bruttosozialprodukt soll jährlich um 15 % steigen, das Volkseinkommen 13 - 14 %, die landwirtschaftliche Produktion um 8 - 10 % und die industrielle Produktion um 16 - 18 % (Helsingin Sanomat 28.5.77).

Da angeblich die Volksrepublik China und die UdSSR ihre Hilfe seit Kriegsende verringert haben (International Herald Tribune 23.3.77), obwohl ausländische Unterstützung stark gebraucht wird, gewinnt die „Hilfe" aus kapitalistischen Ländern an Bedeutung. Während Schweden mit über 300 Mio $ die am stärksten repräsentierte westliche Nation ist, erhält Vientam nun nach dem Besuch von Ministerpräsident Pham Van Dong in Frankreich auch von den früheren Kolonialherren Kredite in Höhe von 135 Mio $ (FR 8.7.77).

Die Forderung nach Reparationszahlungen seitens der USA konnten die Vietnamesen noch nicht durchsetzen; auch das amerikanische Handelsembargo bleibt weiterhin bestehen (FEER, 3.6.77). Die USA gaben lediglich ihren Widerstand gegen Vietnams UNO-Beitritt auf.

Darüber hinaus hat die DRV „überraschend liberale" (Intern. Herald Tribune 23.3.77) neue Richtlinien für ausländische Investitionen erlassen, „die für ein kommunistisches Land einmalig sind" (IHT). 30- bis höchstens 49 % des Kapitals können gemeinsam mit vietnamesischen Staatsfirmen angelegt werden. Auch Gewinne können recht großzügig wieder ausgeführt werden.

Findet Produktion nur für den Export statt, kann der ausländische Kapitalanteil sogar 100 % betragen. Die Vietnamesen stellen in diesem Fall nur Standort und Arbeitskraft zur Verfügung.

Die Gehälter für die vietnamesischen Beschäftigten müssen in Devisen ausgezahlt werden, während die ausländischen Techniker die Hälfte ihres Gehaltes in Vietnam ausgeben müssen. Hier kommen den ausländischen Kapitalisten die sehr niedrigen Löhne zugute, die für einen Arbeiter 20 bis 25 US-Dollar pro Monat betragen (FEER, 3.6.1977).

Schutz vor der Nationalisierung garantiert die DRV allerdings nur für 10 - 15 Jahre.

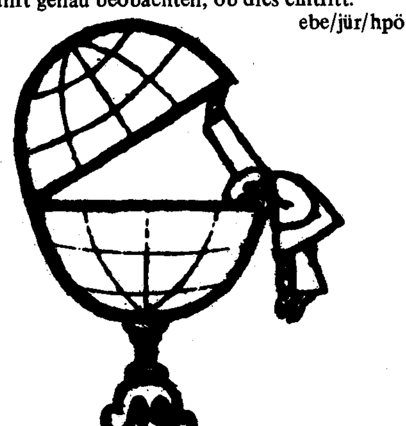
Die Tatsache, daß die DRV die ausländischen Investititionen unter Kontrolle halten will, macht die kapitalistischen Investoren vorerst noch recht zurückhaltend.

So forderte der Vizepräsident der Citibank in Hongkong, Edward Harshfield, bei seinem Besuch in Hanoi, daß die vietnamesischen Investitionsbedingungen „in gewisser Weise mit den Investitionsregelungen in anderen Ländern Asiens vergleichbar" zu machen (FEER, 3.6.77, S. 45; vgl. zu diesem Thema generell: FEER, 13.5.1977).

Dafür, daß die DRV neuerdings Auslandsinvestitionen ins Land holt, gibt es einerseits plausible Erklärungen: Das Land hat – u.a. aufgrund immer noch notwendiger hoher Reisimporte – eine sehr negative Handelsbilanz und infolgedessen Devisenmangel. Darüber hinaus benötigt es für eine gewisse Anfangs- und Übergangszeit ausländisches „Engagement", um in der Industrialisierung weiterzukommen, die auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität gerichtet ist (Traktoren- und Düngemittelfabriken). Auch die VR China hat ja in den 50er Jahren enorme Industrialisierungshilfe aus der UdSSR erhalten, bevor sie ganz auf sich gestellt wirtschaften konnte.

Andererseits birgt die neue Wirtschaftspolitik der DRV natürlich auch die Gefahr, daß das Land über kurz oder lang wieder vom internationalen Kapital abhängig wird. Kritische Solidarität mit der DRV sollte in Zukunft genau beobachten, ob dies eintritt.

ebe/jür/hpö



Lateinamerika

ECUADOR

Gewerkschaften warnen vor der Gefahr einer faschistischen Diktatur

Am 18. Mai dieses Jahres riefen die drei nationalen ecuadorianischen Gewerkschaften (CEDOC, CTE und CEOSL) (1) gemeinsam zu einem 24stündigen Generalstreik auf, um den Militärs und der herrschenden Klasse gegenüber die entschiedene Bereitschaft zur Verwirklichung ihrer "Neun-Punkte-Plattform" (Anhebung des Mindestlohns um 50 %, Lösung aller bestehender Arbeitskonflikte, Herstellung des Streik- und Organisationsrechts, sofortige Anwendung des Agrarreformgesetzes, Verstaatlichung des Erdöls, der Elektroindustrie, des Außenhandels um nur die wichtigsten Punkte zu nennen) zu bekunden. Der Generalstreik wurde zu einem großen Erfolg.

Zum Verständnis dieser Aktionen einer an Stärke gewinnenden Gewerkschaftsbewegung sei kurz auf die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Hintergründe hingewiesen.

Der politischen Machtübernahme durch die Militärjunta im Februar 1972 folgte im gleichen Jahr der Beginn der Erdölförderung im Osten des Landes. Der Charakter beider Ereignisse ließ besonders die Arbeiter und Bauern auf eine Verbesserung ihrer miserablen Lebenssituation hoffen, zumal neben den im Programm der Militärs versprochenen Reformen der notwendige finanzielle Rückhalt gesichert schien. Fünf Jahre sind seitdem vergangen und die Militärs sind mit ihrer „Philosophie" (2) am Ende. Die von ihnen geweckten Hoffnungen wurden nicht erfüllt. Die Hälfte der Einnahmen aus dem Erdölsektor wurde nicht zur Finanzierung der geplanten Reformprojekte verausgabt, sondern floß in den Militärhaushalt. Gegenwärtig wird beispielsweise mit Israel über den Kauf von 24 Kampfflugzeugen des Typs „Nesher" (3) verhandelt.

Diese Aktivitäten wurden den Massen u.a. als Voraussetzung für die Wiedereroberung derjenigen Gebiete „verkauft", welche im Erdölkrieg von 1941 an Peru verlorengegangen sind. Tatsächlich dient diese forcierte Aufrüstung jedoch der Bekämpfung des „inneren Feindes."

Die herrschenden Klassen sehen in der zunehmenden politischen Artikulation der Arbeiter und Bauern eine Gefahr, welche ihren Plan, sich einen möglichst großen Anteil der neuen Einnahmequelle, dem Erdöl, in die Tasche zu stecken, zunichte machen könnte.

Das Militär hat seine versprochenen Reformvorhaben, die auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung abzielten, inzwischen wieder ad acta gelegt und will die Regierungsverantwortung erneut in die Hände der traditionellen Elite legen (Rückkehr zur formalen Demokratie im Frühjahr 1978). Diese Entwicklung entspricht voll und ganz dem Interesse der ausländischen Konzerne, welche berechtigterweise in eben dieser Elite ihren nachgiebigen Juniorpartner erkennen und deren Angst vor einem möglichen nationalistischen Reformkonzept der Militärs sich somit als unbegründet erwiesen hat.

Die Bereitschaft der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG), Ecuador in Zukunft besonders zu fördern, ist sicher vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklung zu sehen, welche „enorm günstige" Voraussetzungen für die Stabilisierung des Status quo, sprich die immense Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung, bietet.

Nehmen wir ein Beispiel dafür: Einer der Neun-Punkte in der Plattform der drei

Gewerkschaften verlangt die Heraufsetzung des Mindestlohns von derzeit 1500 Sucres (11 Sucres = 1,– DM) – diesen erhalten selbst nur wenige derjenigen, die einen f e s t e n Arbeitsplatz haben – auf das Doppelte von 3000 Sucres. Setzen wir dem die von K.P. Krause am 20.11. 1976 in der FAZ angegebenen Lebenshaltungskosten (ohne Miete) einer in BRD-Konzerne arbeitenden Familie von 16000-20000 Sucres gegenüber, zeigt dies die extrem schlechte Lebenssituation der Arbeiterklasse sehr deutlich.

Auch erhoffen sich die Arbeiter und Bauern wenig von der Rückkehr zur „Demokratie", auf die sich die herrschende Klasse seitens ihrer ca. 20 verschiedenen Parteien in Koalitionen und Absprachen gegenwärtig vorbereiten. Als Ergebnis dieser Mauscheleien werden sie dem Volke die 17. Verfassung seit der Staatsgründung zur Abstimmung vorlegen. Ihre zivilen Vertreter innerhalb der jetzigen Regierung stehen ihnen – neben den hilfreichen Militärs – mit praktischen Hilfsmaßnahmen zur Seite. So meinte Finanzminister Sevilla im Dezember, daß man die Inflation nicht durch Lohnerhöhungen stoppen könne, sondern damit nur das Gegenteil bewirken würde. Die Ursachen seien vielmehr in den hohen öffentlichen Ausgaben und dem übermäßigen Geldumlauf zu suchen. Wer hörte bei dieser Argumentation nicht die Stimme eines Schülers Milton Friedmans, Verantwortlicher des ökonomischen Völkermordes in Chile, heraus?!

In die Praxis umgesetzt werden solche Ideen dann in Übereinstimmung mit dem Minister für „Arbeit und sozialen Wohlstand", der die entsprechenden Gesetze gegen die Forderungen der Arbeiter durchsetzt. Dieser Minister, Oberst Jorge Chiriboga, erwies sich mit den Maßnahmen nach dem Generalstreik vom 18. Mai definitiv als Vertreter der faschistischen Fraktion innerhalb der Militärs. Nach dem Mord eines Bauernführers, der Verhaftung unzähliger Gewerkschaftsführer und der Entlassung einer Vielzahl von streikenden Arbeitern durch die Unternehmen, klagte die Regierung die drei Gewerkschaftspräsidenten des Gesetzesverstoßes an, um sie nun durch einen Prozeß auszuschalten. Die Gewerkschaftsführer sehen sich einer dauernden Verfolgung ausgesetzt, ihre Familien werden belästigt, ihr Leben ist in Gefahr. Emilio Velasco, den Präsidenten der CEDOC, wollte man aus seiner Wohnung verschleppen, was durch seine Nichtanwesenheit zum Glück verhindert wurde.

Zu Recht richten die Gewerkschaften ihre Anklage gegen die ständig zunehmende Faschisierung und bringen ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß ein erneuter Putsch rechter Militärs eine den Ländern des Cone Sur (Argentinien, Brasilien, Uruguay, Chile, Paraguay) vergleichbare Diktatur installieren würde. Schon jetzt treiben die Schlägergruppen CFACE (Comando Fascista Anticomunista del Ecuador) Faschistisch Antikommunistiches Kommando Ecuadors, TFP (Tradition, Familia y Propiedad) Tradition, Familie und Eigentum, die AA (Alianza Anticomunista) Antikommunistische Allianz und andere paramilitärische Gruppen ihr Unwesen und bedrohen, wie im Falle des Führers der nationalen Elektrogewerkschaft Edgar Ponce, das Leben dieser Vertreter der Arbeiterklasse und des ecuadorianischen Volkes.

Angesichts dieser permanenten Bedrohung und Mißachtung elementarer Rechte, wie des auf Streik, übermittelte uns Emilio Velasco, als derzeitiger Vorsitzender des Rates aller drei großen Gewerkschaften in deren Auftrag, einen Solidaritätsaufruf zu ihrer unterstützung an alle Arbeiter und fortschrittlichen Organisationen der Welt. In diesem Aufruf wird auf die vorgenannten Verletzungen aufmerksam gemacht und hervorgehoben, daß die Gewerkschaften sich nicht nur seit 1974 in einem ständig wachsenden Prozeß der Stärkung auf qualitativer wie quantitativer Ebene befinden, sondern auch durch die derzeitige Krise an Zuwachs gewinnen und nicht mehr wie bisher, sich in solchen Situationen von der jeweils herrschenden Fraktion für deren Ziele mißbrauchen lassen. Sie unterstreichen ihren Willen, den Kampf um ihre Rechte und die Vereinigung aller Arbeiter und Bauern und ihrer Organisationen – unter Einsatz ihres Lebens – voranzutreiben und hoffen dabei auf die internationale Solidarität, um erfolgreich gegen ihren Hauptfeind, den Imperialisten und deren Verbündete, die einheimische Reaktion, kämpfen zu können.

Dieser internationale Feind sitzt auch bei uns und versucht seit seiner Niederlage die alten Positionen wieder zurückzugewinnen. Gemeint ist die Konrad Adenauer Stiftung der CDU mit ihrem Institut für Internationale Solidarität (ISI), die über die CLAT (Lateinamerikanische Zentrale Christlicher Gewerkschaften) mit ihrem Sitz in Caracas und ihrer ecuadorianischen Schwesternpartei versucht, den 1975 als Verräter aus der CEDOC entfernten ehemaligen Präsidenten Cuisana Valen – CIA wieder in seine alte Stellung zu bringen. Cuisana, der sich weiterhin als rechtmäßiger Vertreter der CEDOC ausgibt, obwohl er maximal nur 2 % der Gewerkschaftsbasis vertritt, ist in der Lage, wie auch der Generalstreik vom 18. Mai zeigte, durch die Finanzierung über das ISI/CLAT eine schädigende Propaganda auf allen Ebenen gegen die CEDOC und die anderen beiden Gewerkschaften CTE und CEO SL zu führen. Dabei hat er, wie bereits angedeutet, den Arbeitsminister Chiriboga auf seiner Seite, der mit seinen Maßnahmen den Weg zu seiner (Cuisanas) Rückkehr ebnen hilft. So entschied Chiriboga nach dem 18. Mai kurzfristig, Emilio Velasco, der als Vertreter der Gewerkschaften auf der z.Zt. in Genf stattfindenden 63. Jahresversammlung der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) vorgesehen war, durch drei Vertreter einer Gruppe von Arbeiterverrätern zu ersetzen, die vor Jahren als solche aus der CEOSL ausgeschlossen wurden.

Es gilt daher, diese Arbeiterverräter, die auf der ILO auftreten, zusammen mit dem Arbeitsminister aufs schärfste zu verurteilen, da sie weder die Gewerkschaften noch das ecuadorianische Volk vertreten.

Zu verurteilen ist ferner, daß in Ecuador:

Gewerkschaftsvertreter ermordet werden

die gewerkschaftlichen Rechte mit Füßen getreten werden

und zu warnen, daß in Ecuador

die Gefahr einer bevorstehenden grausamen faschistischen Diktatur sich abzeichnet.

V. W.

Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, gilt es, bevor es zu spät ist, durch unsere Solidarität die Gewerkschaften zu stärken.

*

SPENDENKONTO:
Volker Witte: Deutsche Bank Münster, Konto Nr. 2514255, Kennwort: „CEDOC"

Anmerkungen:

(1) CEDOC = Central Ecuatoriana de Organizaciones Clasistas (Ecuadorianische Gewerkschaft von Klassenorganisationen)
CTE = Confederacion de Trabajadores del Ecuador (Vereinigung der ecuadorianischen Arbeiter)
CEOSL = Confederacion Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres (Ecuadorianische Vereinigung freier Gewerkschaftsorganisationen)

(2) „Philosophie – Aktionsplan der nationalistisch-revolutionären Regierung Ecuadors", war der Name des Programms, mit dem die Militärs 1972 antraten.

(3) siehe hierzu NZZ vom 21.4.1977

Vgl. zu Ecuador auch:
blätter des iz3w, Nr. 51, S. 19 ff.
blätter des iz3w, Nr. 60, S. 4

KOLUMBIEN

„In Kolumbien wird die Kaffeeproduktion auf die Caturra-Sorte umgestellt." – Hinter dieser trockenen, nur Kaffeeproduzenten und -exporteure interessierenden Meldung verbirgt sich sozialer Sprengstoff und zugleich ein Lehrstück in kapitalistischer, „marktorientierter" Wirtschaftsplanung.

Kolumbien ist nach Brasilien mit Abstand größtes Kaffee-Erzeuger- und -Ausfuhrland. Etwa 1/4 (1 Mio Hektar) der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche wird vom Kaffeeanbau eingenommen; Kaffee liefert etwa 10 % des Bruttosozialproduktes und über 50 % des Ausfuhrwertes des Landes. Im Unterschied zu Brasilien, wo riesige Monokulturplantagen im Großgrundbesitz bestehen, wird der Kaffee in Kolumbien in etwa 300 000 kleinbäuerlichen Betrieben zusammen mit anderen Nutzpflanzen (Maniok, Zitrusfrüchte, Mais, Zuckerrohr und besonders Bananen, die auch als Schattenpflanzen für die Kaffeesträucher dienen) angebaut. Durch diese auf den örtlichen Markt ausgerichtete Mischkultur wird für die Bauern das Risiko angesichts der extremen Schwankungen der Weltmarktpreise für Kaffee verringert.

Jetzt hat die Führung der Federacion Nacional de Cafeteros de Columbia (Fedecafe), in der 2/3 der kolumbianischen Kaffeepflanzer zusammengefaßt sind, beschlossen, den Austausch der traditionellen Kaffeesorten durch die ertragreichere Caturra-Sorte beschleunigt voranzutreiben, um so die Produktion bis 1980/81 um 30 % zu steigern. Die kleinen Caturra-Sträucher liefern etwa viermal so hohe Hektarerträge wie normale Kaffeesträucher, bei der vielfach üblichen dichten Bepflanzung (8000 statt der empfohlenen 4000 Sträucher pro Hektar) sogar noch mehr.

Was sind die Konsequenzen dieser Umstellung? – Caturra-Sträucher erfordern eine intensive Düngung im Wert von 400 US-Dollar pro Hektar und Jahr, selbst bei mäßig dichter Bepflanzung. Nach 7, spätestens 10 Jahren sind die Sträucher erschöpft und müssen ersetzt werden (normale Kaffeesträucher nach 30 Jahren).

Die große Mehrheit der Kaffeepflanzer kann unmöglich die hohen anfallenden Ko-

sten tragen. Wie Fedecafe im November letzten Jahres erklärte, werden die „ineffektiven Kaffeeproduzenten – die 15 %, die international nicht konkurrenzfähig sind – aus dem Markt herausgepreßt." Der Anteil der aus dem Markt herauszupressenden und schon herausgepreßten Bauern ist zweifellos noch viel höher –: die katastrophale Landflucht in Kolumbien hat eine Ursache in den ständig steigenden Landpreisen im Kaffeeanbaugebiet; die Umstellung auf Caturrapflanzen beschleunigt diese Landflucht weiter.

Caturra wird in Monokultur ohne Schattenpflanzen angebaut. Das führt zu einer verstärkten Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen. Die Bananenproduktion ist bereits spürbar zurückgegangen (Kochbananen gehören zu den wichtigsten Grundnahrungsmitteln Kolumbiens). Da schattenspendende Bäume fehlen, dörrt der Boden aus, wird die Humusbildung verhindert und der ausgelaugte Boden der Erosion preisgegeben. Wie das verwüstete Land nach einigen Jahren aussieht, kann man an den verlassenen Kaffeemonokulturplantagen Südbrasiliens sehen.

Dennoch führen Fedecafe und die kolumbianische Regierung – angetrieben von den großen Kaffeegesellschaften und der mit ihnen verbündeten Clique reicher Kaffeeproduzenten im Lande, die mit den jetzigen hohen Marktpreisen in kurzer Zeit noch größere Gewinne machen wollen – ihr Umstellungsprogramm verstärkt fort: Ein Viertel der Kaffeeanbaufläche ist bereits mit Caturra bestanden und jährlich sollen 25 000 Hektar neu hinzukommen. Vergeblich haben Experten gewarnt, daß das Expansionsprogramm zu einer Überproduktion in gerade dem Augenblick führen werde, wenn der gegenwärtige Versorgungsengpaß überwunden ist. Man hat, aus rationellen Gründen, damit begonnen, die Pflanzungen zu mecha-



nisieren (in Kolumbien sind 25 % der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos), wozu sich die kleinen Caturra besser eignen als die großen Kaffeesträucher. Damit die Maschinen rationeller eingesetzt werden können, wird die Kaffeeanbaufläche von den steilen Berghängen Antioquias und des Causatales in die Plateaulandschaften der Ostkordillere verlegt. Fruchtbares Land, das bisher der Erzeugung von Grundnahrungsmitteln für die Einheimischen diente (mehr als die Hälfte der Bevölkerung Kolumbiens ist unterernährt), wird jetzt für die ausschließliche Produktion eines Genußmittels für den nordamrikanischen und europäischen Markt mißbraucht.

E. R.

PERU

Am 10. Juni verkündet der neue Wirtschafts- und Finanzminister Walter Piazza Tangüis einen neuen "Notstandsplan zur Bekämpfung der finanziellen und wirtschaftlichen Krise" (1).

Er enthält folgende zentrale Maßnahmen:

1. Reduzierung des Staatshaushaltdefizits für 1977 von 80 auf 35 Mrd. Soles, was eine 8-prozentige Einsparung von öffentlichen Ausgaben aller Ministerien und Staatsunternehmen mittels Einstellungsstop, „Rationalisierung" usw. für die restlichen Monate dieses Jahres bedeutet.
2. Aussetzung aller Subventionen sowie Einschränkung der Importe (um 2000 Mio. Soles) für den öffentlichen Sektor in den nächsten 12 Monaten
3. Aufhebung aller noch verbliebenen Preissubventionen für Grundnahrungsmittel usw.
4. Heraufsetzung des Benzinpreises um 50 %, jetzt ca. 57 Pf/l, vor einem Jahr ca. 17 Pf/l.
5. Allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhungen, die je nach Einkommensgruppe unterschiedlich gestaffelt sind und maximal 15 % in der untersten Lohnskala ausmachen.
6. Beibehaltung der periodischen Mini-Abwertungen des Sols, wobei die letzte am 11./12.6. den derzeitigen Währungskurs von 78.55 auf 78.84 Soles/Dollar brachte.

Vorangegangen war seit Ende März dieses Jahres die Erpressung durch den Internationalen Währungsfond (IWF), Peru einen Stützungskredit von 50 Mio. US-Dollar (der widerum Bedingung für die Vergabe von 200 Mio. US-Dollar an Darlehen zum Ausgleich der defizitären Zahlungsbilanz durch ein internationales Bankenkonsortium ist) nur dann zu geben, wenn bestimmte, sozial verheerende Auflagen zur Inflationsbekämpfung und Produktionssteigerung eingehalten werden. Die IWF-Forderungen liefen insbesondere auf eine drastische Kürzung des Haushaltsdefizits auf 20 Mrd. Soles, einer Eindämmung der Inflation von derzeit ca. 45 auf 15 % sowie eine 30-prozentige Abwertung des Sols auf 100 pro Dollar, jeweils bis Ende 1977, hinaus (2).

Die aus den neusten Wirtschaftsmaßnahmen (speziell der Punkte 2,3,4) und der Inflationsrate von jetzt ca. 35 % (3) resultierende Verschlechterung der Lebenssituation der peruanischen Bevölkerung hat in weiten Teilen des Landes ähnlich schwere Unruhen wie die vom Juli letzten Jahres (siehe iz Nr. 55, S. 10/ Nr. 56 S. 16) hervorgerufen (4). Um allzu große Demonstrationen zu vermeiden, wurden die peruanischen Truppen in Alarmbereitschaft versetzt, und die Polizei in Lima, wo die nächtliche Ausgangssperre inzwischen seit über einem Jahr besteht, durch Militär verstärkt (3).

Panzerwagen patroullierten durch die Straßen. Trotzdem entwickelte sich im größten Slumviertel Limas, San Salvador, ein großer Demonstrationszug, der allerdings durch die Polizei aufgehalten wurde. Obwohl Streikverbot besteht, führten die Bankangestellten in Lima einen 90minütigen Warnstreik durch.

Im Department Cuzco und Arequipa riefen die größten Gewerkschaften am 16.6. zu einem 48-stündigen Generalstreik auf. Daraufhin wurde sofort eine nächtliche Ausgangssperre verfügt und Cuzco von Militär besetzt. Trotzdem legte der Streik am nächsten Tag alles lahm. Bei Demonstrationen griff die Polizei hart durch. Es gab in Cuzco 15 Tote und 100 politische Gefangene. Universität und Oberschulen sind zur Vermeidung weiterer Mobilisierungen geschlossen, während in Sicuani (Provinz Cuzco) 3000 Demonstranten Büros des Landwirtschaftsministeriums stürmten und verwüsteten.

(1) Le Monde v. 14.6.1977; NZZ v. 14.6.77.
(2) Chile-Nachrichten' Nr. 49 v. 28.4.1977
(3) Financial Times v. 14.6.1977
(4) NZZ v. 25.6.1977.

Peru Komitee Berlin/kh

Repression in Peru:
Unterstützt die politischen Gefangenen!

Die Peru von außen (durch den IWF) aufgebürdeten Notstandspläne zur „Wirtschaftssanierung" haben zu einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen in Peru geführt (s. Chronik). Heute muß die peruanische Bevölkerung die teuren „Reformen" während der „Revolution" teilweise mit Hunger bezahlen.

Die Antwort auf die das Volk treffenden harten Wirtschaftsmaßnahmen waren große Streiks und Demonstrationen, die nur mit massivem Polizei- und Militäreinsatz unterdrückt werden konnten. Immer wieder kam es zu Mobilisierungen. Deshalb ging die Diktatur dazu über, verstärkte Repression auszuüben (Ausnahmezustand, Streikverbot, Versammlungsverbot, Verhaftungen usw.), um solche Mobilisierungen bereits im Keim zu ersticken. Allenthalben hört man in Diskussionen, die Lage in Peru sei „immer noch (!) nicht so schlimm wie in Chile, Argentinien, Uruguay und anderen Diktaturen". Dieses Argument ist zwar sachlich vielleicht noch (!) richtig, doch politisch falsch, weil das hieße, abzuwarten, bis sich der Faschismus in Peru so richtig etabliert hat.

Bisher wird Repression noch ziemlich selektiv ausgeübt, besonders auf Führer von Bewegungen, die die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung zum Ziel hatten. So wurden gerade jetzt nach den jüngsten Demonstrationen (s. Chronik) 5 Führer der Lehrergewerkschaft, 5 Führer der Communidad Campesina de Querecotillo in Piura, 68 Menschen des Slumviertels San Salvador von Lima und ca. 100 Personen in Cuzco verhaftet.

Nach dem Gesetz sind Streiks und streikähnliche Maßnahmen kriminelle Handlungen und haben die sofortige Entlassung aus den Betrieben zur Folge (s. iz3w Nr. 62, S. 39). Das bedeutet neben der psychischen Belastung vor allem wirtschaftliche Not für die Familie. Neben der Repression per Gesetz wird einer Reihe von Gefangenen vorgeworfen, Mitglieder einer kriminellen Untergrundorganisation zu sein, ohne daß dafür irgendwelche Beweise vorgelegt werden können. Häufig erfahren die Häftlinge ihren Verhaftungsgrund nur auf Umwegen, die Prozesse stehen teilweise seit Jahren aus.

Weil er seit 3 Jahren verhaftet ist, befindet sich der Dominikaner Carlos Sanchez M. jetzt seit mehr als 3 Monaten im Hungerstreik, um seinen Prozeß zu erreichen. Er war Mitglied einer linken Gewerkschaft und ihm wird vorgeworfen, Mitglied einer Guerillaorganisation gewesen zu sein. Als er kürzlich in das Zuchthaus Lurigancho (Lima) umverlegt wurde, kam es aus Solidarität zu einem Aufstand der anderen Gefangenen. Die Wachen griffen brutal durch: Tränengasbomben wurden geworfen und einige Häftlinge zusammengeschlagen.

Physische und psychische Folterungen sind keine Seltenheit. Der Dichter Segundo Diaz M. verlor dadurch seinen Verstand. Er gehört einer Gruppe von 50 Häftlingen an, die nicht wissen, warum sie angeklagt sind und was mit ihnen passieren wird. Angeblich weiß der Innenminister nichts davon, obwohl die Gefangenen auf höhere Anordnung hin in „Sicherheitsverwahrsam" sein sollen.

Weiterhin gibt es auch Sippenhaft: Der 17jährige Schüler Julio Yupanqui Bartolo wurde vor 4 Monaten verhaftet und seitdem gefoltert, weil die Polizei seinen älteren Bruder sucht. Offensichtlich hofft sie so, etwas über dessen Verbleib zu erfahren.

Zwei Frauen von gefangenen Gewerkschaftsführern, die ihren Männern Kleidung und Essen bringen wollten, wurden auf dem Polizeigebäude von den Wachen mißhandelt und vergewaltigt.

Zur Zeit sind mehr als 1000 Gefangene im Zuchthaus Opfer von Repression und Folter. Manche Häftlinge werden unter Vorwänden plötzlich halbnackt aus der Zelle geholt und vermutlich nach SEPA geschickt, einer Gefangeneninsel im Amazonasgebiet. Dies dient dazu, die anderen politischen Gefangenen einzuschüchtern und ihre Organisation zu verhindern.

Die politischen Gefangenen leben unter völlig unmenschlichen Bedingungen. Sie müssen in unhygienischen Räumen hausen, so daß Hautkrankheiten auftreten, ihre Ernährung und medizinische Versorgung ist schlecht und nicht ausreichend. Mangelkrankheiten sind die Regel. Die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Überwachung der Wahrung der Menschenrechte ist dringend notwendig.

Außerdem brauchen die Gefangenen materielle Hilfe:

- BARGELD
- KLEIDUNG. Vor allem solche, die die Situation in den Gefängnissen berücksichtigt, also strapazierfähig ist und vor Hitze und Kälte schützt.
- THERMOGESCHIRR, das vielseitig verwendbar ist (aus dem man ohne Schwierigkeiten essen und trinken kann. Die Gefangenen dürfen z.B. kein Besteck benutzen), damit die Gefangenen wenigstens auch ab und zu mal eine warme Mahlzeit von ihren Familienangehörigen erhalten statt der katastrophalen kalten Nahrung im Gefängnis.
- HYGIENEARTIKEL ALLER ART (Zahnbürsten, -creme, desinfizierende Seifen). Die schlechten hygienischen Verhältnisse haben zu zahlreichen Hautkrankheiten geführt.
- VITAMINTABLETTEN, da viele Mangelkrankheiten auftreten
- Sehr sinnvoll ist die Zusammenstellung eines „GEFÄNGNISSETS", für je einen Gefangenen eine Art Koffer, in dem eine Minimalgrundausstattung z.B. von persönlichen Hygieneartikeln, 2 Handtüchern, Unterwäsche usw. ist.

Wer solche Sachen spenden oder bei einer Reise nach Peru mitnehmen kann, setze sich bitte in Verbindung mit:

Peru-Komitee, 1 Berlin 62, Groß-Görschenstraße 40, Tel. 030/215 41 79

Die Aktion Dritte Welt erbittet Geldspenden auf ihr Sonderkonto „Technische Hilfe", PschA Karlsruhe Nr. 11500-754, Stichwort „Peru"

★

Südliches Afrika

ZIMBABWE

(Fortsetzung des Berichts in „blätter des iz3w" Nr. 62, S. 4 f.)

Verletzungen des UNO-Handelsembargos

Über Sanktionsverletzungen, an denen auch Ostblockstaaten beteiligt sind, wurden wieder einige Daten öffentlich. Einem Bericht des Sanktionsausschusses des UN-Sicherheitsrats zufolge hat die britische Regierung mitgeteilt, „daß die rhodesische Handelsagentur Michelle Enterprises (PVT), Ltd., in Salisbury „regelmäßigen Handel" mit Staatshandels-Organisationen in der UdSSR, der CSSR, der DDR, Rumänien und Bulgarien betreibe.

Die rhodesische Agentur habe Tabak und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgeführt und dafür Chemikalien, Metalle und landwirtschaftliche Artikel aus Osteuropa importiert."

Die Geschäfte seien über drei Schweizer Tarngesellschaften abgewickelt worden. Laut Bericht bestritten Vertreter der Sowjetunion und Rumäniens kategorisch, daß ihre Länder Handel mit Rhodesien betrieben. „In dem Bericht wird eine Mitteilung der Bundesregierung in Bonn zitiert, wonach der Firma Johann M. Rockelmann in Eschwege eine Strafe für den Export von Ersatzteilen für Textilmaschinen nach Rhodesien auferlegt worden sei. Ein Verfahren gegen eine andere westdeutsche Firma, die ebenfalls im maschinellen Bereich gegen die Sanktionen verstoßen habe, sei noch nicht abgeschlossen. Die britische Regierung informierte laut Bericht den Sicherheitsrat darüber, daß eine Ladung von vermutlich aus Rhodesien stammenden Stahlknüppeln an die Niederlande verschifft worden sei. Käufer sei die Firma Klöckner AG in Duisburg gewesen, wobei die Schweizer 'Femetco AG' in Zug als Zwischenhändler aufgetreten sei. Die Bundesregierung habe dem Sicherheitsrat mitgeteilt, daß bei dem Handel Südafrika als Ursprungsland deklariert worden sei." (FR 12.2.77) (Zu illegalen Geschäften besonders die Schweiz betreffend vgl. „Leserzeitung" 14.12.76, Nr. 45).

Großbritannien seinerseits wurde durch Sambias Präsident Kaunda beschuldigt, in voller Kenntnis der Tatsache in den vergangenen 12 Jahren nichts gegen die Sanktionsverletzung der noch immer in Rhodesien operierenden Erdölgesellschaften British Petroleum, Shell, Caltex, Mobil getan zu haben. Tabakfarmen, ganze Industriezweige, der Transportbereich und eben derart das Smith-Regime werde so in Gang gehalten.

Kaunda kündigte an, daß Sambia (trotz des späten Entschlusses der britischen Regierung, die Ölversorgung zu untersuchen) diese Gesellschaften und die in französischem Besitz befindliche Gesellschaft Total gerichtlich belangen werde und zwar speziell „wegen unzureichender Versorgung Sambias mit Öl während zweier Jahre mit dem Ziel, in Rhodesien ausreichend Vorräte anzulegen, bevor Ian Smith im Jahre 1965 die einseitige Unabhängigkeit erklärte." (MD 4.5.77; vgl. auch MD 1.2.77)

Aber auch innerafrikanische Anschuldigungen wurden laut. „Die (tansanische) Parteizeitung UHURU befaßte sich mit Enthüllungen, denen zufolge mehrere unabhängige afrikanische Länder nach wie vor Handel mit dem Rebellenregime von Rhodesien treiben. „Das Blatt schreibt, diese Tatsachen habe R. Mugabe mitgeteilt." (MD 29.3.77).

Mitte März wurde durch die USA das sogenannte Byrd-Amendment revidiert, durch das seit 1971 amerikanische Firmen trotz der von der UNO verhängten Sanktionen rhodesischen Chrom und Eisenchrom importieren konnten (vgl. z.B. SZ 24.2.77; SZ 4.3.; 16.3.; 17.3.) Chrom – u.a. bei der Edelstahlherstellung (als unersetzbares Metall benötigt – ist, über diesen Sektor, z.B. für die Rüstungsindustrie nicht ersetzbar. Dies war der Hauptgrund für die Aufhebung des ersten amerikanischen Chromembargos auf der Höhe des Vietnamkriegs. (Hierzu und zum Folgenden vgl. FR 23.3.77)

Rhodesien verfügt über ein Drittel der in der westlichen Welt verfügbaren Chromreserven, während Südafrika zwei Drittel stellt.

Die USA haben dagegen keine nennenswerten Chromvorkommen.

Als Sicherheitsventil stehen die strategischen Lagerbestände zur Verfügung, die nach dem Koreakrieg aufgebaut worden waren. Damit könntendie USA den gesamten Eigenbedarf für etwa drei Jahre decken.

Allerdings hatten die Rhodesier trotz der generellen Importsanktionen der UN-Länder kein Problem, ihr Metall auf dem Weltmarkt loszuwerden. Wahrscheinlich wird deshalb in den Industrieländern auf dem Umweg über den Weltmarkt auch weiterhin rhodesisches Chromerz zu künftig etwas höheren Preisen (angesichts der so mitverfügten Angebotsverknappung) ankommen.

Dennoch: die bereits prekäre Wirtschaftslage Rhodesiens (vgl. auch „blätter" Nr. 58) wird auch dadurch weiter zugespitzt.

Zur Entwicklung der Befreiungsorganisationen

Am 9.1.77 beschlossen die Vertreter der Frontstaaten auf einer Rhodesiengipfelkonferenz in Lusaka, fortan der Patriotischen Front Mugabes und Nkomos als der politischen Spitze der Befreiungskämpfer die volle „politische, materielle und diplomatische" Unterstützung zu gewähren. Nyrere erklärte im Blick auf Sithole und Muzorewa, ihre Bedeutung müsse im Verhältnis zum bewaffneten Kampf ermessen werden (vgl. ZDM 10.1.77; FR 10.1.; NZZ 11.1.1977).

Dieser Entscheidung (gegen die sich Sithole in scharfer Form verwahrte: vgl. MD 10.2.77) schloß sich der OAU-Befreiungsausschuß in einer gleichsinnigen Entschließung am 4.2. 77 in Lusaka an. Auch hier wurde die 'Existenz anderer nationalistischer Bewegungen' nicht bestritten, doch deutlich gemacht, daß die Gegner des Smith-Regimes ihre Kräfte in der Patriotischen Front vereinigen sollten (FR 5.2.; NZZ 6.2.77).

Inzwischen hat ein Koordinationskomitee der Patriotischen Front die Arbeit aufgenommen. Auf einer Pressekonferenz vom 19.1. erklärten Mugabe und Nkomos ehemaliger Stellvertreter Jason Moye (der am 23.1. durch ein Briefbombenattentat ermordet wurde: vgl. FR 24.1.77) als wichtigste Funktion des Ausschusses die „Reorganisation der ZIPA" (vgl. DN 19.1.77) als Zusammenschluß der Guerillatruppen beider die Patriotische Front bildenden Gruppierungen (vgl. auch MD 14.4.). Wie Mugabe/Nkomo mitteilten, habe der Ausschuß bereits die Abteilungen Propaganda und politische Koordination beider Parteien verschmolzen (vgl. MD 22.4.).

Das Hauptquartier der Patriotischen Front werde in Daressalam in Tansania eingerichtet. Es wurde beschlossen, regionale Büros in Lusaka und Maputo zu eröffnen (MD 18.4. 1977).

Die Situation innerhalb des Rassisten Militärs

Am 12.2. wurde der Rücktritt des Vertei-

digungsministers Reginald Cowper bekanntgegeben (vgl. FR 14.2; NZZ 15.2; MD 16.2. 77) Besonders heftig wurde er in Geschäfts-, Handels- und Landwirtschaftskreisen wegen seiner Absicht kritisiert, die Regelung abzuschaffen, wonach die weißen Rhodesier im Alter von 25 bis 38 Jahren vom Militärdienst befreit sind (Die Geschäftskreise fürchten mit einer weiteren Verminderung der unzureichenden Arbeitskräfte einen tödlichen Schlag für die rhodesische Industrie; MD 16.2.; vgl. auch „blätter" Nr. 58). Cowper beabsichtigte ferner, die Weißen von 38 bis 50 Jahren – wenn auch nicht für direkte Kampfaufgaben – zu rekrutieren. Die letztgenannte Absicht wird ab 1.7.77 realisiert: Stichtag für eine neue „Schutztruppe" (Guard Forces) – insbesondere für die „Protected Villages" (vgl. dazu „blätter" Nr. 58) – die jene Altersklasse von Weißen formiert. Dies und die Versprechen, sowohl mehr Material in die Kriegsführung zu stekken als auch den Einsatz von Frauen in der Truppe zu verstärken, gehörte zu den ersten Maßnahmen nach Amtsantritt des neuen Verteidigungsministers Partidge (vgl. SZ 2./3.4; NZZ 3.3.; FR 16.4.77). Weiter verlautete am 26.3., daß in Kürze alle Männer zwischen 16 und 38 Jahren eingehendst auf ihre Kriegsdiensttauglichkeit untersucht würden (MD 30.3.77).

Die regulären rhodesischen Streitkräfte zählen heute mindestens 57 000 Mann. Dazu kommen an 10 000 Reservisten. 8 000 Aktive und gut 30 000 Mann Reserve stellen die paramilitärische „British South African Police" (BSAP). Nach der kubanischen Nachrichtenagentur 'Prensa Latina' sind 1200 Söldner im Dienst der weißen Herren. (die ca. 400 USA-Söldner davon wurden von der Botschaft der USA in Sambia bestätigt; vgl. FR, SZ 10.3.77).



Ein wachsendes Problem für die Rassisten-Militärs ist die schwindende Loyalität der Schwarzen in den Truppen. 2000 schwarze Soldaten dienen in der Armee unter weißen Vorgesetzten. Jeder dritte BSAP-Mann ist schwarz; und die erwähnte neue Schutztruppe rekrutiert sich – außer den o.g. Weißen – aus jüngeren Schwarzen. Diese schwarzen Militärs erkennen zunehmend in ihrem Status die sichere Vorhersage einer düsteren Zukunft. Zumindest vereinzelt zeigen sich bereits jetzt massivere Anzeichen entsprechender Zersetzungserscheinungen. – Daß ein weißer Rekrut von Anfang an ca. 2 1/2 mal soviel Sold wie ein schwarzer Sergeant (ohne Zulagen) erhält, ist sicher geeignet, jene Tendenz zu verstärken. (vgl. dazu NZZ 28.1.; Der Spiegel 18.4.77).

Eine weitere Zuspitzung der Lage bei der Rassistenmiliz verdeutlicht ein Rundschreiben des Oberkommandos der Streitkräfte vom 1.3.77. Danach muß mit Hinrichtung rechnen, wer über militärische Angelegenheiten z.B. mit seiner Ehefrau, der Freundin, Verwandten, Bekannten, ja mit anderen Soldaten spricht. (FR 2.3.77).

Der zunehmend forcierte Befreiungskrieg zwang das Smith-Regime, eigens einen „Minister für gemischte Operationen" einzusetzen zur Kontrolle und Koordination aller Ministerien, die an militärischen oder paramilitärischen Aktionen beteiligt sind. Generalleutnant G. P. Walls wurde der militärische Kommandeur dieser neuen Führungsstelle (vgl. MD 21.3.; 30.3.).

Die militärische Lage

Zu Pfingsten führte Walls einen Überraschungsangriff auf Mozambique. Rhodesische Truppen drangen bis 75 Kilometer tief zur südöstlich gelegenen Stadt Mapai vor. Im Gegensatz zu früheren ähnlichen Aktionen zogen sich die Rhodesier nicht sofort wieder zurück, sondern hielten 5 Tage lang ihre Stellungen.

Der „selbstmörderische Akt" (The Guardian) zeigt, wie angeschlagen die weiße Herrschaft in Salisbury schon ist. Sollte das Unternehmen Mozambique ermuntern, fremde Hilfstruppen ins Land zu holen? Rechnet sich Smith bei solcher Verschärfung der Lage – bislang abgelehnte – Hilfe seitens der USA aus?

Militärisch jedenfalls erreicht der Überfall nicht das gewollte Ziel: Die Freiheitskämpfer konnten sich rechtzeitig zurückziehen. Nur 32 von ihnen fielen der Attacke zum Opfer (vgl. z.B. Der Spiegel 6.6.77).

In Zimbabwe selbst, wo die Rassistenmiliz alltäglich intensiveren Umgang mit Brutalität und Verachtung demonstriert (s.u.; vgl. z.B. auch den durch weite Teile der Presse gegangenen Bericht einer deutschen Ordensfrau z.B. FR 24.12.76; vgl. auch Der Spiegel 9.5.), ist es den Befreiungskämpfern gelungen, Gebiete im Nordosten und Südosten Zimbabwes für Regierungseinheiten praktisch unpassierbar zu machen (Der Spiegel 6.6.).

Ein Augenzeuge berichtet in der FR vom 29.4.77 über ein derartiges Gebiet. Guerrilias, die sich als Mugabe-Leute bezeichneten, genössen dort zweifellos die volle Unterstützung der ansässigen Bauern. Die Befreiungskämpfer seien sehr und mit Erfolg darauf bedacht, den Terror auf ein Minimum zu beschränken und versuchten dann, die jeweiligen Beweggründe einsichtig zu machen. Dem gegenüber stehe der blinde Terror von Armee und Polizei. „Ein typisches Beispiel für das psychologische Geschick der Guerrilleros und für die plumpe Reaktion der Behörden hat sich kürzlich im Reservat Nyajena zugetragen. Die Wakumana (= in der Shona-Sprache: „Boys, junge Burschen"; bezeichnet die Guerrillias) hatten von einer riesigen weißen Ranch etwa 2000 Stück Vieh vertrieben und sie den Bewohnern der angrenzenden Reservate übergeben. Die Armee konnte die Guerrilleros nicht stellen. Stattdessen nahm sie jedem einzelnen Bauern, ob er nun etwas mit der Sache zu tun hatte oder nicht, die Hälfte seines Viehs weg – zusammen über 4000 Stück. Die Regierung billigte dieses Vorgehen ausdrücklich: für die betroffenen Bauern jedoch ist jetzt ein für allemal klar, wer sich für ihr Wohl einsetzt".

Die gegenwärtige Vorbereitungsphase für den eigentlichen Krieg (noch mangelt es z.B. an Waffen, die der steten Eskalation gewachsen sind; auch sind die Nachschubwege nach Mozambique sehr unsicher) und ihrem wichtigsten Ziel: Unterstützung der Bevölkerung, kommt ein Umstand zugute, den die Weißen ursprünglich zum Schaden der Schwarzen rechtsgültig gemacht hatten: „Rhodesien besteht aus zwei Ländern, einem schwarzen und einem weißen, die jedoch ineinander greifen wie ein Zusammensetzspiel. Nur darum kann die Guerrillia die schwarzen Gebiete,die ein eigenes unabhängiges Transport- und Kommunikationssystem entwickelt haben, so leicht durchdringen, und nur darum merken die Weißen gar nicht so recht, was im anderen, im schwarzen Rhodesien vor sich geht."

now

Tropisches Afrika

ÄTHIOPIEN

„Gefangene werden nicht mehr gemacht"

Im Kampf für die Erhaltung der eigenen Machtposition hat der Chef der äthiopischen Militärjunta, Mengistu Haile Mariam, die Terrormaßnahmen im Land verstärkt. In der Hauptstadt wurden weitere Razzien gegen die Mitglieder der äthiopischen revolutionären Volkspartei EPRP durchgeführt und die Leichen der meist jugendlichen Anhänger blieben tagelang auf den Straßen. Etwa 800 - 2000 sind in wenigen Tagen erschossen worden (SPIEGEL 6.6.77). In einer der Zentralprovinzen wurde in der ersten Maihälfte allein ca. 1000 Menschen liquidiert (Le Monde 22.5.1977).

Die innenpolitischen Probleme haben sich in Äthiopien weiter zugespitzt. An der Grenze zum Sudan brachte die rechtsgerichtete EDU – Partei schon einzelne Orte unter ihre Kontrolle, im Süden verschärfte sich der Guerilla-Kampf der Somalis, in Eritrea hat die Zentralregierung die ausländischen Konsulate aufgelöst, weil sie mit verstärkten Kämpfen rechnet (Le Monde 31.5./14.6.; NZZ 25.6.1977)

Mengistu hat seit seiner Machtergreifung im Februar die feste Unterstützung der SU und wird inzwischen auch von kubanischen Militärs beraten – nach sudanesischen Schätzungen soll es sich um 2.500 (Le Monde 10.6.77) handeln. Die Beziehungen zu den westlichen Ländern wurden weiter gekappt. Die Militärattaches der USA, Großbritanniens und Ägyptens wurden ausgewiesen, die US Botschaft wurde verkleinert (FR 27.5.77; Le Monde 31.5.; NZZ 1.6.1977) Dem politischen und militärischen Engagement der SU in Äthiopien, das sich gegen den Sudan, Somalia, Ägypten und Eritrea richtet und den Aufbau einer eigenen Machtbasis in Äthiopien erreichen will, wird bereits das Schicksal der USA in Vietnam vorausgesagt (Le Monde 22.6.1977).

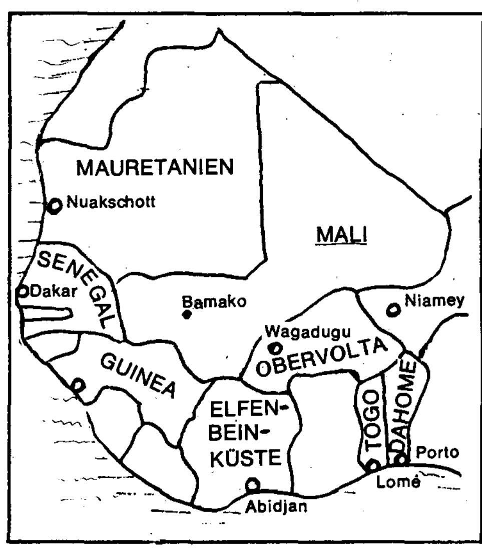
sha

MALI

Tod des Expräsidenten Modibo Keita

Der ehemalige Präsident und „Vater der Nation" Modibo Keita starb am 16. Mai dieses Jahres im Alter von 61 Jahren in einem Krankenhaus in Bamako, der Hauptstadt der 5 Mio Bewohner zählenden westafrikanischen Republik. Seit seiner Absetzung durch die Armee im November 1968 hatte sich Keita in Haft befunden. Die betonte Unterspielung der Todesnachricht durch die malischen Behörden und die Verhaftung einer großen Anzahl von Personen, die an seiner Beisetzung teilnahmen, läßt darauf schließen, daß der inhaftierte Expräsident im politischen Leben noch immer eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte. Modibo Keita war einer der ersten Führer

der 1946 von Felix Houphouet-Boigny gegründeten Afrikanisch-Demokratischen Sammlung (RDA), eine pan-afrikanisch-nationalistischen Bewegung. Nach dem Zerfall der Mali-Föderation (ein Zusammenschluß von Senegal und Mali) suchte Keita mit einer Gruppe junger überzeugter Sozialisten Anschluß an zwei andere westafrikanische Staaten: Guinea und Ghana. Mitte der sechziger Jahre zeigte sich jedoch, daß der bürokratische Sozialismus der jungen „Technokraten" gescheitert war: ehrgeizige und kostspielige Entwicklungsvorhaben brachten den Staat in große finanzielle Schwierigkeiten. Ein Putsch des um seine Existenz besorgten Offizierskorps war abzusehen. Am 19. November 1968 übernahm der neue Präsident Maussa Traore die Macht und Keita wurde in das Wüstengefängnis von Kidal eingeliefert. Seit dieser Zeit sind alle politischen Aktivitäten verboten.
Obwohl lange Zeit von der politischen Bühne verdrängt, genoß Keita vor allem bei der sozialistisch geprägten administrativen Elite und bei der studentischen Jugend ein nach wie vor hohes Ansehen.
Der Tod Keitas fiel in eine Zeit allgemeiner studentischer Unruhen. Sie begannen im Februar dieses Jahres. Zum erstenmal genügte für den Einstieg in die Hochschule nicht mehr allein das Abitur, sondern der Erziehungsminister erklärte, um die Zahl derer zu begrenzen, die eine höhere Ausbildung anstrebten,



würde eine zusätzliche Prüfung eingeführt. Die betroffenen Schüler und Studenten gingen auf die Straße. Präsident Traore, Führer des Militärkomitees der Nationalen Befreiung (CMLN), sprach von Manipulation der Studenten durch Personen, die er als „nostalgisch" bezeichnete. Ironischerweise hat aber gerade das Militärkomitee durch Bildung einer neuen Partei (der Demokratischen Union – UDPM) im September vergangenen Jahres es selbst zu verantworten, daß sich ein gewisses politisches Bewußtsein innerhalb der Bevölkerung entwickelte.
Es sieht so aus, als ob die Regierung in nächster Zeit mit weiterer Demonstration rechnen muß. Über eine Frage wird in diesem Zusammenhang sehr häufig gesprochen, ob nämlich die jüngsten Ereignisse Gründe für einen Aufschub der Übergabe an eine Zivilregierung darstellen. Die Unruhen haben jedenfalls diejenigen unter den Militärs bestärkt, die 1979 als zu früh für eine Übergabe erachten.
(Le Monde v. 19.5.77; NZZ v. 25.5.77; Africa v. Juni 1977, Africa von Juli 1977).

SEYCHELLEN

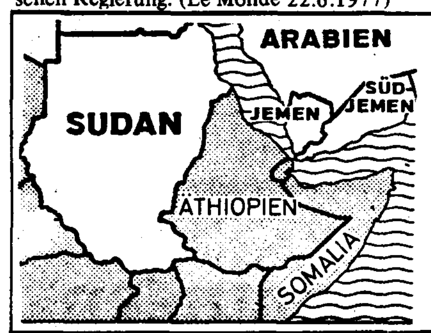
(vgl. Heft 45 und 49)

Putsch auf den Trauminseln
Die Regierung der 60 000 Bewohner zählenden Inselgruppe der Seychellen im Indischen Ozean wurde am 5. Juni gestürzt. Der Staatschef und Führer der konervativen Demokratischen Partei (SDP) James Mancham wurde, während er sich zu einem Besuch anläßlich der Commonwealth-Konferenz und der Feierlichkeiten zum Krönungsjubiläum in London aufhielt, für abgesetzt erklärt.
Der neue Präsident ist der frühere Premierminister Albert Rene, der Führer der Vereinigten Volkspartei (SPUP), einer von der OAU als Befreiungsbewegung anerkannten Organisation. Die SPUP und die SDP waren auf Drängen der letzten kolonialherrn, der britischen Krone, kurz vor der Unabhängigkeit der Inseln im Juni 1976 eine Regierungskoalition eingegangen.
James Mancham hatte während der letzten Jahre eine Kampagne g e g e n die Unabhängigkeit geführt und dabei argumentiert, daß eine Anlehnung an England und die Öffnung für westliches Kapital und für westliche Touristen das Beste für die Insel sei. Er führte das Land in eine beispiellose Abhängigkeit vom Massentourismus, was mit einer rapiden Steigerung der Lebenshaltungskosten verbunden war, die auch der Devisenzufluß mangels jeglicher Kapitalverkehrskontrolle nicht aufhalten konnte.
Mancham wird weiter vorgeworfen, ein Playboyleben geführt und die Inseln wie seinen persönlichen Besitz verwaltet zu haben. In der Tat hat Mancham gute Beziehungen nicht nur zu Europa, sondern auch zu Pretoria und zu den ölfördernden Staaten Saudi-Arabiens. Der Schah von Persien, einer der Brüder von König Khaled von Saudi-Arabien und verschiedene englische Privatleute boten sich dem ehemaligen Präsidenten an, und die OPEC sagte dem Archipel im April dieses Jahres ein Darlehen in Höhe von 300 000 $ zu.
Der neue Präsident Albert Rene vertritt ein eher sozialistisches Konzept. Er sagte, daß er zwar keine marxistische Regierung bilden wolle, jedoch habe er die Absicht, eine Form des Sozialismus zu entwickeln, die den Seychellen angepaßt sei. Beobachter vermuten eine Anlehnung an Tansania. Anzeichen dafür ist die Unterstützung durch tansanische Truppen beim Aufbau einer Volksarmee für den Fall, so der Präsident, „daß Mancham den Versuch unternehmen sollte, mit Söldnern die Macht zurückzuerobern". Rene versprach Landreformen, fortlaufende Preiskontrollen und Vollbeschäftigung. Ein Schwerpunkt des Regierungsprogramms ist das Vorantreiben von low-cost housing. Die Bourgeoisie und die den Massentourismus kontrollierenden ausländischen Gesellschaften werden jedoch jede schnelle Veränderung aufzuhalten versuchen und die Regierung wird nur vereinzelt ihr Programm durchsetzen können.
(Le Monde v. 7. + 10.6.77; FR v. 7.6.77; NZZ v. 7.6.77; Jeune Afrique v. 17. + 24.6. 1977; Africa v. Juli 1977)

psc

SOMALIA

Verstärkte Guerilliatätigkeit in Äthiopien?
Seitdem die SU Militärhilfe an Äthiopien gibt, ist Somalia in der schwierigen Situation, das seit 17 Jahren bestehende enge Bündnis mit der UdSSR, deren Unterstützung für Äthiopien und die eigene traditionelle Feindschaft gegen Äthiopien zu vereinbaren.
Somalia, das über die modernste und am besten ausgebildete Armee in Schwarzafrika verfügt, ist bis zu den untersten militärischen Ebenen von sowjetischen Beratern abhängig. Andererseits kann es auf das nationale Ziel einer Vereinigung aller Somalis in einem Staat nicht verzichten, da dieses Grundbestandteil seiner antikolonialen, d.h. die willkürliche Grenzziehung der Kolonialherren negierenden, nationalen Politik ist. In Südäthiopien leben Tausende von Somalis, die von der Regierung in Addis Abeba brutal unterdrückt werden. Sie haben eine Guerillabewegung entwickelt, die von Mogadischu aus unterstützt wird.
Somalia kritisiert das „blinde" sowjetische Engagement für das jetzige Regime in Äthiopien, weil dieses sich mehr durch Terror als durch eine fortschrittliche Politik auszeichnet.
Nachdem der Sudan mit der SU gebrochen hat, gibt es weitreichende Bemühungen der arabischen Staaten um eine Neuorientierung Somalias gen Westen zu erreichen. Diese führten sogar zu den ungebetenen Vorschlägen des saudi-arabischen Prinzen Fahd an Carter, US-Waffen an Somalia zu liefern etc. Die somalische Regierung intensiviert z.Zt. ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten, hält aber programmatisch an der Bindung zur SU fest und intensiviert gleichzeitig – so scheint es – seine Guerillatätigkeit in Südäthiopien wie die Unterstützung der äthiopischen sozialistischen Untergrundpartei EPRP. Am 1. Juni fand die erste Sabotage der äthiopischen Eisenbahn nach Djibouti statt, seitdem wurden zahlreiche Brücken gesprengt.
Im äthiopischen Süden sind nur noch die Städte und Straßen in der Hand der äthiopischen Regierung. (Le Monde 22.6.1977)



SUDAN

Ausweisung der sowjetischen Militärberater
Am 18.5. hat der Sudan alle 90 sowjetischen Militärberater ausgewiesen (ZM 23.5.1977). Später wurde dann eine Liste der Botschaftsmitglieder überreicht, die innerhalb von 7 Tagen das Land zu verlassen hatten. Die sowjetische Botschaft war bis dahin die größte gewesen. Die SU hat dann ihrerseits die zur Ausbildung in der UdSSR befindlichen sudanesischen Piloten vorzeitig zurückgeschickt. Ein Vermittlungsangebot Kairos hat Staatspräsident Numeiri abgelehnt (SZ 14.6.1977).
Diese Maßnahmen muß man auf dem Hintergrund der sowjetisch-äthiopischen Annäherung sehen: Der Sudan unterstützt die eritreische Befreiungsfront, nimmt äthiopische Flüchtlinge zu Tausenden auf und erhebt selbst geringe Grenzansprüche. Andererseits festigt Numeiri so seine Beziehungen zu den konservativen arabischen Staaten: Deren Wirtschaftshilfe ist von 4 Mio $ 1971 auf 226 Mio $ 1976 gestiegen (Le Monde 24.6.76).
Und er braucht diese Gelder dringend, um sein konservatives, die Interessen des islamisch-arabischen Nordens des Landes gegen den negroiden Süden vertretende, Regime abzusichern.

WOHNRAUMPROBLEME IN MALAYSIA

Wohnraum: Hier tritt die Widersprüchlichkeit der abhängigen und unterentwickelten Wirtschaft von Ländern der Dritten Welt besonders deutlich zutage. Einserseits sind die dort investierenden Industriekonzerne darauf aus, die Löhne ihrer Arbeiter so niedrig wie möglich zu halten. Das senkt ihre Kosten und erhöht ihren Profit. Widerstand gegen niedrige Löhne müssen die Konzerne weniger befürchten, wenn die Arbeiter (bzw. das Heer der Reservearmee von Arbeitslosen) nichts oder nur sehr wenig für Wohnraum ausgeben müssen. Das ist der Fall, wenn sie am Rande der industriellen Ballungsräume in Holz- oder Wellblechhütten leben, die sie auf öffentlichem Grund- und Boden selbst errichtet haben. Das internationale Kapital (und mit ihm Regierungen, die es seinen Profitinteressen unterworfen hat), ist also ökonomisch und politisch an der Existenz und Funktionsfähigkeit solcher „Squatter-Siedlungen" interessiert.
Andererseits kann Wohnraum selbst eine Ware sein, aus deren Verkauf oder Vermietung Profit zu schlagen ist. Zumal für westliche Baukonzerne, die mit kapitalintensiver Technologie in kurzer Zeit genormte Hochhauswohnungen in großer Zahl – also zu niedrigsten Stückkosten – produzieren können. Es gibt daher auch internationales Kapital, dessen Interesse sich auf eine zwangsweise Auflösung der Squatter-Siedlungen richtet. Deren Bewohner sollen in die teuren Hochhauswohnungen ziehen, die in keiner Weise den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung entsprechen. Hinzu kommt das politische Interesse vieler Regierungen von Dritte-Welt-Ländern, den durch die illegale Besetzung öffentlichen Grund- und Bodens drohenden Prestigeverlust abzuwehren. Auch darin steckt ein Motiv, Squatter-Siedlungen ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen der betroffenen Bevölkerung einfach niederzuwalzen, wie es z.B. in Indien unter der Regierung von Indhira Gandhi vielfach geschehen ist.
Der folgende Artikel von Einhard Schmidt und der im Anschluß daran rezensierte Film von Peter Heller zeigen diese Probleme konkret und anschaulich am Beispiel Malaysias auf. Es wäre sicherlich falsch, die erwähnte Widersprüchlichkeit zum Anlaß zu nehmen, um sich auf die Seite einer der beiden konkurrierenden Kapitalfraktionen zu stellen und deren Politik als „richtig" zu unterstützen. Solidarisieren wir uns stattdessen mit der betroffenen Bevölkerung, die um bedürfnisgerechten und für alle erschwinglichen Wohnraum kämpft. Die Konkurrenz im Lager der Profiteure kann bei diesem Kampf allenfalls taktisch ausgenützt werden.

Red.

Squatter kämpfen um ihre Häuser

SQUATTER KÄMPFEN UM IHRE HÄUSER – ERFAHRUNGEN AUS MALAYSIA
von Einhard Schmidt

I. Das Ausmaß des Squatter-Problems in West-Malaysia
Die Wohnungsfrage gehört heute neben Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu den potentiell explosivsten Problemen in den Ländern der Dritten Welt. In vielen Großstädten der Dritten Welt lebt der größte Teil der Bevölkerung in provisorischen Blech- oder Holzhütten ohne Strom und Wasserversorgung und ohne Anschluß an die Kanalisation.
In der deutschen Literatur findet sich der euphemistische Begriff „Spontansiedlungen" für diese Ansammlungen von Hütten aus Holz und Wellblech (1). Im englischen Sprachraum hat sich der weniger ideologisch befrachtete Begriff „Squatter-settlements" eingebürgert. Ursprünglich beschreibt der Begriff „Squatter" einen juristischen Tatbestand. Nach der juristischen Definition werden unter „Squattern" alle Personen verstanden, die Häuser auf Land errichten, das ihnen nicht gehört. Theoretisch kann es sich dabei um Staatsland oder um privates Land handeln; die meisten Squatter bauen jedoch ihre Hütten auf Land, das der öffentlichen Hand gehört, um nicht der Willkür eines privaten Grundbesitzers ausgesetzt zu sein.
Die Lebensbedingungen in vielen Squatter-Gebieten sind katastrophal: Die Hütten sind behelfsmäßig aus Pappkartons, Blechdosen und Strandgut zusammengebaut. Viele Squatter-Siedlungen liegen an Flüssen. Aus dem Fluß holen die Bewohner ihr Trinkwasser, dort baden sie, in den Fluß schütten sie schließlich auch Abwässer und Abfälle. Überschwemmungen und Epidemien sind an der Tagesordnung. Auch grundlegende soziale Infrastruktur fehlt, weil Squatter-Gebiete von der staatlichen Planung grundsätzlich ignoriert werden.
Andererseits zeichnen sich Squatter-Gebiete durch ein besonders enges Netz sozialer Beziehungen aus. Nachbarschaftliche Solidarität ist noch intakt, und es bestehen informelle Organisationsformen der Bewohner, die dem gängigen Verständnis von großstädtischen Lebensformen widersprechen. In Squatter-Gebieten in Kuala Lumpur konnte beobachtet werden, daß die Bewohner Radiogeräte, Fernsehgeräte und Zeitungen gemeinschaftlich besitzen und untereinander austauschen. (2) Bei Auseinandersetzungen mit städtischen oder staatlichen Behörden wählen die Squatter regelmäßig ihre Sprecher, die die Verhandlungen führen. Bisweilen tun sich die Bewohner zusammen und legen in gemeinsamer Arbeit kleinere Straßen, Entwässerungsgräben oder Brücken an. Squatter-Gebiete können dem Zuwanderer eine Lebensform bieten, die Ähnlichkeiten mit seinem früheren Leben auf dem Lande hat. Millionen-Städte in der Dritten Welt, wie Kalkutta oder Jakarta, haben einen Squatter-Anteil an der Gesamtbe-

völkerung von 70 bis 90 %. Diese Größenordnung ist in Malaysia noch nicht erreicht. Aber die Squatter-Bevölkerung in den Großstädten hat auch in Malaysia im letzten Jahrzehnt rapide zugenommen.
Die Zuwanderung vom Land konzentrierte sich vor allem auf drei Verdichtungsgebiete. Die höchste Wachstumsrate verzeichnete die „Klang Valley Metropolitan Region", zu der die Bundeshauptstadt Kuala Lumpur gehört. (Die Region hatte zwischen 1957 und 1970 einen jährlichen Wanderungssaldo von + 4 %) (3).
Ähnlich rapide wuchs in der Zeit die Bevölkerung des „Penang Metropolitan Area" im Norden der Malaysischen Halbinsel und des „Johor Bahru Metropolitan Area" an der Südspitze der Halbinsel. Die Mehrzahl der Neuzuwanderer ließen sich als Squatter in der Stadt oder am Stadtrand nieder.
Es liegen nur wenig offizielle Zahlen über das Ausmaß des Squatter-Problems in den Städten Malaysias vor. Die letzte umfassende Erhebung wurde zwischen 1966 und 1968 durchgeführt. Nach einer Schätzung wohnten 1973 innerhalb der Stadtgrenzen von Kuala Lumpur zwischen 150.000 und 180.000 Squatter. Das entsprach 35 bis 40 % der Gesamtbevölkerung der Hauptstadt. (4)
Der Squatter-Anteil der beiden anderen Verdichtungsgebiete dürfte kaum unter den Schätzungen für Kuala Lumpur und die „Klang Valley Metropolitan Region" liegen. 30 % dürfte die Untergrenze sein.

Zur politischen Situation in Malaysia vgl.:
blätter des iz3w, Nr. 58, Dez. 76, S. 40 - 43

II. Gründe des „Squatting"

Das Squatter-Problem in den Großstädten rückte seit Anfang der 70er Jahre ins Bewußtsein der malaysischen Regierung. 1973 fand unter Schirmherrschaft der malaysischen Regierung in Kuala Lumpur eine internationale Tagung über Urbanisierungsprobleme in der Dritten Welt statt (5). Der zuständige Minister für Technologie und Forschung, Datuk Ong Kee Hui, hegte hohe Erwartungen an die Tagung: „... wir sehen uns jetzt Urbanisierungsproblemen gegenüber. Das Squatter-Problem in Kuala Lumpur wird allmählich ernst... Wir müssen zum Kern des Problems vordringen. Es wird uns helfen, mit ausländischen Experten zusammenzukommen." (6)
Eine zentrale Sitzung der Tagung behandelte die Möglichkeiten der Umsiedlung von Squattern.
Experten aus Asien und aus westlichen Ländern diskutierten miteinander verschiedene mögliche Lösungsansätze. Die Vorschläge reichten von Stärkung der privaten Unternehmerinitiative im Baugewerbe über öffentlichen Wohnungsbau, über Infrastrukturverbesserungen für Squatter-Gebiete bis hin zu genossenschaftlichen Ansätzen. Die Vorträge repräsentierten den letzten Forschungsstand zum Thema. Einige Referenten hatten selbst sozialwissenschaftliche Untersuchungen in Squatter-Gebieten durchgeführt. Es war eine Diskussion unter einschlägig ausgewiesenen Fachleuten, und die Erwartungen in die Tagung schienen nicht zu hochgeschraubt. Wie weit allerdings echtes Interesse bestand, Einblicke aus erster Hand in das Squatter-Problem zu gewinnen, kann bezweifelt werden. Das wurde an einer kurzen Episode während der Tagung deutlich. Ein Diskussionsteilnehmer schlug vor, den Bewohner eines örtlichen Squatter-Gebietes vor dem Forum über seine persönlichen Erfahrungen berichten zu lassen. Die Mehrzahl der Versammelten nahm den Vorschlag gar nicht ernst, andere hielten ihn für nicht praktikabel. Der Vorsitzende ging in der Tagesordnung weiter.

Am Ende blieb die Tagung auch nicht von groben Fehlinterpretationen über die Ursachen des Squatting verschont. Eine der am weitesten verbreiteten Fehlinterpretationen ist die Gleichsetzung von Squattern und Arbeitslosen.
M.K. Sen sagte auf dem Kuala Lumpur Forum:

> *„Wir werden sehen, daß die Mehrheit der Squatter einen negativen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausübt, weil die Mehrheit von ihnen arbeitslos oder unterbeschäftigt ist oder in versteckter Arbeitslosigkeit lebt; wenn sie doch eine Dauerstellung haben, so meist im tertiären oder Dienstleistungssektor, also in Berufen, die nicht im strengen Sinn entwicklungsfördernd sind wie etwa Berufe in Industrie oder Handel."* (7)

Diese Analyse liefert einen einfachen Schlüssel zur Lösung des Squatter-Problems: Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im sekundären Sektor. Sobald die Squatter im „modernen Sektor" beschäftigt sind, sind sie auch in der Lage, normale Mieten zu zahlen. Einige Teilnehmer des Forums betonten, daß es überhaupt überflüssig sei, besondere Maßnahmen zur Lösung des Wohnungsproblems zu ergreifen. Bei erfolgreicher Industrieansiedlungspolitik werde sich das Squatter-Problem ganz von selbst lösen.
Indessen enthüllt schon eine ganz einfache Berechnung, daß Arbeitslosigkeit nicht die einzige Ursache für Squatting sein kann. 1973 gab es in Kuala Lumpur einen Squatter-Anteil von 35 bis 40 %, aber nur 8 % der Bevölkerung im



arbeitsfähigen Alter war als arbeitslos gemeldet. (8) Selbst wenn man annähme, daß alle Arbeitslosen Squatter wären, bliebe immer noch eine Mehrheit von Squatter-Haushalten übrig, in denen mindestens ein Familienmitglied eine Dauerbeschäftigung hat. Arbeitslosigkeit ist ohne Zweifel in vielen Squatter-Familien ein großes Problem. Aber Arbeitslosigkeit ist nicht die Ursache des Squatting. Der Grund, weshalb viele Familien keine andere Möglichkeit haben, an eine Wohnung zu kommen, liegt in ihrem niedrigen Einkommen – ganz gleich ob der Haushaltsvorstand Arbeit hat oder arbeitslos ist. In Malaysia sind vergleichsweise viele Arbeitsplätze im „modernen Sektor" geschaffen worden, aber das Squatter-Problem hat sich im selben Zeitraum verschärft.
Es läßt sich die Gegenthese aufstellen, daß die Industrialisierung erst das Squatter-Problem in seinen jetzigen Ausmaßen hervorgebracht hat. Denn der Zustrom vom Lande wird anhalten, solange der Stadt-Land-Gegensatz fortbesteht.

Die Entwicklungsstrategie der malaysischen Regierung vernachlässigt die Reisanbaugebiete. Entwicklungsanstrengungen beschränken sich auf die Neuanpflanzung von Gummi- und Ölplantagen auf Rodungsland und auf Industrialisierung in den Städten. Besitzzersplitterung und Überschuldung in den Reisanbaugebieten zwingen viele Bauern zur Abwanderung in die Städte.

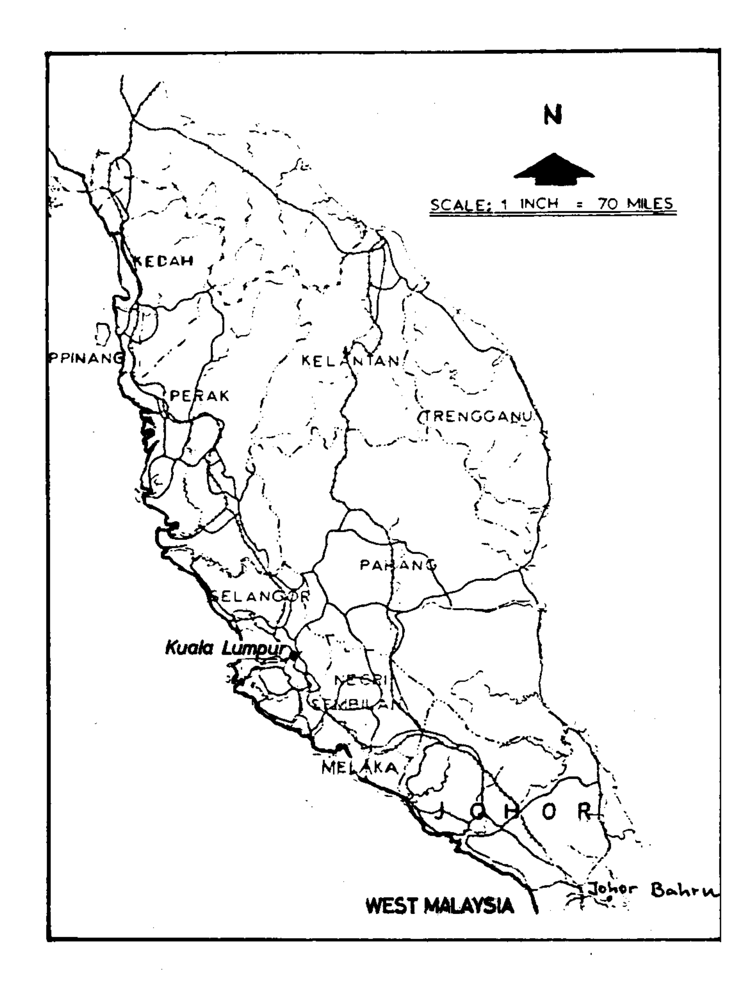
Bei der Industrieansiedlung verläßt Malaysia sich vor allem auf ausländische Direktinvestitionen. Malaysia hat unter ausländischen Investoren einen guten Ruf als „Billiglohnland". Die Regierung bietet sogenannten Pionierbetrieben besondere Anreize, wie zum Beispiel Steuerbefreiung für fünf Jahre und Verbot jeder gewerkschaftlichen Betätigung während der Anfangsjahre. (9) Die Regierung sperrt sich seit Jahren gegen die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Vielmehr streicht die Regierung das niedrige Lohnniveau gegenüber ausländischen Investoren bei jeder sich bietenden Gelegenheit heraus. (10) In den drei Verdichtungsgebieten an der Westküste haben bereits zahlreiche amerikanische, japanische und westdeutsche Firmen Fabriken eröffnet, um durch Produktionsverlagerung in ein „Billiglohnland" die Wettbewerbsfähigkeit auf den umkämpften westeuropäischen und nordamerikanischen Märkten zu steigern. Die größten deutschen Investitionen sind von Nordmende und Robert Bosch getätigt worden.

Der Monatslohn für ungelernte Fabrikarbeiter liegt zwischen 70 und 130 Mark. Das reicht kaum aus, um Nahrungsmittel für die Familie zu kaufen; für Mietzahlungen bleibt nichts mehr übrig. Den Arbeitern bleibt nur eine Möglichkeit, sich ein Dach über dem Kopf zu beschaffen: Sie bauen aus Holz und Wellblech ihre eigenen Hütten auf Land, für das sie keine Grundbuchtitel haben.

Es besteht also ein klar nachweisbarer Zusammenhang zwischen Industrialisierung, wie sie in Malaysia betrieben wird, und dem Anwachsen der Squatter-Bevölkerung: Industrieansiedlung beschränkt sich auf die Standorte, die von ausländischen Investoren bevorzugt werden. Das sind die drei Verdichtungsgebiete an der Westküste. Die Konzentration der Industrieansiedlung auf wenige Standorte verstärkt wiederum die Landflucht. Die Zuwanderer vom Land haben in der Stadt keine Bleibe. Auf dem Wohnungsmarkt können sie nicht mitbieten. Sie werden zwangsläufig zu Squattern. Überspitzt ließe sich formulieren: Jeder neue Arbeitsplatz in der Industrie zieht unweigerlich eine Squatter-Hütte nach sich. Ursache des Squatting ist demnach in erster Linie Industrialisierung in Verbindung mit den niedrigen Löhnen.

Natürlich gibt es in den Squatter-Gebieten auch Arbeitslose und Tagelöhner, die wechselnden Beschäftigungen im tertiären Sektor nachgehen. Obwohl sie weniger produktiv oder ganz unproduktiv sind, sind auch sie den ausländischen Investoren nicht unwillkommen. Sie bilden die industrielle Reservearmee in den Großstädten und helfen durch ihre bloße Anwesenheit, das Lohnniveau niedrig zu halten. Das niedrige Lohnniveau der ungelernten Arbeiter ist die mit Abstand wichtigste Ursache des Squatting. Hinzu kommen eine Reihe weiterer Gründe:

- Squatter-Gebiete sind nur einstöckig bebaut. Ihr quasi-dörfliches Erscheinungsbild kommt den Erwartungen der Zuwanderer vom Lande entgegen.
- Neuzugezogene, die bereits Freunde und Verwandte in einem Squatter-Gebiet wohnen haben, neigen dazu, sich in ihrer Nähe niederzulassen.
- In Squatter-Gebieten besteht mehr Solidarität und ein größerer sozialer Zusammenhalt als sonst in städtischer Umgebung.



- Trotz Überbelegung sind Squatter-Hütten oft geräumiger als billige Mietwohnungen. Sie bieten darüber hinaus die Möglichkeit, sich durch An- und Umbauten an Veränderungen in der Familiengröße anzupassen.
- Arbeitsplatzunsicherheit veranlaßt oft auch Familien mit etwas höherem Einkommen, regelmäßigen Mietverpflichtungen aus dem Wege zu gehen.

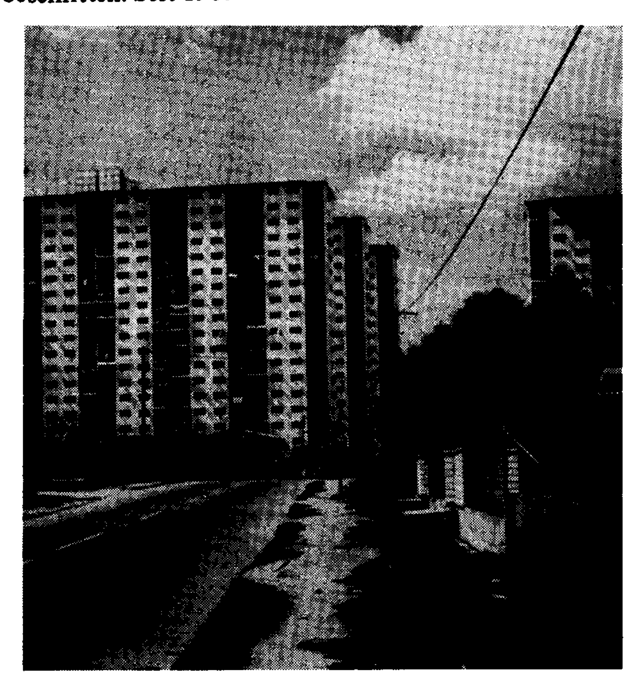
III. Maßnahmen der Regierung

Die Maßnahmen der malaysischen Regierung in der Wohnungsfrage lassen keine klare Strategie zur Lösung des Squatter-Problems erkennen. Einige Squatter-Siedlungen stehen bereits seit 20 Jahren unversehrt an derselben Stelle, andere Siedlungen sind rücksichtslos niedergewalzt worden. In der Vergangenheit ging die Regierung vornehmlich gegen Squatter im Stadtzentrum vor. In einigen Fällen entschloß sie sich zum „Squatter Clearing", weil der Boden für staatliche Bauprojekte benötigt wurde. In anderen Fällen löste allein der Hinweis eines westlich ausgebildeten Stadtplaners, das Stadtbild sei durch die unansehnlichen Hütten beeinträchtigt, umfangreiche Polizeimaßnahmen aus. Die Regierung beschränkte sich darauf, die Hütten abzureißen. Ersatzunterkünfte wurden nur in Ausnahmefällen bereitgestellt.

Seit dem Ende der 60er Jahre setzte sich die Erkenntnis durch, daß mit Polizeimaßnahmen allein das Squatter-Problem nicht zu lösen sei. Gelegentliche Vertreibungen von Squattern änderten an der Lage nichts. Diejenigen, die einmal vertrieben worden waren, erschienen schon am nächsten Tag an einem anderen Standort. Die Wohnungsfrage enthielt so viel Zündstoff, daß eine langfristige Lösung für das Überleben jeder Regierung mitentscheidend wurde.

Auf der Suche nach langfristigen Lösungen wurden in den 60er Jahren in vielen Ländern sogenannte „Low

Cost Housing"-Programme (Programme zum Bau von Billigwohnungen aus öffentlichen Mitteln) als angemessene Lösung des Squatter-Problems propagiert. Am konsequentesten hat der Stadtstaat Singapur diesen Weg beschritten. Seit 1963 wurden dort Hunderttausende

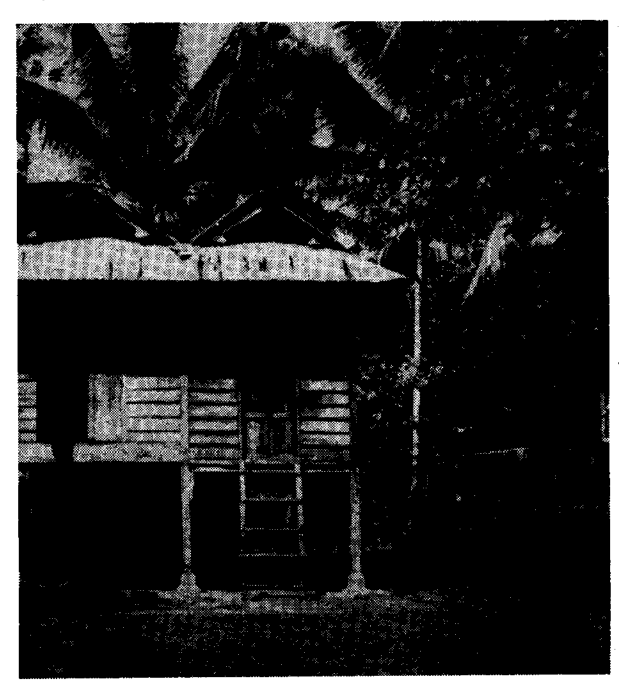


„Rifle Range" in Penang, Nordmalaysia, ein 1969 errichtetes Projekt des Low-Cost-Housing-Programmes

von Squatter-Familien in Ein- oder Zwei-Zimmer-Wohnungen in zehn- bis zwanzigstöckigen Hochhäusern umgesiedelt.(11)
Malaysia begann kurz vor den Wahlen des Jahres 1969 in allen Großstädten mit dem Bau von Hochhausblocks seines „Low Cost Housing"-Programms.
Es blieb jedoch bei einzelnen Renommierprojekten. Nach den Wahlen wurden kaum noch Wohnungen fertiggestellt. Malaysia hat auch gar nicht die Finanzkraft, die es erlauben würde, wie im Falle Singapurs die gesamte Squatter-Bevölkerung in Neubauten umzusiedeln. Das Low Cost Housing-Programm hat bestenfalls einen propagandistischen Effekt gehabt. Bisher sind für 10 % der Squatter neue Wohnungen geschaffen worden. (12)
Für Malaysia trifft zu, was der englische Architekt Turner auf der UN-Konferenz Habitat 1976 in Vancouver sagte, „daß Regierungs-Wohnungsbauprogramme in der Regel nicht den Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der meist auf dem Existenzminium lebenden Zielgruppen entsprechen". Das heißt, mit den bisherigen Wohnungsbauprogrammen konnten die Ärmsten nicht erreicht werden. (13) Denn Arbeitslosigkeit und Minimaleinkommen lassen keine kostendeckende Mietzahlung oder Kreditrückzahlung zu.
In einer Neubausiedlung in Penang ergab sich das Paradox, daß die Einkommenshöchstgrenze von ursprünglich 200 DM auf 500 DM erhöht werden mußte, weil sich zunächst nicht genügend Bewerber für die Wohnungen gefunden hatten. Der eigentliche Grund für das mangelnde Interesse der untersten Einkommensschichten war die Mietbelastung von 55 DM, die Familien mit einem verfügbaren Haushaltseinkommen von weniger als 200 DM kaum aufbringen können. (14)
Darüber hinaus hat die Gestaltung der Neubauten zum Scheitern des Programms beigetragen. Neuzugezogene Familien vom Lande können sich in vielgeschossigen Beton-Blocks nur schwer eingewöhnen. Wohnen im Hochhaus trägt zur Zerstörung der hergebrachten großfamiliären Struktur bei (15). Freiwillig würde sobald keiner in die Neubau-Blocks ziehen.

IV. Die Geschichte der Siedlung TASEK UTARA

Ein Squatter-Anteil von 30 % in den großen Städten, ein völlig unzureichendes Billigwohnungsprogramm aus öffentlichen Mitteln – das war die Ausgangslage, als im Juli 1974 die kurze Geschichte der Squatter-Siedlung „Kampung Tasek Utara" (= Dorf am nördlichen See) begann – eine Geschichte, die bald über die Grenzen Malaysias hinaus bekannt werden sollte.
Am 24. August 1974 fanden in Malaysia Wahlen statt. Die Regierungspartei „Barisan National" (Nationale Front) gewann 135 der insgesamt 154 Sitze im Bundesparlament. Johor, der südlichste Bundesstaat auf der malaysischen Halbinsel, erwies sich einmal mehr als eine Hochburg der Barisan National. Dort gewann die Barisan alle Sitze für das Bundesparlament und mit einer einzigen Ausnahme alle Sitze im Landtag von Johor.
Doch jene Kommentatoren, die in diesem Wahlergebnis einen überwältigenden Vertrauensvorschuß der Bevölkerung von Johor für ihre politische Führung sehen wollten, mußten sich recht bald eines besseren belehren lassen. Nur wenige Wochen nach den Wahlen sollten in der Landeshauptstadt Johor Bahru die ersten Anzeichen von Opposition gegenüber der neugewählten Regierung zum Ausbruch kommen.



Malayisches Bauernhaus im Kreis Pontian, der malayischen Halbinsel

Johor Bahru ist mit seinen 200.000 Einwohnern zwar nur die viertgrößte Stadt in Malaysia, hat aber in den letzten fünf Jahren den Ruf eines besonders dynamischen Wachstumspols errungen. Zwischen den Volkszählungen von 1957 und 1970 wuchs die Bevölkerung von 74.909 auf 135.936, und seit Anfang der 70er Jahre sind die Wachstumsraten noch höher. (16) Ursache für das Bevölkerungswachstum der Stadt ist die Industrieansiedlung der letzten zehn Jahre. Johor Bahru ist neben Kuala Lumpur/Klang Valley und Penang bevorzugter Standort für ausländische Investoren. Die Nähe zum Welthafen Singapur macht einen Teil der Standortgunst aus. (17) Der Inselstaat Singa-

pur ist durch einen Straßen- und Eisenbahndamm mit der malaysischen Halbinsel verbunden, und bis zum Hafen sind es knapp 30 Straßenkilometer. Zu den Industrieansiedlungen in Johor Bahru gehören neben vielen anderen Betrieben zwei Automontagewerke (Fiat und General Motors), eine große Bleistiftfabrik und mehrere Betriebe aus der Elektronik-Branche. Die Arbeitskräfte dieser Fabriken rekrutieren sich vor allem aus Zuwanderern aus den ländlichen Gebieten an der Westküste des Bundesstaates Johor. Kleinbesitz, hohe Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe und Unterbeschäftigung sind kennzeichnend für die Herkunftsregionen der Zuwanderer. Die meisten Zuwanderer fanden Arbeit in einer der Fabriken in Johor Bahru, aber nur wenige fanden eine vernünftige Unterkunft. Das Squatter-Problem erreichte hier bald dieselben Ausmaße wie in Kuala Lumpur. Zwei Hochhaus-Blocks öffentlich geförderter Billigwohnungen, im Wahljahr 1969 errichtet, waren nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. 1973 ließ die Regierung eine Untersuchung über den Wohnungsnachholbedarf anfertigen. Die Studie, die nie veröffentlicht wurde, klassifizierte über 50 % aller Häuser als verwahrlost oder verfallen.

So war es kein Zufall, daß das Squatter-Problem im Wahlkampf 1974 eine große Rolle spielte. Der Wahlkampf war dieses Mal besonders kurz. Die Regierung hatte ihre Gründe, eine vorgezogene Wahl anzuberaumen, denn jeder spätere Termin wäre angesichts der sinkenden Rohstoffpreise für die Hauptausfuhrprodukte des Landes für die Regierungspartei weniger günstig gewesen. Der Wahlkampf war auf Kundgebungen der Regierungspartei beschränkt, weil alle Wahlveranstaltungen der Opposition von vornherein verboten worden waren. Bundes- und Landesminister machten in ihren Reden die üblichen Wahlversprechen: Die Regierung werde die Inflation bald unter Kontrolle bringen, (18) sie werde für alle Arbeitslosen Arbeit schaffen und allen Landlosen Land geben. Die Wahlredner waren überzeugt, daß ihnen derartige Wahlversprechen die Stimmen der landlosen Zuwanderer in die Großstädte sichern würden.

Die Anfänge der Siedlung „Kampung Tasek Utara" fielen in die Wochen des Wahlkampfes. Später konnte niemand noch genau sagen, wie die Siedlung entstanden war.

Einige der Tasek-Utara-Siedler bestehen auf der Version, daß alles mit einer Wahlrede des Ministerpräsidenten von Johor, Datuk Haji Othman bis Saat, begonnen habe. Datuk Othman hielt gerade im Jalan Peteri-Bezirk von Johor Bahru eine Wahlrede, als ein Zwischenrufer ihm die Frage stellte, ob die Landregierung bereit sei, Staatsland an landlose Familien in der Stadt abzugeben. Die Squatter erinnerten sich später, der Ministerpräsident habe dem Zwischenrufer mit Emphase geantwortet: „Die Regierung wird allen Familien, die kein Land besitzen, Bauland zuteilen".

Dies soll für eine Hand voll landloser Familien das Signal gewesen sein, die Regierung beim Wort zu nehmen. Sie begannen, auf einem unerschlossenen Gelände, etwa sechs Kilometer außerhalb des Stadtzentrums von Johor Bahru, Holzhäuser zu errichten. Den ersten Siedlern war bewußt, daß sie auf staatlichem Grund und Boden bauten.

Den Pionieren folgten bald weitere Familien. Ende August 1974 bestand „Kampung Tasek Utara" bereits aus 134 Häusern. Die meisten Häuser waren schon fertiggestellt, einige waren noch im Bau.

Kampung Tasek Utara war keineswegs ein Slum. Der Besucher war überrascht vom säuberlichen Eindruck, den die Häuser und die Gesamtanlage boten. Die Häuser waren für asiatische Verhältnisse außerordentlich geräumig. Die Familien hatten ihre ganzen Ersparnisse aufgebraucht, um Bretter für die Wände und Wellblech für die Dächer zu kaufen. Die meisten von ihnen hatten allein für Baumaterial zwischen 400 und 800 DM aufgewandt. Alle Häuser waren einzelnstehend; viele waren von kleinen Gärten umgeben. Einige Siedler hatten bereits begonnen, ihr eigenes Gemüse anzubauen.

Die Siedler hatten beim Bau ihrer Häuser großes handwerkliches Geschick bewiesen. Die ganze Siedlung erweckte den Eindruck einer planvollen Anlage. Der Verfasser war tief beeindruckt vom Ideenreichtum der Siedler, als er das Gebiet zum ersten Mal besuchte. Das Siedlungsmuster war weitaus phantasievoller als dasjenige der meisten Mittelstands-Einfamilienhausgebiete in Malaysia, die von hochbezahlten Stadtplanungs Consultings entworfen werden. Die Häuser waren weder überbelegt, noch bestand erhöhte Feuergefahr. Nur im Hinblick auf das Fehlen von Ver- und Entsorgungseinrichtungen hätte man die Siedlung als Slum klassifizieren können.



„Kampung Tasek Utara", Anfang September 1974

Die Mehrzahl der Bewohner waren Malayen, dazu kamen einige chinesische und eine indische Familie. Fast alle waren Zuwanderer aus den verarmten ländlichen Gebieten an der Westküste Jahors. Alle Siedler hatten große Familien. Die Haushaltsvorstände waren als ungelernte Arbeiter in den Fabriken Johor Bahrus beschäftigt. Ihr monatliches Einkommen lag zwischen 120 und 180 DM.

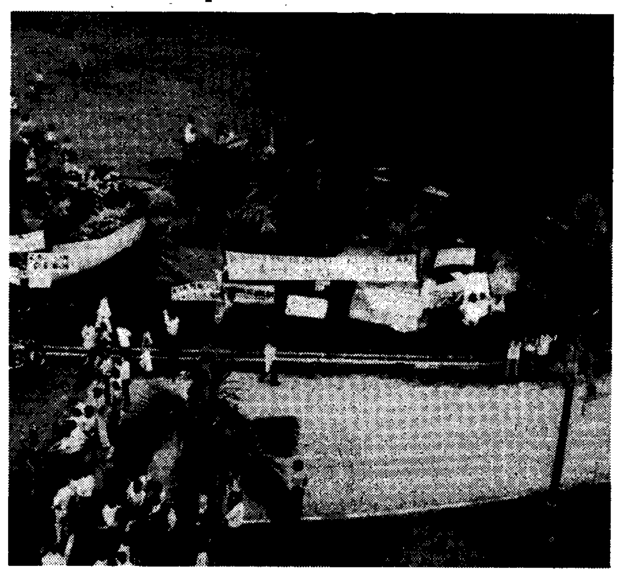
Ein Familienvater erzählte dem Verfasser: „Meine Familie kommt aus dem Landkreis Pontian (19). Von meinem Vater hatte ich eine kleine Kokosnußfarm geerbt. Die Farm war so klein, daß ich durch den Verkauf der Kokosnüsse auf dem Markt nicht genug Bargeld erwirtschaftete, um Reis und Kleidung für meine Frau und meine Kinder zu kaufen. Durch einen Verwandten hörte ich, daß es in Johor Bahru Arbeit geben sollte. So entschloß ich mich, mein Heimatdorf zu verlassen. Nach einiger Zeit fand ich Arbeit in einer der Fabriken. Aber ich wußte nicht, wo ich mit meiner Familie bleiben sollte. Ich mußte ein Zimmer in einem Einfamilienhaus mieten. Der Hauswirt verlangte 50 Ringgit (entpricht 55 Mark) für ein einziges Zimmer. Wir hatten noch nicht einmal einen Garten für die Kinder zum Spielen. Wir haben fünf Kinder.

Nach einem Jahr konnte ich die Miete nicht mehr bezahlen. Ich mußte meinen ganzen Lohn für Lebensmittel ausgeben. Wegen der Inflation. Ich bewarb mich um eine staatliche Billigwohnung. Aber da gab es eine lange Warteliste. Und ich hatte auch kein Geld, den Beamten im

Wohnungsamt zu schmieren. Dann hörte ich das erste Mal von Kampung Tasek Utara. Arbeitskollegen unterhielten sich darüber. Ich erzählte meiner Frau davon. Sie machte mir klar, daß Tasek Utara die einzige Möglichkeit für uns war, in der Nähe der Fabrik eine vernünftige Unterkunft zu finden.
Meine Frau brachte all ihren Schmuck zum Pfandleiher und ich borgte Geld von meinem Bruder. So kratzten wir 500 Ringgit (550 Mark) zusammen, um Holz und Wellblech für das Haus zu kaufen. Zusammen mit unseren Verwandten haben wir das Haus aufgebaut. Jetzt haben wir sogar einen kleinen Garten, in dem unsere Kinder spielen können. Wir hoffen jetzt nur, daß wir in unserem Haus wohnen bleiben können."
Vor den Wahlen standen die Tasek Utara Squatter unter dem Eindruck, sie würden die Grundstücke, die sie erschlossen hatten, auf Dauer behalten können. Die örtliche Verwaltung gab bereits amtliche Grundstücksnummern aus.
Nach den Wahlen jedoch, am 8. September 1974, erhielten die Squatter vom Grundbuchamt eine Aufforderung, das Gebiet binnen einer Woche zu räumen. Die Squatter versammelten sich daraufhin vor ihren Häusern und berieten, was zu tun sei. Sie entschieden sich schließlich, dazubleiben, weil es für sie keine Alternative gab. Die Entscheidung der Regierung war für sie unerwartet und unverständlich. Sie versuchten auf allen möglichen Wegen, die Räumungsaufforderung wieder rückgängig zu machen. Sie schickten eine Delegation zum Grundbuchamt, doch der Amtsleiter weigerte sich, die Delegation zu empfangen. Sie schickten eine andere Delegation zum Büro des Ministerpräsidenten. Von der Sekretärin erfuhren sie, der Ministerpräsident sei gerade auf seinem Landsitz im 120 km entfernten Muar. Sie bezahlten die Fahrtkosten bis nach Muar, nur um von den Wachmännern weggeschickt zu werden. Andere entdeckten bei einem Fußballspiel ihren Landtagsabgeordneten in der Menge. Als die Squatter ihn ansprechen wollten, wandte er sich ab und ging davon. Die Squatter gewannen bald den Eindruck, daß Regierungsbeamte und Politiker kein Interesse hatten, sich mit ihrem Problem zu beschäftigen.
Die Ereignisse, die in den nächsten Tagen folgten, sind es wert, im einzelnen nacherzählt zu werden:

15. September 1974. Um 6.00 Uhr schickt die Landesregierung Abbruchkommandos nach Kampung Tasek Utara, um sämtliche Häuser niederreißen zu lassen. Es ist noch dunkel, die meisten Bewohner schlafen noch. Ohne Vorwarnung beginnen die Arbeiter mit dem Abbruch der Häuser. Zuerst reißen sie die Bretterwände ab, dann sägen sie die Hauptstützbalken durch. Die Bewohner weigern sich immer noch, ihre Häuser zu verlassen. Kinder weinen, Erwachsene versuchen, die Abbrucharbeiter zu behindern. Bereitschaftspolizei schreitet ein und belehrt die Leute, die Häuser zu verlassen, denn es sei gefährlich in einem Haus zu bleiben, dessen Stützbalken abgesägt sind, weil das Dach jederzeit einbrechen könne und die Bewohner töten könne. Als die Leute sich immer noch nicht bewegen, wendet die Bereitschaftspolizei Gewalt an und zerrt die Leute aus ihren Häusern. Danach werden die Abbrucharbeiter aufgefordert, in mühevoller Kleinarbeit Bretter und Wellblech in kleine Stücke zu sägen, um die Squatter daran zu hindern, aus demselben Baumaterial an anderer Stelle ihre Häuser wieder aufzubauen.

16. September 1974. Bis zum Vormittag des Tages sind alle Häuser von Kampung Tasek Utara dem Erdboden gleichgemacht. Nicht einmal die halbfertigen Häuser werden verschont. Die Regierungsaktion hat 600 Menschen obdachlos gemacht. Aber anders als bei vielen früheren Polizeiaktionen gegen Squatter, laufen die Leute nicht auseinander. Für sie gibt es keine andere Stelle, wo sie sich hätten hinflüchten können. Wieder versammeln sie sich untereinander. Dann entschließen sie sich, in einem Demonstrationszug vor das Gebäude der Landesregierung zu ziehen. Um 9 Uhr erreichen die Demonstranten – Männer, Frauen, Schulkinder und Kleinkinder – den Vorplatz des Regierungsgebäudes. Auf den mitgeführten Transparenten steht: UNSERE HÄUSER SIND ZERSTÖRT WORDEN!
WO SOLLEN UNSERE KINDER SCHLAFEN?
WIR WOLLEN LAND!
WIR FORDERN GERECHTIGKEIT!
Wieder schicken die Squatter eine Delegation zum Büro des Ministerpräsidenten. Diesmal wollen sie volle Kompensation für ihr zerstörtes Eigentum fordern. Der persönliche Referent des Ministerpräsidenten weigert sich, mit den Delegierten zu sprechen, während der Ministerpräsident selbst seinen Amtssitz durch den Hinterausgang verläßt. Er taucht erst drei Wochen später wieder in der Landeshauptstadt auf.



Die Demonstration vor dem Regierungsgebäude dauerte viele Tage. Die Squatter-Familien wohnen währenddessen in einem provisorischen Zelt.

Der Ruf der Demonstranten „Wo ist der Ministerpräsident?" bleibt ohne Antwort. Die Demonstration mitten in der Stadt zieht im Nu zahlreiche Neugierige und Sympathisanten an. Die Beamten und Angestellten der Landesregierung schauen aus den Fenstern, rund um die Transparente sammeln sich Sympathisanten aus allen Bevölkerungsschichten, um ihre Solidarität mit den Squattern zu bekunden. Chinesische Ladenbesitzer spenden Lebensmittel und Kleidung für die Obdachlos-Gemachten. Einzelne Regierungsangestellte spenden einen Teil ihrer Ersparnisse.
Die Familien, die Verwandte in der Nähe haben, gehen für die Nacht zu ihnen. Etwa 50 Familien bleiben übrig, die keine andere Bleibe haben. Sie bauen am Nachmittag aus gespendetem Material ein provisorisches Zelt in der Grünanlage vor dem Regierungsgebäude. Dort wollen sie übernachten, solange, bis die Regierung ihnen Land zuweist.
Bereitschaftspolizei umstellt den gesamten Komplex des Regierungsgebäudes greift aber nicht ein. Viele Sympa-

thisanten bleiben die ganze Nacht bei den Squattern. Unter ihnen sind auch Mitglieder einer sozialistischen Oppositionspartei, der Partei Sosialis Rakyat Melayu (Sozialistische Volkspartei von Malaya).

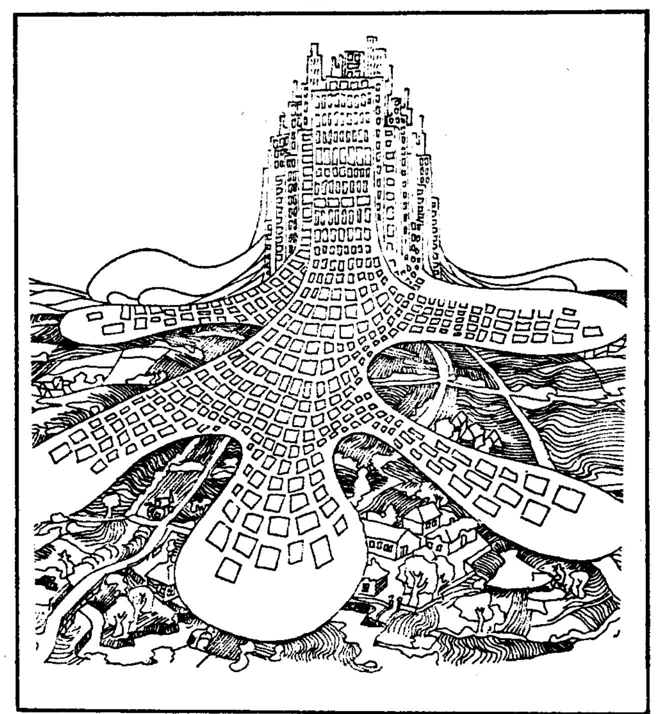
17. September 1974. Es ist Awal Puasa, der erste Tag des islamischen Fastenmonats. Viele Muslems in Johor Bahru sind tief erschüttert, daß eine islamische Regierung zu Beginn der Zeit des Jahres, die allen Muslems als heilig gilt, derart inhumane Maßnahmen gegen Glaubensbrüder ergriffen hat. –
In der Zwischenzeit hat sich die Nachricht von der Demonstration der Obdachlos-Gemachten bis nach Singapur und bis in die 400 km entfernte Bundeshauptstadt Kuala Lumpur verbreitet. Das ist umso erstaunlicher, als die großen Zeitungen des Landes die Vertreibung der Squatter mit keinem Wort erwähnen. Studenten der beiden Universitäten in Singapur kommen nach Johor Bahru, um den Squattern ihre Solidarität zu bekunden. Auch einzelne Studenten aus Kuala Lumpur nehmen die beschwerliche Tagesreise nach Johor Bahru auf sich.
Die Studenten helfen den Squattern, ihre Zelte regenfest zu machen und kochen Essen für sie. Es ist ein ungewohntes Bild: Chinesische Studenten kochen Essen für malayische Arbeiter. Das ist etwas Neues in der von Rassenkonflikten zwischen Malayen und Chinesen zerrissenen Gesellschaft Malaysias.

18. September 1974: Studenten organisieren Solidaritätsdemonstrationen in Kuala Lumpur und Singapur. In Kuala Lumpur setzt die Bereitschaftspolizei Tränengas gegen die Demonstranten ein. Gerüchte über Tasek Utara haben sich inzwischen soweit verbreitet, daß die Regierung ihre Nachrichtenpolitik ändern muß. Die großen Zeitungen in englischer und malaysischer Sprache berichten erstmals über die Vertreibung. (20)

19. September 1974: Angesichts der beispiellosen Solidarität schreckt die Polizei vor einer weiteren Polizeiaktion gegen ganze Familien zurück. Die neue Taktik heißt: Verhaftung der Rädelsführer, und die Demonstranten werden sich in alle Winde zerstreuen.
In der Nacht des 19. September verhaftet die Polizei fünf Personen aus dem Squatter-Zelt, Kaliman Jaya, einen Wortführer der Squatter, Hishammudin Rais, den Asta-Vorsitzenden der Universität von Malaya und drei Aktivisten der Sozialistischen Volkspartei. Doch die Regierung hat sich verkalkuliert: Die Leute sind keineswegs eingeschüchtert. Die Menge der Sympathisanten, die sich um das Zelt sammelt, ist an diesem Tage größer als an irgendeinem der vorangegangenen Tage.

20. September 1974: Der Ministerpräsident von Johor, Datuk Othman bin Saat, hält von seinem Landsitz aus eine Fernsehansprache, um die Haltung der Regierung zum Fall Tasek Utara zu erläutern. Er sagt, vier Faktoren hätten die Regierung veranlaßt, die Siedler zu vertreiben:
„– Unter den Squattern sind Leute, die anderswo Land besitzen, und die es nicht verdienen, daß die Regierung ihnen billiges Land zur Verfügung stellt;
– Es gab andere, die aus dem Verkauf von Häusern in Kampung Tasek Utara Profit schlagen wollten;
– Wieder andere haben zwei Ehefrauen. Hätten sie nur eine Frau zu unterhalten, könnten sie leicht die Miete für ein ordentliches Haus aufbringen;
– andere besitzen Autos und tun nur so als wären sie arm." (21)
Die Rede sollte alle jene verwirren, die den Kampf der Tasek Utara Siedler unterstützten. Aber um wirklich ernstgenommen zu werden, war die Propaganda zu plump. Es steht mit Sicherheit fest, daß keine Regierungsbehörde jemals eine Untersuchung über die wirtschaftliche und soziale Situation der Siedler durchgeführt hat. Im Gegenteil, die Squatter wären glücklich gewesen über jeden Behördenvertreter, der sich die Mühe gemacht hätte, mit ihnen übe ihre Probleme zu reden. (22)

21. September 1974: Am folgenden Tag – es ist bereits der sechste Tag der Demonstration – hängen die Squatter eine Strohpuppe, die den Ministerpräsidenten darstellt, vor dem Regierungsgebäude auf. Unter lautem Singen und Johlen wird die Puppe verbrannt.



Am selben Tag erlebt Kuala Lumpur seine machtvollste Studentendemonstration seit vielen Jahren. Die Stadtautobahn, die an der Universität vorbeiführt, ist stundenlang blockiert, bis Polizei mit Tränengas die Straßen freimacht. Die Studenten ziehen sich auf den Campus zurück, der AStA übernimmt vorübergehend die Universitätsverwaltung. (23)

22. September 1974: Die Ereignisse in Kuala Lumpur haben die Aufmerksamkeit der internationalen Presse auf den Tasek Utara Fall gelenkt. Die malaysische Regierung kann sich internationale Aufmerksamkeit wegen einiger Squatter-Familien schlecht leisten. Daher entscheidet die Regierung, die Squatter-Zelte in Johor Bahru, die der Ausgangspunkt für so viel Unruhe im ganzen Land geworden sind, ein für alle Mal aus der Welt zu schaffen, noch bevor Auslandskorrespondenten internationaler Zeitungen nach Johor Bahru reisen können. Bereitschaftspolizei, mit Maschinenpistolen, Tränengas und Schlagstöcken bewaffnet, kreist die Squatter ein und nimmt jeden fest, der nicht wegrennen kann.
Die Festgenommenen werden auf Lastwagen geladen und im Polizeigefängnis festgehalten. Schulkinder läßt man laufen. Gegen 48 wird später Anklage erhoben. Die meisten Angeklagten sind Frauen. Studenten sind auch darunter. Die Anklage lautet auf illegale Besetzung

von Staatsland ohne Genehmigung. (24)
Indessen war der Kampf der Tasek Utara Squatter mit ihrer zweiten Vertreibung noch nicht zu Ende. Einige Familien mieteten in der Nähe des Tasek Utara Geländes gemeinsam ein älteres Haus, um miteinander in Kontakt zu bleiben und um ihren Kampf weiterführen zu können. Die Miete bezahlten sie von dem Geld, das während ihrer Demonstration vor dem Regierungsgebäude gespendet worden war.
Studenten hatten Dia-Reihen vorbereitet, die die Zerstörung der Häuser durch Abbruchkommandos und Polizei dokumentierten. Die Sozialistische Volkspartei organisierte Dia-Vorführungen in anderen Squatter-Siedlungen in Johor Bahru und Umgebung, um die Bewohner anderswo zu ermutigen, genauso für ihre Häuser zu kämpfen, wie es die Siedler von Tasek Utara vor ihnen getan hatten.
Nachdem sich mehrere Oppositionspolitiker persönlich für die Tasek-Utara-Squatter eingesetzt hatten, erklärte sich der Ministerpräsident von Johor schließlich bereit, eine Delegation der Squatter in seinen Amtsräumen zu empfangen. Bei dem Treffen, das am 7. Oktober 1974 stattfand, legten die Squatter ein Memorandum vor, in dem sie vollen Schadensersatz für die Zerstörung ihrer Häuser sowie Grundbuchtitel für Ersatzland forderten. (25)
Die Landesregierung ließ sich jedoch auf keine der Forderungen ein. Sie gab stattdessen eine Presseerklärung heraus, in der sie „kurzfristige und langfristige Maßnahmen" zur Bewältigung des Wohnungsproblems ankündigte. (26)
Als kurzfristige Maßnahme wurde angekündigt, das Programm öffentlich geförderter Billigwohnungen wieder aufzunehmen. Was von dieser Ankündigung zu halten war, erwies sich allerdings kurze Zeit später: 1975 wurde in Johor Bahru insgesamt 99 Einheiten öffentlich geförderter Billigwohnungen fertiggestellt. Die lokale Tageszeitung berichtete, daß sich zwei Tage lang Tausende allein nach den Antragsformularen anstellten. Die Schlange der Antragsteller war weit über 800 m lang. (27)
Oppositionsquellen schätzten den Bedarf an Billigwohnungen auf jährlich mindestens 6000 Wohneinheiten. Selbst nach Regierungsquellen wird der Wohnungsfehlbedarf in Johor Bahru mit mindestens 10.000 Einheiten angenommen. (28)
Die Gerichtsverhandlung gegen die 48 Squatter und Studenten, die wegen illegaler Besetzung von Staatsland angeklagt waren, begann im Januar 1975. Der stellvertretende Leiter des Grundbuchamtes sagte als Zeuge der Anklage aus. Im Kreuzverhör mit den Verteidigern sagte er: „Wir ließen der Gruppe eine Stunde Zeit, das Gelände zu verlassen. Das reichte aus. Es war nicht meine Sache, herauszufinden, ob die Leute eines Bleibe hatten." (29)
Der farcenhafte Charakter des Verfahrens wird am besten deutlich an der Tatsache, daß während der Beweisaufnahme einer der Anwälte zwei Monate lang in Vorbeugehaft genommen wurde und wochenlang psychischer Folter ausgesetzt wurde.
Die Verurteilung der Squatter konnte die politische Bedeutung ihres Kampfes nicht verringern. Die Verteidigung brachte das in ihrem Schlußwort zum Ausdruck: „Der Kampf der Leute von Tasek Utara wird eingehen in die Geschichte des Kampfes der unterdrückten Volksmassen gegen ihre Unterdrücker."

V. TASEK UTARA und die Folgen für die malaysische Innenpolitik

Tasek Utara ist kein Einzelfall. Weder in Malaysia, noch in anderen Ländern der Dritten Welt.
Die Low-Cost-Housing-Programme der 60er Jahre haben das Problem nirgends lösen können. Der Workshop über Low-Cost-Housing und Self-Help-Housing auf der Habitat-Konferenz 1976 kam infolgedessen zu dem Schluß: „Daher bleibt den Verantwortlichen nur, diese in Selbsthilfe entstandenen Wohngebiete (gemeint sind Squatter-Gebiete – der Verfasser) zu akzeptieren und langfristig mit der Bevölkerung 'upgrading' zu betreiben, d.h. deren Bedingungen sowohl im Hausbau wie im Infrastrukturbereich schrittweise zu verbessern. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist eine Novellierung des Bodenrechts. ... Land muß seinen Warencharakter verlieren." (30)
So plausibel diese Forderung klingt, so idealistisch und illusionär ist sie andererseits auch. Ein Land mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung wie Malaysia kann es sich nicht leisten, Squatter-Siedlungen mit staatlicher und städtischer Infrastruktur auszustatten. Denn damit würde die Regierung ihre eigene Rechtsordnung in Frage stellen.
Eine völlige Novellierung des Bodenrechts wäre erst recht nicht möglich, solange die kapitalistische Produktionsweise fortbesteht.
Die Regierung befindet sich in einem unlösbaren Dilemma: „Squatting" ist seiner Definition nach die illegale Besetzung von Land. Daher stellen Squatter eine Bedrohung für den Status der Regierung als der legitimen Gewalt zur Aufrechterhaltung der bestehenden Rechtsordnung dar. Die logische Folgerung ist, daß die Regierung, will sie Gesetzlosigkeit verhindern, Maßnahmen gegen die Squatter ergreifen muß.
Andererseits kann die Regierung gar nicht ausnahmslos alle Squatter-Siedlungen niederwalzen lassen. Denn um ihre Industrieansiedlungspolitik voranzutreiben, ist sie ständig bemüht, ideale Investitionsbedingungen für ausländische Kapitale zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Hauptanziehungskraft für ausländische Investoren ist das niedrige Lohnniveau. Das bedeutet, daß die Reproduktionskosten der einzelnen Arbeitskraft so niedrig wie möglich gehalten



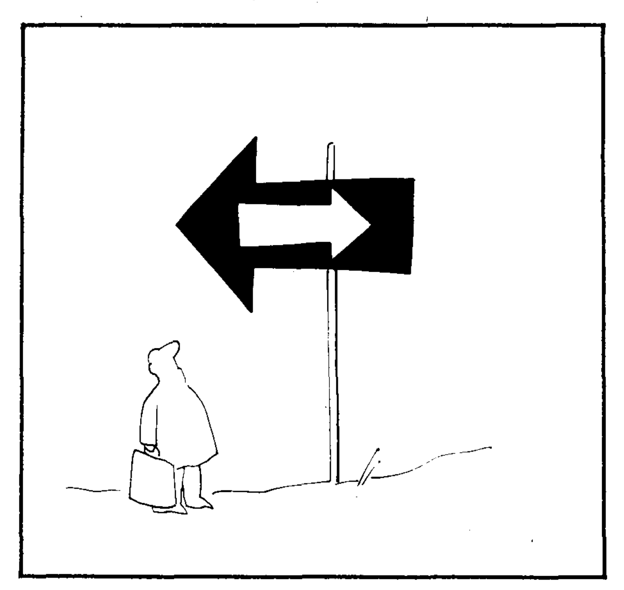
„Kampung Tasek Utara" am Abend des 16. Sept. 1974. Die Siedler suchen in ihren von der Polizei zerstörten Häusern nach Habseligkeiten.

werden müssen. Die gegenwärtigen niedrigen Reproduktionskosten – und mithin das niedrige Lohnniveau – können nur gehalten werden, solange keine Kosten für Miete entstehen. Die einzige Möglichkeit dazu besteht darin, Squatting in gewissem Umfang zu tolerieren.
Die Politik der malaysischen Regierung gegenüber dem Squatter-Problem verläuft in einem widersprüchlichen Zick-Zack-Kurs, der das Dilemma akzentuiert. Sie muß, um ihre Autorität zu betonen, gelegentlich Squatter-Siedlungen niederwalzen lassen, kann aber unmöglich alle Squatter-Siedlungen dem Erdboden gleichmachen. Auch

im Fall TASEK UTARA war sich die Regierung eine ganze Zeit lang unschlüssig, was für einen Kurs sie verfolgen sollte. Die Tatsache, daß zu Beginn Grundstücksnummern ausgegeben wurden, legt die Vermutung nahe, daß die Zerstörung nicht von Anfang an vorgesehen war. Über die Motive der Regierung, dann doch in TASEK UTARA ein Exempel zu statuieren, läßt sich nur mutmaßen: Fraglos gaben eher politische als ökonomische Überlegungen den Ausschlag. Die folgenden Faktoren mögen dabei eine Rolle gespielt haben:

- die gute Selbstorganisation der Squatter von Tasek Utara erschien der Regierung als eine potentielle Gefahr
- Die Arbeiter in den Fabriken von Johor Bahru hatten sich in mehreren Streiks als besonders aktiv und selbstbewußt erwiesen. Die Regierung fürchtete, daß aus der Stadt, so etwas wie ein „Unruheherd" werden könne. Insofern war die Polizeiaktion auch ein Präventivschlag.
- Bei der zweiten Vertreibung ging es vor allem darum, der Solidaritätsbewegung, die sich spontan entwickelt hatte, einen Schlag zu versetzen. Besonders irritierend war für die Regierung gewesen, daß die Solidarität quer durch alle Rassen ging – zweifellos ein Novum für die multirassische malaysische Gesellschaft. (31)

Die endgültige Vertreibung der Squatter vom Vorplatz des Regierungsgebäudes setzte ihrem wochenlangen Kampf ein vorläufiges Ende. Die Demonstranten hatten ihre unmittelbaren Ziele nicht erreicht.



Doch es wäre falsch, nur die kurzfristige Niederlage zu sehen und dabei die langfristige Bedeutung von Tasek Utara als Katalysator für die malaysische Politik zu vernachlässigen. Die Ausdauer und Kampfbereitschaft der Tasek-Utara-Bewohner zeigte eine neue Qualität in der Selbstorganisation von Squattern an. Früher war es nichts Ungewöhnliches, daß Squatter, die wegen illegaler Besetzung von Staatsland vor Gericht standen, ein Schuldbekenntnis ablegten. So sehr hatten sie die Rechtsnormen der herrschenden Klasse verinnerlicht, daß sie ein subjektives Schuldbewußtsein entwickelten.

Tasek Utara war das erste Zeichen des neu erwachenden Selbstbewußtseins der malaysischen Arbeiter und Bauern mit nationalen Auswirkungen. In den folgenden Monaten fanden in Malaysia mehr Demonstrationen und Protestmärsche von Arbeitern, Bauern und Studenten statt als in den vorausgegangenen Jahren – Tasek Utara zeigte seine Auswirkungen als Katalysator der Radikalisierung. (32)

Anmerkungen

1) Vgl. Jürgen Oestereich, Räumliche Planung in der Dritten Welt, in: Stadtbauwelt 50 (1976), S. 113
2) M. K. Sen, The rehousing and rehabilitation of squatters in Kuala Lumpur, in: Ekistics 238 (1975), S. 209
3) Der Begriff „Klang Valley Metropolitan Region" bezeichnet ein Siedlungsband, das sich von Kuala Lumpur bis zum Hafen Port Klang an der Westküste Malaysias erstreckt und die Städte Petaling Jaya, Subang Jaya, Shah Alam und Klang mitumfaßt
4) M. K. Sen, The Rehabilitation and Resettlement of Squatters – The Kuala Lumpur Experience. Paper presented at the Kuala Lumpur Forum, July 1st – 6th, 1973, S. 4.
5) Kuala Lumpur Forum, 1. bis 6. Juli 1973.
6) Interview in: The Malay Mail, 23.5.1973.
7) M. K. Sen, The Rehabilitation and Resettlement ... a.a.O., S. 12
8) Die offizielle Arbeitslosenquote berücksichtigt nur Personen, die beim Arbeitsamt als Arbeitssuchende registriert sind. Die wirkliche Arbeitslosenquote wird auf 12 bis 15 % geschätzt.
9) Zu den Investitionsbedingungen in Malaysia gehören u.a. folgende Anreize, die die Regierung sogenannte „Pionierbetrieben" gewährt: Befreiung von der Körperschaftssteuer sowie Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit für die ersten fünf Jahre nach Produktionsaufnahme.
10) So erklärte der verstorbene malaysische Ministerpräsident Tun Abdul Razak gegenüber ausländischen Investoren: „Die Löhne in Malaysia sind unter den niedrigsten in Asien. Der tägliche Arbeitslohn eines durchschnittlichen Fabrikarbeiters liegt in unserer Hauptstadt Kuala Lumpur bei 1 bis 2 Dollar am Tag. Unsere Tageslöhne liegen unter Ihren Stundenlöhnen."
Tun Haji Abdul Razak, A Call to Friends to Invest in Malaysia. Horizons XXI, No. 4, Seite 20.
11) Was die Regierung von Singapur als beispiellose soziale Großtat preist, sieht der malaysische Soziologe Collin Abraham als den bewußten Versuch, eine disziplinierte und apathische Arbeiterschaft heranzuziehen, die das dichte dörfliche Interaktionsnetz ihrer Herkunftsgebiete endgültig hinter sich gelassen hat. Der zwangsweise Umzug aus einer Squatter-Siedlung in die ungewohnte Umgebung eines Hochhauses zerstört die Herkunfts-Identität.
Vgl. Collin Abraham, The Impact of Public High Rise Housing on the Employment and Social Structure of Urban Communities. Paper presented to the South East Asian Low Cost Housing Seminar in Penang 1973.
12) Vgl. John L. Taylor, The Slums and Squatter Settlements of Southeast Asian Cities. Supllementary Paper submitted to the Kuala Lumpur Forum 1973, S. 17.
13) Jörg Sierig u.a., Habitat 76 – die große Show der UN, in: Stadtbauwelt 51, 1976, S. 204-210.
14) Die Miete versteht sich einschließlich Abwasser, Wasser und Elektrizität, Abraham a.a.O., S. 9
15) Abraham a.a.O., S. 12.
16) South Johor Study: A Prefeasibility Study on Planning and Development. Hrsg.: Jabatan Perancang Bandar and Kampung, Malaysia Barat. Kuala Lumpur 1973.
17) Gegenwärtig ist in Pasir Gudang, 30 km von Johor Bahru entfernt, ein neuer Hafen auf malaysischem Territorium im Bau.
18) Nach offiziellen Angaben betrug die Inflationsrate 1974 knapp 20 %.
19) Pontian ist eine Kreisstadt an der Westküste von Johor.
20) The New Straits Times 18.9.1974 und Utusan Malaysia 18.9. 1974.
21) Utusan Malaysia 21.9.1974.
22) Der Verfasser hatte bei seinem Besuch in Tasek Utara außer zwei Mopeds keine Kraftfahrzeuge gesehen.
23) Kesedaruan (Awareness), Bulletin Majlis Persatuan Mahasiswa Universiti Malaya. 24.9.1974.
24) The New Straits Times 23.9.1974.
25) Memorandum Jawatankuasa Setinggan Tasek Utara kepada Y. B. Menteri Besar Johor, 2.10.1974.
26) The New Straits Times 10.10.1974.
27) The New Straits Times 10.4.1975.
28) The New Straits Times 27.9.1975.
29) The New Straits Times 13.1.1975.
30) Sierig u.a., a.a.O., S. 20.
31) Die drei Hauptrassen in West-Malaysia sind: Malayen mit einem Bevölkerungsanteil von ca. 48 %, Chinesen (ca. 40 %) und Inder (ca. 8 %).
32) Parallelen für diese Entwicklung sind vor allem aus Lateinamerika geläufig, wo mehrfach der Kampf von Squattern um ihre Siedlungen zum Ausgangspunkt für radikale politische Bewegungen wurde. Vgl. z.B. den Bericht über die Villa Miseria, die Elendsviertel in Argentinien, in: Resistencia, Texte zur politischen Praxis und theologischen Reflexion in Lateinamerika. Bochum 1975, S. 1 - 26.

Alle Zitate wurden vom Verfasser aus dem Englischen bzw. Malayischen ins Deutsche übersetzt.

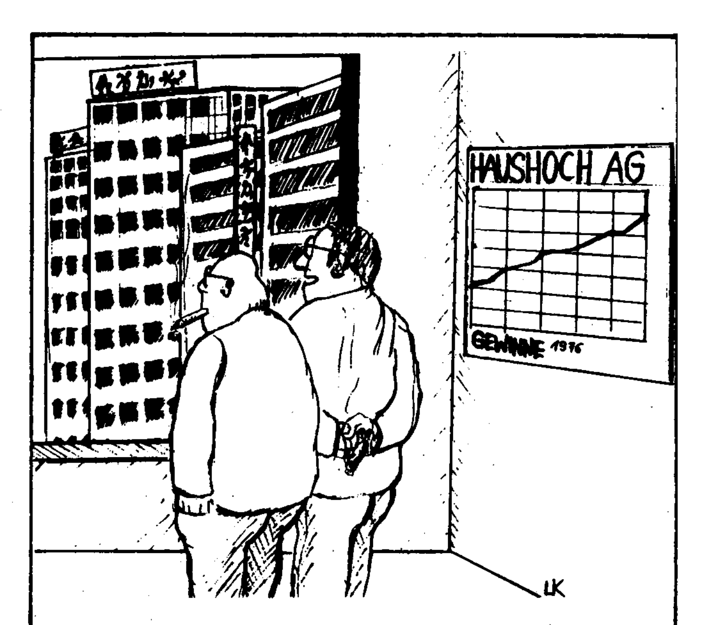
★

Wie Hochtief wagt und gewinnt (Filmrezension)

Wagnis & Gewinn

Ein Film von Peter Heller in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Film und Fernsehen, München
30 min., 16 mm, Farbe od. s/w, Licht- oder Magnetton
Verleih: Vorwärts-Film Peter Heller, Blutenbergstraße 17
8000 München 19, Miete: DM 60,– pro Tag

Immer wieder wundert sich der Zuschauer bei der Berichterstattung aus sogenannten Entwicklungsländern über deren hochmodernes, an westlichen Vorbildern orientiertes Stadtbild mit Hochhäusern, Geschäften und breiten Straßen. Äußerlich ein Symbol des Fortschritts, ist es beim näheren Hinsehen ein bezeichnendes Beispiel für eine Planung, die an den Bedürfnissen der Menschen in der 3. Welt vorbeigeht. Ein Musterbild für eine derartige Fehlplanung ist „Rifle Range", eine moderne Hochhaussiedlung mitten auf der tropischen Insel Penang in Malaysia. Im Alleingang errichtete hier der größte deutsche Baukonzern, die Hochtief AG, diese für 20 000 Menschen der untersten Einkommensschicht gedachte Siedlung.
Eine interdisziplinäre Studiengruppe der Universitäten Stuttgart und Tübingen sowie der Münchner Filmemacher Peter Heller mieteten sich für mehrere Monate in einem dieser Wohnsilos ein und unterzogen das Projekt einer kritischen Überprüfung. Ergebnisse dieser Feldstudie wurden in dem vorliegenden Film „Wagnis & Gewinn" zusammengefaßt.
Zum Projekt:
Um die durch Landflucht entstandene Wohnraumnot in Georgetown einzudämmen, hatte sich die malysische Bürokratie entschlossen, ein großangelegtes Sozialwohnungsbauprogramm in den Industrieländern (man denke z.B. an das „Märkische Viertel" in Berlin) angetan, entschloss man sich, die Bauten in moderner Fertigbauweise zu erstellen.
Die deutsche Hochtief AG, deren Kapitalkraft und technologische Erfahrung natürlich kein malaysisches Unternehmen gleichkommt, erhielt diesen Großauftrag und führte ihn im Alleingang aus. Noch niemals waren in Deutschland Aufträge für den Bau einer derart hohen Zahl von Wohnungen gleichen Typs vergeben worden.
Die Methode, mit Fertigteilen zu bauen, entspricht jedoch spezifisch europäischen Bedürfnissen. Industrielle Bauweisen sparen Arbeitskräfte. Das Problem Malaysias ist aber die Arbeitslosigkeit, und Penang hat die höchste Arbeitslosenquote des Landes (zu Baubeginn lag sie bei steigender Tendenz über 14 %).
Wäre der Auftrag an malaysische Firmen vergeben worden, wären die einheimischen Arbeitskräfte besser genutzt worden und die Gewinne in die Taschen eigner Unternehmen geflossen.
Das Beispiel Singapore zeigt, daß es durchaus möglich ist, mit konventionellen Baumethoden in der gleichen Zeit die gleiche Anzahl von Wohnungen fertigzustellen, unter günstigeren finanziellen Bedingungen, nur eben etwa mit der fünffachen Zahl an Arbeitskräften.
Warum also erhielt Hochtief diesen Auftrag? Alle Geräte und Fördereinrichtungen für den Bau einer Fabrik zur Herstellung der Fertigbauteile mußten in Deutschland entwickelt und gebaut werden. Mehr als 500 Tonnen Geräte wurden nach Malaysia transportiert. War die Entscheidung des Wohnungsbauministers durch Schmiergelder erleichtert worden? Offenbar ja. Dazu der Auslandsdirektor von Hochtief, Simons verschmitzt: „Es gibt keine Schmiergelder und sie werden nicht verbucht – da stellt sich auch gar nicht die Frage, wie man sie verbucht."



„Seh'n Sie: Unsere Firma hat mit diesem Bauprojekt nicht nur eine außerordentlich rationelle Bauweise eingeführt, sondern kann sich auch, äh, zugute halten, einen entscheidenden Beitrag zur kulturellen Weiterentwicklung des Landes geleistet zu haben ... "

Mit dem Bau wurde 1967 begonnen und zur Herstellung der Fertigbauteile wurde eine Masse ungelernter Arbeiter eingestellt. Für eine Arbeit allerdings, die sich auf wenige Handgriffe beschränkt. Nach Abschluß des Projekts standen die meisten Arbeiter mit leeren Händen da. Als sich im Dienst ein Vorarbeiter die Hand verletzte und vorübergehend nur bedingt einsatzbereit war, wurde er entlassen. Daraufhin traten alle 150 Arbeiter in den Streik, für den deutschen Baustellenführer Grund genug, die ganze Mannschaft zu entlassen, denn vor den Fabriktoren wartete ein Heer von Arbeitslosen, das sich widerspruchslos den Arbeitsbedingungen fügte.
1969, nach 27 Monaten Bauzeit, war die Siedlung bezugsfertig und neue Probleme traten zu Tage. Die Konstruktion mit vorgefertigten Teilen war um 20 % teurer geworden und damit war die Miete für die Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen zu hoch. Zwei Jahre nach Fertigstellung standen über 1000 Wohnungen noch immer leer. Neben den finanziellen Problemen entstanden große soziale Schwierigkeiten. Viele Menschen litten unter Neurosen und Depressionen. Nachdem allein in den ersten zwei Jahren 13 Menschen in den Tod gesprungen waren, heizten die Zeitungen die Hysterie an. Viele Bewohner verließen die Siedlung und ließen sich in deren Umgebung in selbstgefertigten Hütten mit traditionellem dörflichen Charakter nieder.

Dies alles geschah in einem Land, in dem zum Bauen genügend Fläche vorhanden ist und wo die Bodenpreise denkbar niedrig sind. Wider besseres Wissen stellte die Hochtief AG ein Projekt, ohne die Bedürfnisse der zukünftigen Bewohner zu berücksichtigen. Bleibt da nicht als alleiniges Motiv der Profit? Der Baudirektor von Hochtief nennt es „Wagnis und Gewinn". Eine Formel, in der Profit zu „Gewinn" verharmlost und durch „Wagnis" legitimiert wird. Das Geschäft der deutschen Firmen in der Dritten Welt ist aber kein Wagnis mehr, denn Auslandsinvestitionen unserer Industrie werden durch die Hermes Versicherung, diese wiederum ist durch Garantien der Bundesregierung geschützt.

Zum Film:
Peter Heller schildert einen Fall, der exemplarisch für das Geschäft mit der 3. Welt ist. Zweifelte man schon immer an der Behauptung vom guten Willen und vom hohen Risiko bei Auslandsinvestitionen, so wird hier gezeigt, wie lohnend solche Geschäfte sein können.

Der Film beschreibt nicht nur sehr deutlich die Entwicklung des Projekts, angefangen von der Bauvergabe an Hochtief bis hin zum Auszug einzelner Familien aus ihren Wohnungen, es ist Heller auch ganz hervorragend gelungen, die in den Interviews festgehaltenen Aussagen des Hochtief-Baudirektors mit treffenden Aufnahmen aus der Siedlung zu widerlegen.

Höhepunkt dieser Konfrontation technokratisch-ideologischer Aussagen mit der Realität ist die Analyse eines Werbefilms der Hochtief AG, der den Weg vom einfachen Fließbandarbeiter aus dem Dschungel in die Zivilisation „aufzeigt". Muhamad schafft diesen Aufstieg mittels eines Motorrades, das er sich bei Hochtief leicht verdiente. Die Tatsachen hören sich allerdings anders an: kein Stundenlohn, sondern Leistungsentlohnung mit Akkordprämien, – nicht soziale Verantwortung für den Arbeiter, sondern Entlassung bei Streik. Der Werbefilm zeigt auch den Einzug Muhamads und seiner Frau in eine Wohnung der Siedlung, mit moderner Einrichtung, mit Duschen und allem Komfort. Die Wirklichkeit: wegen der hohen Mieten primitivste Einrichtungen, statt der Duschen an vielen Stellen

Wasserrohrbrüche und statt des großen Komforts nur zwei kleine Räume von insgesamt 32 m^2 für einen Haushalt, der durchschnittlich 8 Familienmitglieder zählt.
Die negativen Aspekte des Films liegen eigentlich nicht im inhaltlichen, sondern mehr im formalen Bereich. Besonders störend war (in der Schwarz/Weiß-Kopie) die Einblendung von weißen Untertiteln auf hellem Hintergrund, so daß sie oft nicht zu lesen waren. Von mangelnder Qualität, d.h. schlecht verständlich war auch zeitweise der Ton im Kommentar oder in den Interviews.

Durch den abwechslungsreichen Aufbau von Vor-Ort-Berichterstattung, Interviews und Hochtief-Werbefilm gewinnt der Film jedoch im Ganzen eine gewisse Spannung, die es ermöglicht, ihn auch vor einem Publikum zu zeigen, das nicht nur aus entwicklungspolitisch „Vorbelasteten" oder gar nur aus Stadtplanern und Architekten besteht. Aus dieser Tatsache heraus sollte auch nicht vor den relativ hohen Verleihkosten zurückgeschreckt werden. Wer nicht die kirchlichen oder staatlichen Bildstellen in Anspruch nehmen möchte und den alternativen Film wählt, sollte auch bereit sein, etwas mehr dafür zu zahlen.

psc

ANZEIG

Karl Marx
Die Geschichte der Geheimdiplomatie im 18. Jahrhundert
Mit Kommentaren von Rabehl und Rjasanov
244 Seiten, DM 19,80

Fernando Claudin
Die Krise der Kommunistischen Bewegung
Von der Komintern zur Kominform (2 Bände)
Band 1 – Die Krise des internationalen Kommunismus
ca. 350 Seiten, ca. DM 25,– erscheint im Juli

Lateinamerika
Analysen und Berichte 1
Zur kapitalistischen Entwicklung und politischen Repression
Hrsg.: Bennholdt-Thomsen, Evers, Meschkat, Müller-Plantenberg, Olle, Schöller
ca. 300 Seiten, ca. DM 22,–

Helmut Fleischer
Sozialphilosophische Studien
Zur Kritik der marxistisch–leninistischen Schulphilosophie
192 Seiten – DM 7,80

Roy Medvedev
Solschenyzin und die sowjetische Linke Linke
Eine Auseinandersetzung mit dem Archipel GULag und weitere Beiträge
100 Seiten, DM 7,80


Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pf-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE
Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Berichte und Dokumente von und über die linke Opposition in den osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder abzudrucken

INFO 19: CSSR: Prozesse gegen Rockgruppen. **Polen:** Arbeiterunruhen 1976. **DDR:** Zum 'Fall Biermann'. KP-Konferenz in Ostberlin u.a. DM 2,50

INFO 20/21: Kuba: Repression – Berichte, Dokumente, Analysen. **UdSSR:** Linke Opposition – Roy Medwedew, A. M. Levitin-Krasnov, A. Kolman. Texte, Interviews, Kommentare. **DDR:** Brief oppositioneller SED-Mtglieder. Repression nach der Ausbürgerung Biermanns u.a. DM 3,50

Bezug: Abo (6 Nummern jährlich DM 12,00; Einzelhefte: Bestellsumme + 15 % Versandkosten an:
Vereinigung zum Studium internationaler Probleme der Arbeit und Gesellschaft
Postfach 231, 3050 **Wunstorf** 1
Lieferung nach Eingang des Betrages auf das Postscheckkonto 3910 20-305 der 'Vereinigung zum...', Hannover.

VR CHINA

Kindheit und Erziehung in einem sozialistischen Land

Als Besucher und Gast in der Volksrepublik China stellt man vergebens die Frage nach besonderen, spezifisch für die Kleinkind- und Kindererziehung entwickelten Leitsätzen. Verhältnismäßig allgemein und gerade eben nicht altersspezifisch existieren Grundsätze für den Erziehungsprozeß, in dem sich die Menschen – gleichgültig ob Kinder oder Erwachsene – selbst verändern.

Der amerikanische Journalist Jack Belden besuchte 1947 die von der Roten Armee unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas befreiten Gebiete Nordchinas. Er berichtet über das Gespräch mit einem ehemaligen Lehrer der Kinder von Gutsbesitzern, der sich dem nationalen Befreiungskampf gegen die Japaner angeschlossen hatte:

„ ‚Erziehung ist nicht das Leben selbst, sondern nur ein Instrument zur Lebensgestaltung', versicherte er. ‚Da jeder dieses Instrument benutzen kann, hängt die spezielle erzieherische Formung von der jeweiligen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht ab. In Tschiang Kai-Schecks Gebieten diente die Erziehung beispielsweise nur dazu, ihm ergebene, folgsame Anhänger heranzubilden.

Wir in den befreiten Gebieten dagegen versuchen, die Menschen zu Dienern des Volksganzen zu machen. Wichtig ist es auch zu beachten, daß Erziehung vom Leben nicht zu trennen ist, sie muß mit ihm aufs engste verknüpft sein. John Dewey [amerikanischer Philosoph und Pädagoge, 1859–1952] sagt: Erziehung ist Leben, Schule ist Gesellschaft. Wir aber meinen: Leben ist Erziehung, Gesellschaft ist Schule. Deshalb wählen wir die lebendige Umwelt zum Gegenstand unserer erzieherischen Betrachtung. Sie soll die unwissenden Bauern und das Kleinbürgertum erreichen, das heißt 90 Prozent des Volkes, und nicht die Grundherren, die nur eine dünne Schicht der Bevölkerung ausmachen.' "

Diese 1947 in den befreiten Gebieten geäußerten Überlegungen zur Erziehung – kurz gefaßt: das Leben ist Erziehung und die Gesellschaft ist eine Erziehungsstätte, Erziehung ist nicht klassenneutral und soll ‚dem Volke dienen' – sind in ihrer Allgemeingültigkeit das Ergebnis von Auffassungen und Erfahrungen, die auch im heutigen China fortwirken.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß es seit 1947 um diese allgemeinen Grundsätze und insbesondere bei deren Anwendung keine heftigen Auseinandersetzungen gegeben hat. Wie in der sozialistischen Gesellschaft Chinas insgesamt, existierten und existieren auch und gerade im Bereich des Erziehungswesens Klassenkämpfe.

Im Gegensatz zu der ‚bürgerlichen Linie' in der Erziehung, die damals das Erziehungswesen beherrschte, berief das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) während der Monate April und Juni 1958 Konferenzen über die Erziehungsarbeit ein, als deren Ergebnis die maßgebende Erklärung „Die Erziehung muß mit der Produktionsarbeit verbunden werden" herausgegeben wurde.

In der Erklärung heißt es: „Wir bestehen auf dem Erziehungsprinzip einer allseitigen Entwicklung. Als die einzige Methode, die Fähigkeiten der Menschen allseitig auszubilden, betrachten wir die Erziehung dazu, die Ausbildung mit der produktiven Arbeit zu verbinden. ... Bürgerliche Pädagogen stimmen dem nicht zu. Nach ihrer Auffassung gibt es nur eine Methode, das zu erreichen, was sie unter ‚allseitiger Entwicklung' verstehen, nämlich Bücher zu lesen und mechanisch zu lernen. Sie sind absolut dagegen, daß Studenten Arbeiter werden. Entsprechend unseren Erziehungsprinzipien der allseitigen Entwicklung können und müssen wir uns bei der Leitung der Erziehung auf die Massen zu stützen.

Nach den bürgerlichen Erziehungsprinzipien der sogenannten ‚allseitigen Entwicklung' können sie sich nur auf Experten stützen, um die Erziehung zu leiten: Sie können sich nicht auf die Massen stützen.

Nach unserem Erziehungsprinzip der allseitigen Entwicklung muß die Erziehung unter der Führung der Kommunistischen Partei stehen. Entsprechend dem bürgerlichen Erziehungsprinzip der sogenannten ‚allseitigen Entwicklung' kann die Erziehung nur von Experten geführt werden: Sie braucht die Führung der Kommunistischen Partei nicht, denn die Kommunistische Partei ist ein ‚Laie'. ... Das ist dem Wesen nach ein Kampf zwischen proletarischen und bürgerlichen Ideen.

Der hauptsächliche Fehler oder Mangel in unserer Erziehungsarbeit ist die Trennung der Erziehung von der produktiven Arbeit gewesen. ... Die Erziehung muß der Politik dienen, muß mit der produktiven Arbeit verbunden sein und muß durch die Partei geführt werden."

Auch bei der Frage der richtigen Erziehung von Kleinkindern und Kindern war die Gültigkeit des Prinzips „Leben ist Erziehung, Gesellschaft ist Schule" in der Zeit nach der Befreiung 1949 nicht umstritten. Schon 1937 hatte Mao Tsetung in der Schrift „Über die Praxis" festgestellt:

„Die Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus stellt die Praxis an die erste Stelle; sie ist der Meinung, daß die menschliche Erkenntnis keineswegs von der Praxis losgelöst werden kann, und lehnt alle Theorien, die die Bedeutung der Praxis verneinen und die Erkenntnis von der Praxis lösen, als falsch ab". Aufgrund dieser erkenntnistheoretischen Position wird die Auffassung vertreten, daß vieles allein aus Büchern nicht zu erlernen sei, sondern daß man es von den Produzenten, den Arbeitern und Bauern lernen müsse. Das bedeutete für die technischen und naturwissenschaftlichen Schulen, eigene Fabriken und Werkstätten einzurichten, sowie für die sozialwissenschaftlichen Hochschulen, die „Gesellschaft als Fabrik" zu betrachten, sie zu ihrer Werkstätte zu machen."

Gegen diese Auffassung und die Schlußfolgerungen daraus wurden Einwände erhoben, die ein ‚Verfasserkollektiv für revolutionäre Massenkritik in Shanghai' 1970 beschrieb und gegen die es erwiderte: „Manche Leute fragen: Trifft dieses Gesetz [der Erkenntnistheorie des dialektischen Materialismus] auch auf die Erkenntnis von Kleinkindern zu? Erkennen sie ‚gute' oder ‚schlechte Menschen' nicht aufgrund ihres Bilderbuches? Das Kleinkind erkennt selbstverständlich zuerst das individuelle konkrete Ding. Erst danach gelangt es zu den Begriffen dieser Art von Dingen. Das Rind ist der Oberbegriff. Hausrind und Büffel sind die Unterbegriffe. Das Rind, das von einem Kind betrachtet wird, ist konkret da. Bevor die Kinder in die Schule kommen, ist die Gesellschaft ihre Schule, sie ahmen die Erwachsenen nach, wie sie arbeiten, wie sie Krieg führen, und werden auf lebendige Weise erzogen."

Mit dieser Kontroverse sowie mit dem Streit um die „sogenannte ‚Erziehung zur Menschenliebe' ", um die „alte bürgerliche Theorie der ‚menschlichen Natur' " und um das Verhältnis von Theorie und Praxis waren Auseinandersetzungen entbrannt, die Mao Tsetung mit den Intellektuellen schon 1942 geführt hatte.

Hauptinhalt dieser Differenzen ist die Frage, wie in einer Klassengesellschaft an die Erziehung des Menschen heranzugehen sei und ob dabei ein Klassenstandpunkt, nämlich der des Proletariats, einzunehmen ist oder ob es Erziehungstheorien geben kann, die unabhängig von der jeweiligen Gesellschaft Gültigkeit haben.

Die Gesellschaft wird als das große Kollektiv verstanden, das als die umfassendste Schule aus den Bereichen der Produktion (Industrie und Landwirtschaft) und Reproduktion (Freizeit und Familie) besteht. Diese Bereiche wiederum untergliedern sich in kleinere und kleinste Kollektive; der Bereich der gesellschaftlichen Produktion umfaßt Fabriken, Abteilungen und Arbeitsgruppen bzw. auf dem Land Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen; im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion bestehen neben den Massenorganisationen kollektive Einheiten von der Größe der Einzugsbereiche des Revolutionskomitees der Stadt, der Stadtdistrikte, der Straßenkomitees, ferner der Einwohnerkomitees Nachbarschaften und Studienzirkel sowie als kleinste kollektive Einheit die Familie.

Die Gesellschaft als Kollektiv

Welchen Stellenwert nimmt nun die gesamte Gesellschaft als umfassendes Kollektiv für die Kleinkinderziehung ein? Zur Beantwortung dieser Frage muß ein „Gespräch mit einer Delegation nepalesischer Pädagogen" herangezogen werden, in dem Mao Tsetung „Über das Erziehungswesen" sprach. Zunächst stellte Mao Tsetung in diesem 1964 geführten Gespräch kritisch fest:

„Die Kinder lernen Lehrtexte und Begriffe, die (nichts als) Lehrtexte und Begriffe sind. (Sie) benutzen ihre vier Gliedmaßen nicht; sie kennen auch nicht die fünf Getreidearten. Viele Kinder wissen nicht einmal, was Kühe, Pferde, Küken, Hunde und Schweine sind; ebensowenig kennen sie den Unterschied zwischen Reis, kanarischem Korn, Mais, Weizen, Hirse und chinesischem Zuckerrohr. ... Ich empfehle Ihnen daher, kein blindes Vertrauen in das chinesische Erziehungssystem zu hegen".

Mao Tsetung verweist dann aber auf Beispiele der Veränderung, die sich zwar auf das Universitätsstudium beziehen, aber im Prinzip auch als Richtlinie für die Kleinkinderziehung Gültigkeit haben.

Er berichtet: „Der naturwissenschaftlichen und technischen Fakultät der Tsing-hua-Universität [in Peking] ist eine Fabrik angeschlossen, denn die Studenten sollen nicht nur aus den Büchern, sondern auch aus der Arbeit lernen. (Wir) können jedoch keine Fabriken für die geisteswissenschaftlichen Fächer einrichten, z.B. eine Literaturfabrik, eine Geschichtsfabrik, eine Wirtschafts- oder Romanfabrik. *Diese Fächer müssen die gesamte Gesellschaft als ihre Fabrik ansehen. Ihre Lehrkräfte und Studierenden müssen ebenso mit den Bauern und den städtischen Arbeitern Kontakt pflegen wie mit der Landwirtschaft und der Industrie.* Wie sollen ihre Absolventen sonst wirklich nützliche Arbeit leisten?

Zum Beispiel die Jurastudenten: wenn sie die Verbrechen in einer Gesellschaft nicht begreifen, können sie keine guten Jurastudenten sein. Da es aber unmöglich ist, eine Fabrik der Rechte aufzubauen, muß folglich die Gesellschaft für sie als Fabrik fungieren."

Für die Erziehung der Kinder und Kleinkinder läßt sich hieraus zusammenfassend der Schluß ziehen, daß die gesamte Gesellschaft in der Volksrepublik China das große Kollektiv bildet, welches ihre umfassende geistige, körperliche und moralische Erziehung ermöglichen soll.

Für die weitere Darstellung der Erziehung im sozialistischen China ergibt sich die zentrale Frage, in welchem Verhältnis die Gesellschaft als großes Kollektiv zum Basiskollektiv, der Familie, steht, und wie hierbei der allgemeine Erziehungsauftrag in die alltägliche Praxis der Eltern und der übrigen Familienangehörigen umgesetzt wird.



Kindergarten-gruppe (Peking)

Die Familie als Kollektiv

Die kollektive Erziehung der Kinder geschieht in China durch ihre Einbeziehung bzw. durch die beobachtende oder unterstützende Teilnahme der Kinder an den gesellschaftlichen Aktivitäten der Erwachsenen. Dabei kommt den gesellschaftlichen Aktivitäten der übrigen Familienangehörigen der Kinder, vor allem der Eltern, eine besondere Bedeutung zu.

Als rechtliches ist das Verhältnis von Eltern und Kindern niedergelegt im „Ehegesetz der Volksrepublik China", angenommen vom Zentralrat der Volksregierung bei seiner siebten Zusammenkunft am 13. April 1950 und in Kraft gesetzt am 1. Mai 1950.

Die „Allgemeinen Grundsätze" des Ehegesetzes stellen in Artikel 1 unmißverständlich fest: „Das feudale Ehesystem, das auf Willkür und Zwang beruhte, auf der Herrschaft des Mannes über die Frau und auf Mißachtung der Interessen der Kinder, wird abgeschafft. Das Neu-Demokratische Ehesystem, das auf der freien Partnerwahl, auf Monogamie, auf gleichen Rechten für beide Geschlechter und auf dem Schutz der gesetzmäßigen Interessen von Frauen und Kindern beruht, wird in Kraft gesetzt."

Die Artikel 7–12 in Kapitel 3 des Ehegesetzes regeln die „Rechte und Pflichten von Mann und Frau".

Wichtig in unserem Zusammenhang ist Kapitel 4 des Ehegesetzes, das in den Artikeln 13 bis 16 die „Beziehung zwischen Eltern und Kindern" wie folgt regelt:

„Artikel 13. Die Eltern sind verpflichtet, ihre Kinder zu versorgen und zu erziehen. Die Kinder sind verpflichtet, ihre Eltern zu unterstützen und ihnen beizustehen. Weder Eltern noch Kinder sollen einander mißhandeln oder verlassen.

Die vorstehende Ordnung gilt auch für Pflegeeltern und Pflegekinder.

Kindesmord durch Ertränken oder ähnliche Verbrechen sind strengstens verboten.

Artikel 14. Eltern und Kinder haben das Recht, sich gegenseitig zu beerben.

Artikel 15. Außerehelich geborene Kinder haben dieselben Rechte wie ehelich geborene. Es ist niemandem erlaubt, sie zu kränken oder zu diskriminieren.

Artikel 16. Weder Mann noch Frau dürfen die Kinder aus einer früheren Ehe des jeweiligen Partners, die in des jetzigen Partners Vormundschaft sind, schlecht behandeln oder diskriminieren."

Besonders aufschlußreich für das chinesische Verständnis der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sind die Regelungen des Ehegesetzes zur „Scheidung" (Kap. 5, Art. 17–19), zur Versorgung und Erziehung der Kinder nach der Scheidung" (Kap. 6, Art. 20–22) sowie zu „Eigentum und Unterhalt nach der Scheidung" (Kap. 7, Art. 23–25). Wir zitieren daraus die einschlägigen Passagen:

„Artikel 20. ... Einerlei ob der Vater oder die Mutter die Vormundschaft über die Kinder hat, *sie bleiben Kinder beider Parteien.* Nach der Scheidung haben beide Eltern die Pflicht, weiterhin für ihre Kinder zu sorgen und sie zu erziehen. ...

Artikel 21. Wenn nach der Scheidung der Mutter das Sorgerecht für das Kind zugesprochen wurde, ist der Vater ganz oder teilweise für die notwendigen Kosten der Erziehung des Kindes verantwortlich. Beide Parteien sollen eine Übereinkunft über die Höhe und Dauer solcher Versorgungs- und Erziehungskosten schließen. ... Eine Übereinkunft

zwischen den Eltern ... *darf für das Kind kein Hinderungsgrund sein jeden Elternteil zu ersuchen, die Gesamtsumme zu erhöhen,* die durch die Übereinkunft ... festgesetzt worden ist.

Artikel 23. Im Fall der Scheidung behält die Frau das Eigentum, das sie vor der Verehelichung besaß. Die Verfügung über anderes Familieneigentum ist Gegenstand einer Übereinkunft zwischen den beiden Parteien. In Fällen, in denen keine Übereinkunft erreicht werden kann, soll das Volksgericht eine Entscheidung fällen, nachdem es den aktuellen Stand des Familienbesitzes, die Interessen der Frau und des Kindes oder der Kinder und das Prinzip der Förderung der Entwicklung der Produktion in Betracht gezogen hat."

Wesentlich an der chinesischen Ehegesetzgebung von 1950 ist die Formulierung eigener Rechte der Kinder, die die Pflichten der Eltern ergänzen.

Die Grundsätze zur Bestimmung des Verhältnisses von Eltern und Kindern machen überaus deutlich, daß im China der ‚alten Gesellschaft' die elterliche Gewalt gegenüber den Kindern nahezu unbegrenzt gewesen ist. Die Ehegesetzgebung im ‚neuen China' geht zum ersten Mal in der chinesischen Geschichte, soweit diese sich anhand der Quellen zurückverfolgen läßt, vom Gleichheitsgrundsatz aus; die Kinder sind den Eltern als gleichwertige Partner (und Persönlichkeiten) zur Versorgung und Erziehung überantwortet.

Diese Veränderung der gesellschaftlichen Stellung und Situation des Kindes ist indes eng verknüpft mit der Befreiung der Frau, so wie diese unlösbar verbunden ist mit der Erreichung der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann als dem alleinigen Ernährer der Familie. Deshalb messen die chinesischen Kommunisten dem Recht der Frau auf gleiche Arbeit und gleichen Lohn wie die Männer große Bedeutung bei.

In einem sehr engen Zusammenhang zum Ehegesetz vom April/Mai 1950 steht deshalb das im Juni 1950 verabschiedete Gesetz zur Landreform, das die Basis schuf für die Realisierung der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen auf dem Lande; die Frauen bekamen – unabhängig davon, ob sie verheiratet waren oder nicht – ein eigenes Stück Land und erkämpften damit die Freiheit, Haus und Hof für die Feldarbeit verlassen zu dürfen. Damit begannen sie, gesellschaftlich und politisch eine Rolle zu spielen, was sich wiederum auf die Eltern/Kind-Beziehung auswirkte; die Frauen begannen, die Erfüllung ihres Lebens nicht mehr im ‚Mutterglück' zu sehen, das darin bestand, die Kinder an sich zu binden und dadurch in Abhängigkeit zu halten.

Untermauert sind die rechtlichen Regelungen des Verhältnisses der Eltern zueinander und zu ihren Kindern durch die ‚neue' Verfassung von 1975. Zu den Grundrechten wird in Artikel 27 festgestellt:

„Die Bürger haben das Recht auf Arbeit und das Recht auf Bildung. Die Werktätigen haben das Recht auf Erholung und das Recht auf materielle Unterstützung im Alter und im Fall von Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit. ... Den Frauen stehen in allen Bereichen die gleichen Rechte wie den Männern zu. Ehe, Familie, Mutter und Kind stehen unter dem Schutz des Staates".

Neben der Darstellung der rechtlichen Festlegungen und Bestimmungen ist die Praxis selbst ein weiterer und wichtiger Ansatzpunkt zur Erklärung des Verhältnisses von Gesellschaft und Familie sowie der Bedeutung dieses Verhältnisses bei der kollektiven Erziehung der Kinder. Aus zahlreichen veröffentlichten und unveröffentlichten Protokollen von Reisegruppen, die in jüngerer Zeit die VRCh besucht und die Ausführungen der chinesischen Gesprächspartner aufgezeichnet haben, geht übereinstimmend hervor, daß sich nach Auffassung der Menschen in China die Beziehungen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, zwischen Eltern und Kindern grundlegend verändert haben.

Berichte sowohl von Chinesen als auch von ausländischen Besuchern, die China aus der Zeit vor der Befreiung 1949 kennen und seither dort wieder zu Gast waren, verzeichnen allgemein gesprochen eine ähnliche Tendenz, so daß davon ausgegangen werden kann, daß die gesellschaftlich-theoretischen Bestimmungen der Erziehung und die Leitsätze der Kindererziehung überall weitgehend verankert sind und die alltägliche Erziehungspraxis bestimmen.

Es ist deshalb allenthalben davon auszugehen, daß die Erziehung zum „Neuen Menschen" im sozialistischen China keine Sache der Worte ist, sondern eine der Taten.

Dies entspricht auch dem pädagogisch-methodischen Grundsatz und der didaktischen Prämisse, daß es unerläßlich ist, Werte und Normen, die in der Erziehung vermittelt werden sollen, vorzuleben und seitens der Erzieher ein gutes Beispiel zu geben, statt Vorschriften zu verkünden und deren gehorsame Befolgung zu fordern sowie nötigenfalls mit ‚erzieherischen' Zwangsmitteln und Strafe durchzusetzen. Da aber die Erzieher meist selber noch mit den Muttermalen der ‚alten Gesellschaft' – Individualismus, Subjektivismus und Egoismus, Karrieredenken und Streben nach materiellen Vorteilen etc. – behaftet sind, *müssen sie sich ständig in der Praxis und durch die Praxis einem Prozeß unterwerfen*, in dem sie durch Kritik und Selbstkritik sich selbst erziehen.

Diese kollektiv erziehenden, auf Kritik und Selbstkritik beruhenden Beziehungen der Menschen finden sich auch wieder in der chinesischen Familie als dem Basiskollektiv.

Da Kritik und Selbstkritik nicht als einseitiger, gar von oben nach unten gerichteter Prozeß verstanden wird, sondern als wechselseitiger, in *dem die Kinder sogar aufgefordert sind, an den Erwachsenen und Eltern Kritik zu üben,* übernehmen in der chinesischen Familie auch die Kinder eine erzieherische Funktion. Wir wollen zwei Beispiele berichten, wie in der Praxis die kollektive Beziehung im wechselseitigen Verhältnis von Eltern und Kindern realisiert wird.

Beispiel 1: Beim Besuch einer Arbeiterin in Wuhan berichtete diese uns folgendes: „Ich habe müde und erschöpft die Fabrik verlassen, meinen kleinen Sohn vom Kindergarten abgeholt und bin mit ihm nach Hause gegangen. Zu Hause angekommen, hatte er eine Menge Fragen, Fragen über die Arbeit in der Fabrik, wie es dort war. Fragen über Fragen. Nach einiger Zeit sagte ich, daß er aufhören sollte zu fragen, und als das nichts nutzte und er wissen wollte, warum, gab ich ihm eine Ohrfeige. Mein kleiner Sohn war bestürzt, aber mutig fragte er: „Mutter, was soll ich aus dieser Ohrfeige lernen? Im Kindergarten wird uns gesagt, daß die Kinder nicht die Eltern und die Eltern nicht die Kinder schlagen sollen. Hat einer etwas falsch gemacht, dann muß man ihm zeigen, warum es falsch ist und wie es richtig zu machen ist. So soll es auch zwischen dir und mir sein.' Ich dachte nach und fühlte mich zu Recht kritisiert. Deshalb sagte ich: ‚Heute bin ich völlig erschöpft und muß trotzdem noch viele Dinge erledigen. Das ist keine Entschuldigung für mein Verhalten, denn ich hätte dir gleich sagen müssen, wie erschöpft und angespannt ich bin. Du hättest das sicher verstanden, und du wärst mir bei der Hausarbeit behilflich gewesen. Du sollst mir verzeihen.' Mein kleiner Sohn verstand und half mir das Abendessen zubereiten."

Beispiel 2: Claudie Broyelle berichtet „eine Anekdote, die uns die Kindergärtnerin einer Gruppe von Dreijährigen erzählt hatte: ‚Eines Tages, als die Kleinen gerade Mittagsruhe hielten, diskutierte ich mit einer anderen Erzieherin; da schickten sie eine Delegation, die mich darauf aufmerksam machte, daß ich ihre Mittagsruhe störte und daß sie nicht verstünden, warum sie selbst ruhig sein müßten! Ihrer Meinung nach hätten alle die Ruhe zu respektieren! Meine Kollegen pflegten mich immer zu necken und mir lachend zu sagen: Du hast einen ruhigen Job, Du brauchst Dich von Deinen Kleinen nicht kritisieren zu lassen wie wir!' Ich war sehr zufrieden, daß ich ihnen zeigen konnte daß es keineswegs so war."

Die Beispiele zeigen, daß der im Ehegesetz formulierte rechtliche Status der Kinder in ihrem Verhältnis zu den Eltern

und Erwachsenen die alltägliche Praxis der gesellschaftlich-kollektiven Erziehung in der Familie, aber auch außerhalb derselben widerpiegelt. An den Beispielen wird deutlich, daß die Kinder ihre Eltern und die Erwachsenen unterstützen und ihnen helfen daß die erzieherische Rolle „nicht mehr ein Vorwand für die Diktatur der Eltern (ist)", daß sich vielmehr die Erwachsenen und „die Eltern selbst ständig umerziehen (müssen), ihre eigenen Fehler kritisieren und es auch akzeptieren (müssen), von den Kindern erzogen zu werden" (Claudie Broyelle), wobei die Kinder es gelernt haben, ihre Interessen in offener, verantwortungsbewußter Auseinandersetzung – wenn erforderlich, ‚gegen den Strom' – einzuklagen sowie die Eltern aufzufordern, ihre Anschauungen und ihr Verhalten zu ändern.

Aufgrund ihrer Erziehung können die Kinder auch davon ausgehen, daß sie berechtigt sind in *die Eheauseinandersetzungen der Eltern einzugreifen und das Einwohnerkomitee einzuschalten,* um auf diese Weise durch die Teilnahme von nicht unmittelbar und subjektiv Betroffenen Voraussetzungen zur Lösung der Widersprüche zwischen den Ehepartnern zu schaffen.

Die Kinder sind weder den Erwachsenen noch deren Konflikten hilflos ausgesetzt.

Beurteilt man diesen Eindruck vor dem Hintergrund der ehemals gesellschaftlich gültigen Werte des ‚alten' feudalen China und der Ideologie des Konfuzianismus, als die Kinder – ähnlich wie die Frauen der Gattengewalt – der Willkür der Elterngewalt und ihrem Zwang ausgeliefert waren, dann zeigen die Beispiele, wie sehr *die heutigen Erziehungsgrundsätze in Verbindung mit den veränderten Produktions- und Eigentumsverhältnissen zur Entwicklung neuer zwischenmenschlicher Beziehungen geführt haben.* Mit der gesellschaftlich-kollektiven Erziehung werden die Fesseln des Konfuzianismus und des damit verbundenen Herrschaftsystems gesprengt. Die Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen von Eltern und Kindern in der Familie ist Ausdruck des Stellenwerts, den das Verhältnis von Gesellschaft und Familie annimmt in der Praxis der gesellschaftlich-kollektiven Erziehung, deren Struktur und Organisation auf der einen Seite bestimmt ist durch die gesamte Gesellschaft als Kollektiv, auf der anderen Seite durch die Familie als Kollektiv.

Das Einwohnerkomitee als Kollektiv

Ein struktureller Faktor der gesellschaftlich-kollektiven Erziehung, der in den Städten die Erziehungsleitsätze vermittelt und beiträgt zur Umsetzung des erzieherischen Auftrags, ist das Einwohnerkomitee. Es setzt sich als reines Selbstverwaltungsorgan aus den ‚Wohngebietsleuten' (Rentnern, Hausfrauen) zusammen, die in der Regel alle zwei Jahre in konsultativer Beratung durch die Massen ausgewählt werden und ehrenamtlich tätig sind.

Eine der *Aufgaben des Einwohnerkomitees ist es, die Eltern bei der Erfüllung ihrer Erziehungspflichten zu unterstützen.* Zugleich wirkt das Einwohnerkomitee allerdings auch in die ‚Privatsphäre' der Familien hinein, z. B. wenn Familienangehörige erkranken und die Kinder ohne die Erwachsenen auskommen müßten.

Das Verhältnis zwischen den Familien und dem Einwohnerkomitee wird von letzterem nicht bürokratisch gehandhabt; es entwickelt sich entlang *der gesellschaftlich allgemeingültigen Richtlinie des Handelns,* die von der amerikanischen Sozialpädagogin Ruth Sidel folgendermaßen umschrieben wird:

„‚Wei renmin fuwu' – Dem Volke dienen. Sie sind bestrebt, sich umeinander zu kümmern, zueinander freundlich zu sein und sich gegenseitig zu helfen."

In dieser Beschreibung sind die erzieherischen Prinzipien und der erzieherische Auftrag zusammengefaßt. Aus dem bisher dargestellten wird auch deutlich, daß der erzieherische Auftrag nicht an anonyme Instanzen übertragen bzw. von diesen beansprucht wird, sondern daß die Betroffenen das Einwohnerkomitee kontrollieren und seine Mitglieder auch abwählen können.

Hinsichtlich der Kleinkinderziehung übernehmen die Einwohnerkomitees in den Wohnbezirken neben anderen Massenorganisationen die Betreuung der Kinder in der Freizeit. Ihre Aufgabe ist es außerdem, Kinderkrippen und Kindergärten einzurichten. In den Städten sind die Kindergärten aber vielfach auch Fabriken zugeordnet oder Schulen, Krankenhäusern, Geschäften und Organisationen. Es gibt auch Kindergärten, die direkt der Stadt unterstehen und damit staatlich sind. In Shanghai gibt es die Besonderheit eines Kindergartens, der zu einer Wohlfahrtsorganisation gehört.

Auf dem Land leben die Bauern in Dörfern. Sie bestellen jedoch nicht wie früher einzelne Privatfelder, sondern das Land gehört allen gemeinsam. Eine solche Gemeinschaft von Bauern, die ihre Produktion gemeinsam organisieren, wird Produktionsgruppe genannt. Mehrere Produktionsgruppen sind zu einer Produktionsbrigade zusammengeschlossen, mehrere Produktionsbrigaden zu einer Volkskommune. In der Regel gehören die Kindergärten auf dem Land zu einer Produktionsgruppe oder zu einer Produktionsbrigade. Die Leitung untersteht dem jeweiligen Revolutionskomitee, das von den Mitgliedern der entsprechenden Einheit in konsultativer Beratung gewählt wird.

Die Kindergärten in der Stadt unterstehen wie die auf dem Land der Leitung eines Revolutionskomitees. In einem Fabrikkindergarten ist die Abteilung für Sozial- und Wohlfahrtsarbeit des Revolutionskomitees zuständig. In einem anderen Fall, der vermutlich eine Ausnahme darstellt, unterstand dem Leiter des Ingenieurbüros in seiner Funktion als Mitglied des Revolutionskomitees mit der Leitung der Abteilung für das Erziehungswesen auch der Kindergarten der Fabrik.

Für die Kindergärten in den Wohngebieten ist die Abteilung für das Kultur- und Erziehungswesen der Straßenkomitees leitend zuständig. In Krankenhäusern und Schulen leitet das jeweilige Revolutionskomitee die Arbeit des Kindergartens, ebenso in staatlichen Institutionen. Die unmittelbar der Stadt unterstehenden Kindergärten werden vom Revolutionskomitee der Stadt geleitet. ...

Als zentrale Instanz nimmt das Ministerium für Volksbildung die oberste Verantwortlichkeit für die Kindergärten wahr. In den Städten und Kreisen besteht die Zuständigkeit der jeweiligen Abteilung Erziehung des Revolutionskomitees. Auf allen Ebenen und in allen Einrichtungen, sowohl den staatlichen als auch den kollektiven, erfolgt die politische Führung durch die jeweilige Einheit der KPCh. Mitglieder derselben sind meist auch direkt anleitend im entsprechenden Revolutionskomitee tätig.

Die Ausübung der zentralen Verantwortlichkeit des Ministeriums für Volksbildung erfolgt nicht durch Gesetze oder durch ausgeklügelte Pläne oder mittels ins einzelne gehender Verordnungen, Richtlinien oder Vorschriften, sondern durch allgemein gehaltene Weisungen, in denen Hinweise des Zentralkomitees der KPCh für den Erziehungsbereich konkretisiert werden. Diese Weisungen werden häufig auf die Weise empfohlen und propagiert, daß eine als beispielhaft geltende Erziehungseinrichtung in der Öffentlichkeit über die Medien von Presse, Rundfunk und Fernsehen vorgestellt und bekanntgemacht wird. *Diese Art der Anleitung hat zur Folge, daß es im Erziehungswesen keine einheitlich erscheinende Praxis gibt,* was einerseits deren Untersuchung und empirische Analyse erschwert, andererseits *aber den Initiativen an der Basis einen breiten Spielraum zum Experimentieren läßt.*

Dadurch, daß die Errichtung, Zuordnung und Anleitung der Kindergärten entsprechend allgemeiner, für den Erziehungsbereich konkretisierter Weisungen erfolgt und die Umsetzung dieser Hinweise deren Anpassung an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse und Bedingungen zuläßt, wurde sowohl die breite politische Aktivierung vieler Menschen erreicht als auch die Entwicklung eines in seinen wesentlichen Grundzügen einheitlichen

Erziehungswesens gefördert.

Seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966 hat *die Ausbildung der Erzieher die Merkmale formaler Gleichartigkeit nicht mehr aufzuweisen.* Früher dauerte die Ausbildungszeit überall drei Jahre, sie wurde an besonderen Fach- und Fachhochschulen erworben, war wenig auf die Praxis ausgerichtet, und bot klassenneutrales Wissen als ‚Fächersalat'.

Die Schulen wurden während der Großen Proletarischen Kulturrevolution geschlossen und sind heute nach einer Umwandlungszeit von ca. sechs Jahren wieder geöffnet. Die Ausbildungsinhalte wurden verändert und die Ausbildungsdauer beträgt zwei Jahre. Sie schließt in der Regel an die untere Stufe der Mittelschule an.

Ruth Sidel unterscheidet drei Ausbildungsarten für die Erzieher(innen) in Kindergärten: Ausbildung an Erzieherschulen für Kindergärten, Ausbildung durch Kurzzeitlehrgänge und Ausbildung durch „training on the job". Offensichtlich ist für die Anstellung nicht die Ausbildung der Erzieher(innen) ausschlaggebend. Denn unter den Kindergärtnerinnen finden sich Absolventen der Fakultät für Kindererziehung am Institut für Pädagogik, ehemalige Grundschullehrerinnen, Absolventen der unteren und der oberen Stufe der Mittelschule, die als Jugendliche mit Schulbildung auf das Land gegangen waren und dann von der Fabrik ausgebildet wurden, ferner Arbeiterinnen aus der Fabrik selbst, aber auch ehemalige Hausfrauen.

Es gibt spezielle Kurse für Gesundheits- und Kindererziehung, die in Abend- oder Tagesschulen besucht werden können. Zudem findet eine regelmäßige Weiterbildung statt, indem regionale oder überregionale Treffen zum Erfahrungsaustausch durchgeführt werden. Verantwortlich für die Treffen und Untersuchungen sind die diversen Erziehungsabteilungen der verschiedenen Ebenen. Aber auch die Bezahlung der Kindergärtnerinnen entspricht in ihrer Höhe den auch sonst üblichen Löhnen. Sie beträgt in den Kindergärten der Fabriken ca. 40 yuan monatlich und ist abhängig vom Alter wie auch von der bisherigen Tätigkeit der Erzieherin. In den Fabriken mit sozialistischem Volkseigentum erfolgt die Bezahlung aus dem Wohlfahrtsfonds, in den der Staat monatlich einen Betrag in Höhe von 13 Prozent der Gesamtlöhne des Betriebes überweist.

In den Wohngebieten werden die Mittel zur Bezahlung auf unterschiedliche Weise aufgebracht: entweder erfolgt die Bezahlung ausschließlich durch die Eltern, oder sie wird zur Hälfte von den Eltern und zur Hälfte aus Mitteln des Kollektivfonds des Straßenkomitees getragen, oder die andere Hälfte neben der der Eltern wird von den im Wohngebiet liegenden Straßenfabriken oder großen Fabriken erbracht, oder das Straßenkomitee leistet einen Zuschuß zu den von Eltern und Fabriken aufgebrachten Anteilen.

In den Wohngebieten ist außerdem die Höhe der Bezahlung sehr unterschiedlich, da es häufig vorgekommen ist, daß ursprünglich vier bis sechs ältere Hausfrauen einen Kindergarten gründeten, ihn dann mit Unterstützung der Nachbarn aufbauten oder es wurden Räume durch das Straßenkomitee zur Verfügung gestellt und ausgebaut, und die Frauen betreuten dann vorübergehend die Kinder kostenlos. Erst allmählich wurde dann eine geringe Entlohnung eingeführt.

Am Beginn dieser Selbstinitiativen stand *das Interesse der Frauen, außer Haus gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten auszuüben* und auf diese Weise einen Beitrag für den Aufbau des Sozialismus zu leisten. Nach der Aufbauphase sind diese Kindergärten sehr wohl in der Lage, sich selbst zu erhalten und einen gewissen Betrag für die Entlohnung der Erzieherinnen abzuwerfen. Über eine Erhöhung ihres Lohnes oder Investitionen zum Ausbau des Kindergartens bestimmen die Hausfrauengründerinnen selbst.



Kinder in Dashai

Auf dem Land erfolgt die Bezahlung der Kindergärtnerinnen wie bei allen in der Landwirtschaft Tätigen auf der Basis von Arbeitspunkten. Die Bauern bekommen keinen täglichen oder monatlichen Lohn, sondern sie erhalten ihr Geld erst nach den Hauptenrnten. Sie erhalten für jeden Arbeitstag eine bestimmte Anzahl von Punkten aufgeschrieben, deren Summe ihrer Lohnberechnung zugrunde liegt. *Wieviele Punkte jeder für seine Arbeit erhält, wird in der Produktionsgruppe diskutiert und entschieden.*

Bei der Finanzierung der Kindergärten selbst wird – wie auch bei der Bezahlung der Kindergärtnerinnen – auf sehr unterschiedliche Weise verfahren. Zwar werden die Fabrikkindergärten aus dem Wohlfahrtsfonds unterstützt, jedoch ist die Höhe des von den Eltern zu bezahlenden Betrages sehr unterschiedlich.

Wie das Beispiel der Produktionsbrigade Liu Ling zeigt, werden auf dem Land die Kosten für die Unterbringung des Kindes in einem Kindergarten geteilt. Die Kosten betragen drei Tagewerke; entsprechend bezahlen die Eltern 15 und die Produktionsbrigade ebenfalls 15 Arbeitspunkte. Die Wohlfahrtsorganisation erhält für den Kindergarten eine staatliche Unterstützung.

Allgemein gilt für die Aufbringung der Kosten eines Kindergartenplatzes, daß Eltern im Fall finanzieller Knappheit unterstützt werden, und zwar entweder vom Betrieb, in dem sie arbeiten, oder aus dem Kollektivfonds des Wohngebiets.

Einen Einfluß auf die Erzieher(innen) üben die Eltern bei deren *Wahl oder Abwahl* – falls sie erhebliche erzieherische Schwächen aufweisen, erhalten sie produktive Arbeit zugeteilt – aus. *Diese Einflußnahme erfolgt über den Arbeitsplatz oder über Massenorganisationen, z. B. über das Frauenkomitee des Betriebes.* Im Abstand von ein bis zwei Monaten finden Elternversammlungen statt. In einem Pekinger staatlichen Kindergarten findet alljährlich zum Internationalen Kindertag am 1. Juni eine Aussprache statt, bei der die Kindergärtnerinnen den Eltern über die Kinder berichten. Es ist auch geplant, daß Eltern im Revolutionskomitee des Kindergartens vertreten sind.

Folgendes ist zur Organisierung der Kleinkinderziehung im Vorschulalter noch anzumerken:

In den Städten besuchen zwischen über 80 und häufig bis zu 100 Prozent der Kinder im Vorschulalter einen Kindergarten. Auf dem Land dagegen zwischen durchschnittlich 50 bis 70 Prozent. *Diese Unterschiede zwischen Stadt und Land hängen sehr ab von den Bedingungen und Aktivitäten zur Befreiung der Frau.* Außerdem übernehmen besonders auf dem Lande die Großmütter noch einen Teil der Kindererziehung, wobei festzustellen ist, daß man sich bemüht diese Form der privaten Erziehung einzuschränken.

Auffallend ist der hohe, oft sogar ausschließliche Anteil von Frauen in der Kindergartenerziehung. Wird darüber Erstaunen geäußert und nach den Gründen gefragt, so wird mit dem Hinweis auf

'weibliche Qualitäten' wie Warmherzigkeit etc. argumentiert und dies in den wenigsten Fällen kritisch hinterfragt. Trotz des Anspruchs der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wird diese im Fall des Kindergartenpersonals sehr eigenwillig interpretiert: Frauen sollen Männerberufe ergreifen, daß umgekehrt Männer Frauenberufe ergreifen, scheint nicht erstrebenswert.

Das Kindergartenpersonal ist häufig um einen Kinderarzt oder eine medizinisch weitergebildete Erzieherin ergänzt. *Ärztliche Untersuchungen finden häufig, in manchen Kindergärten täglich statt.* Zum Teil werden *kranke Kinder im Kindergarten gepflegt* oder vom Kindergarten ins Krankenhaus gebracht. Geistig behinderte Kinder bleiben in der Regel mit den übrigen Kindern zusammen um sie nicht zu isolieren. Die gesunden Kinder sollen Hilfsbereitschaft üben.

Der englische Erziehungswissenschaftler Peter Mauger hat den Zweck des chinesischen Erziehungswesens, wie es sich Besuchern und Gästen der Volksrepublik China darstellt, auf folgende Weise zusammengefaßt:

1. *Jedes Kind soll sich moralisch, geistig und körperlich entfalten können.*
2. *In jedem Kind soll der aufrichtige Wunsch geweckt werden, dem Volke zu dienen.*
3. *Alle Kinder sollen zu wahrhaften Nachfolgern des Proletariats erzogen werden.*
4. ***Alle Kinder sollen dazu angeregt werden, internationale revolutionäre Bewegungen zu unterstützen.***

Alle diese Ziele bilden eine Einheit und bedingen einander. Sie ... (werden) in den Bildungsstätten, ... einschließlich der Kindergärten, verfolgt.

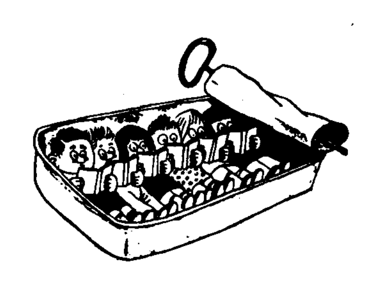
Auf dem Elften Plenum des Zentralkomitees der KPCh am 8. August 1966 wurde in den „Sechzehn Artikeln" u.a. beschlossen:

„In jeder Art Schule müssen wir die von Genossen Mao Tsetung festgelegte Politik, *daß die Erziehung der proletarischen Politik dient und Erziehung mit produktiver Arbeit verbunden* ist, restlos zur Anwendung bringen, damit jene, die Erziehung erhalten, imstande sind, sich moralisch intellektuell und körperlich zu entwickeln und zu Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein und Kultur zu werden."

Alle Aspekte der chinesischen Erziehungspolitik bilden, insoweit es sich dabei um die Erziehung des „Neuen Menschen" handelt, eine Einheit. Ihre Verwirklichung im Prozeß des sozialistischen Aufbaus der Volksrepublik China ist bis heute nicht abgeschlossen. Wir meinen aber, daß das Studium dieses Prozesses und daß die ,Erfahrung China' eine Ermutigung ist für Eltern und Erzieher, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, denen wir diesen Bericht widmen möchten.

Iris Bubenik-Bauer/Rudolph Bauer

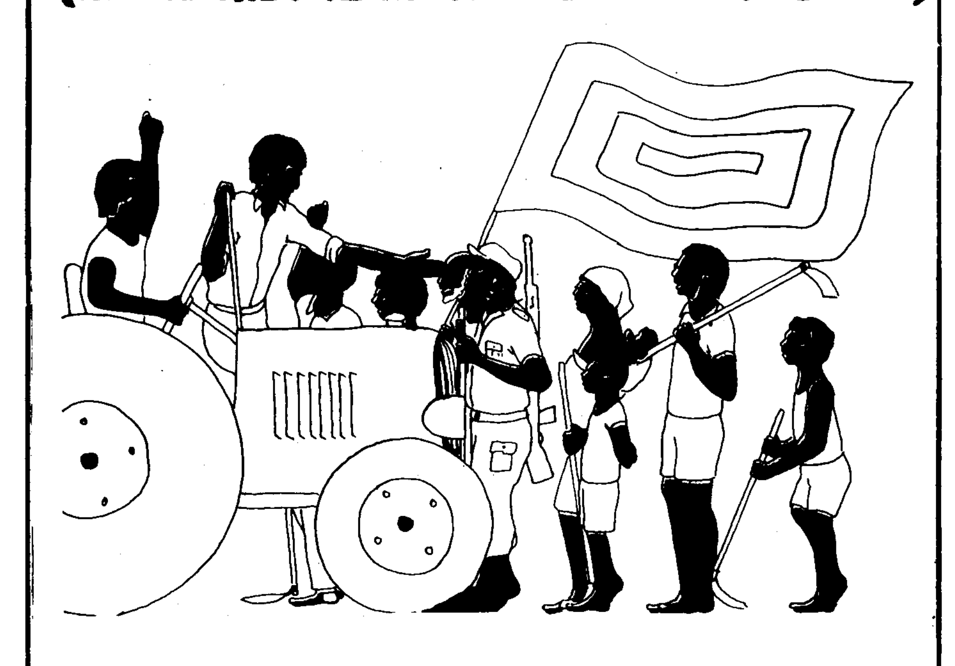
SOZIALMAGAZIN FEBRUAR 77



Die Autoren waren 1974 mit einer Reisegruppe der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) in der Volksrepublik China. Iris Bubenik-Bauer hat nach kaufmännischer Lehre, Arbeit im Ausland und Berlin-Kolleg ihr Lehrerstudium mit einer Untersuchung über „Erziehung in China" abgeschlossen, die demnächst veröffentlicht wird. Rudolph Bauer ist seit 1972 Hochschullehrer der Universität Bremen im Diplomstudiengang für Sozialpädagogik.

ANZEIGE





Zu beziehen über: iz3w, Postfach 5328, 78 Freiburg.
Preis: 1,50. Für Gruppen und Weiterverkäufer: 1,–

VR BENIN

Zur Einschätzung des „revolutionären" Regimes seit 1972

A. Zur Geschichte und ökonomischen Situation

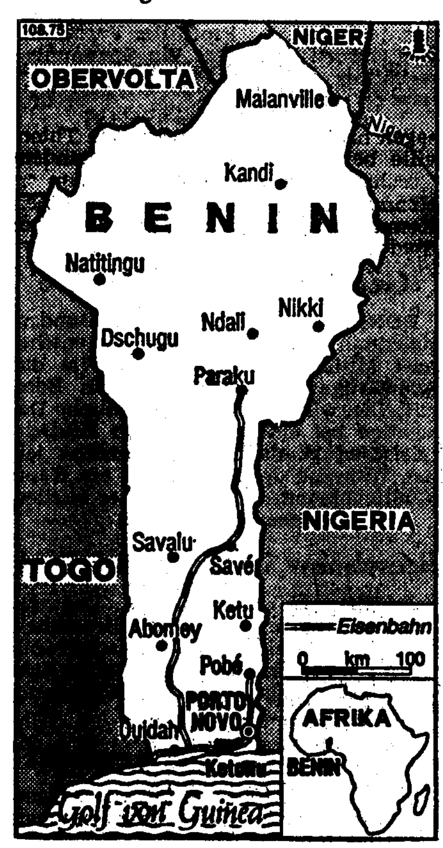
Dahomey (so hieß Benin früher) wurde bis 1960 als Kolonie von Frankreich unterentwickelt gehalten. Danach wurde das Land in raschem Wechsel (im Schnitt alle 18 Monate) von verschiedenen Herrschergrüppchen regiert. Drei – mit französischer Hilfe gegründete – je regional-spezifische Parteien und verschiedene Offiziersgruppen (zum Teil genährt durch geheime Gehaltszulagen mit Pensionsanspruch von der französischen Regierung) lösten sich dabei ab.

Die Regionsgebundenheit der Parteien und ihr Gerangel um die Regierungsgewalt wurde oft als Beispiel für den Tribalismus in der afrikanischen Politik herangezogen. Auch die drei Parteien selbst versuchten sich mit dem Vorwurf des Tribalismus gegenseitig zu diffamieren. Wie der Dahomeaner Guy Hazoume in einer gründlichen Untersuchung gezeigt hat, handelte es sich hier nur um die Konkurrenz von Gruppen der bürokratischen Intelligenz, die je verschiedene regionale Schwerpunkte hatten. Sie waren aber durchaus bereit, auch Leute gleicher Orientierung und Interessenlage aus anderen Gebieten aufzunehmen. Die Interessen der Masse der Bevölkerung in ihrer Region, der Bauern, zu vertreten, war aber nicht ihr Anliegen. Der „Tribalismus" der jeweils anderen Parteien war dann die billige Ausrede für eine Politik der falschen Versprechungen und betrogenen Erwartungen. So konnten sie ihr eigentliches „Klassen-Ziel" verschleiern. Die Parteien unterschieden sich in keiner Weise in ihrer politischen Programmatik, sie stellten die Interessenvertretung der bürokratischen Klasse dar.

1. Die Agrarproduktion

Vier Agrarprodukte exportierte Dahomey/Benin vor allem: Palmöl, Palmkernöl (daraus kann man Napalm herstellen), Baumwolle und Kaffee. Ein Teil der Ölpalmen wird in intensiver Landwirtschaft von „Genossenschaften" angebaut. Diese „Genossenschaften", die auf einem relativ kleinen Teil der Gesamtfläche betrieben werden, sind durch die Enteignung von unabhängigen Bauern entstanden. Jetzt „dürfen" und müssen diese Bauern auf ihren alten Feldern als Lohnarbeiter für diese tatsächlich staatseigenen Betriebe arbeiten, weil sie sonst keine Felder oder andere Arbeitsmöglichkeiten haben. An der Führung der Betriebe können sie in keiner Weise mitwirken. Nur durch Streiks können sie gelegentlich eine Verbesserung ihres Lohns (unter 2,– DM täglich) erzwingen. An dieser Situation hat sich auch nach dem Militärputsch von 1972 bis heute nichts geändert.

Der größte Teil der Agrarproduktion wird von Bauern erwirtschaftet, die noch im Verwandtschaftsverband produzieren. Sie betreiben vor allem Subsistenzproduktion (Produktion für den eigenen Verbrauch). Einen kleineren Teil ihrer Arbeit stecken sie in die Produktion von Baumwolle, Kaffee, Palmöl oder anderen Agrarprodukten, die zum Export bestimmt sind. In wenigen Gegenden nimmt die Produktion von Mais und Maniok, die zum Verkauf in den eigenen Städten bestimmt sind, diesen Platz ein. Zur Warenproduktion (Produktion für den Verkauf) sind die Bauern gezwungen, teils um sich Importartikel wie Petroleum (für Lampen, denn in den Dörfern gibt es nirgends Elektrizität), Fahrräder oder Baumwollstoffe kaufen zu können. Teils müssen sie diese – zusätzliche – landwirtschaftliche Arbeit leisten, um die Kopfsteuer bezahlen zu können, die von den französischen Kolonialherren eingeführt wurde, um indirekt die Export-orientierte Agrarproduktion zu erzwingen. Auch die jetzige Regierung denkt nicht daran, diese Steuern abzuschaffen, sondern verstärkt ihre Eintreibung.



Die Einbindung der Bauern in verschiedene ökonomische Sektoren, d.h. in den traditionalen Sektor der Selbstversorgung sowie in den Sektor der einfachen Warenproduktion (Produktion für den Markt) ist eine wesentliche Voraussetzung für ihre durch die Anbindung an den „freien" Markt verschleierte Ausbeutung. Die Subsistenzproduktion sichert nämlich fast vollständig den Unterhalt der Arbeitskräfte für das ganze Jahr. Die Warenproduktion hingegen findet weitgehend in Zeiten statt, wo keine Arbeit im Subsistenzsektor erforderlich ist. Da der Unterhalt der Arbeitskräfte nun schon aus dem Subsistenzsektor gesichert ist, braucht der Ertrag aus dem Warenverkauf im Prinzip dazu nichts beizutragen und muß nur genügen, um die Arbeitsgeräte und das Saatgut ersetzen zu können. Die Preise dieser landwirtschaftlich erzeugten Exportwaren können also außerordentlich niedrig sein. Daraus ziehen die Exporteure und die europäischen Importeure ihren Nutzen.

Aus dem gleichen Grund können die Löhne für einen großen Teil der Arbeitskräfte in der Industrie sehr niedrig gehalten werden: Das Kapital kann die saisonalen Wanderarbeiter unter dem Existenzminimum bezahlen, da die

Heranbildung der Arbeitskräfte, die physische Reproduktion in der Zeit der Nichtbeschäftigung und die Versorgung im Alter durch den Subsistenzsektor gesichert sind, aus dem die Wanderarbeiter kommen und in denen sie wieder zurückkehren, wenn sie nicht mehr arbeiten.

2. Die Korruption als normale Verwaltungspraxis

Die Korruption ist mehr als ein Erzübel in Dahomey/Benin. Sie hat System und ist System. Korruption ist zwar nach den Buchstaben des Gesetzes illegal, gilt aber – bis heute – als der Normalfall. Auch der heutige Präsident war schon in einen Korruptionsfall (Affäre Kovacs) verwickelt, dessen Aufklärung er durch Verhaftungen gezielt verhinderte.

Es gibt zwei Formen der Korruption: 1. der individuelle Verkauf von Dienstleistungen und Gütern, die der Staat eigentlich kostenlos oder gegen feste Gebühren abgibt, durch Beamte. So muß man für die – an sich kostenlose – Aufnahme ins Krankenhaus Schmiergeld bezahlen. Auch zur Aufnahme in Schulen erwarten Verantwortliche ein Geschenk zusätzlich zu den Gebühren.

2. Die direkte Abpressung durch Polizei und Gendarmerie. Hier ist eine illegale Art von Straßenzoll am wichtigsten. Autofahrer, die eine endlose „Prüfung" ihrer Papiere nicht akzeptieren und/oder nicht lange festgehalten werden wollen, bezahlen eine Art Gebühr, für die sie allerdings keine Quittung erhalten.

Ein Beamter versteht sich in der Mehrzahl der Fälle als Inhaber einer Lizenz dafür, daß er individuell bestimmte bürokratische Leistungen (illegalerweise) als „Waren" verkaufen kann.

Gelegentlich organisiert die Regierung Antikorruptions-Kampagnen. Diese dienen in erster Linie dazu, Rechnungen zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der Verwaltung zu begleichen und in zweiter Linie auch, um soziale Unruhe aufzufangen. Am Prinzip der Korruption ändert sich dabei nichts. Dies belegt leider auch die letzte Kampagne von 1976.

3. Die „Revolution" von 1972

In Dahomey, das ohnehin schon immer zu den 25 ärmsten Nationen der Welt gehörte, mußte aufgrund der Wirtschaftsstruktur die wirtschaftliche Abwärtstendenz der Dritten Welt insgesamt voll durchschlagen. Diese fortschreitende Unterentwicklung wurde durch keine inneren Reformen oder durch Investitionen gebremst.

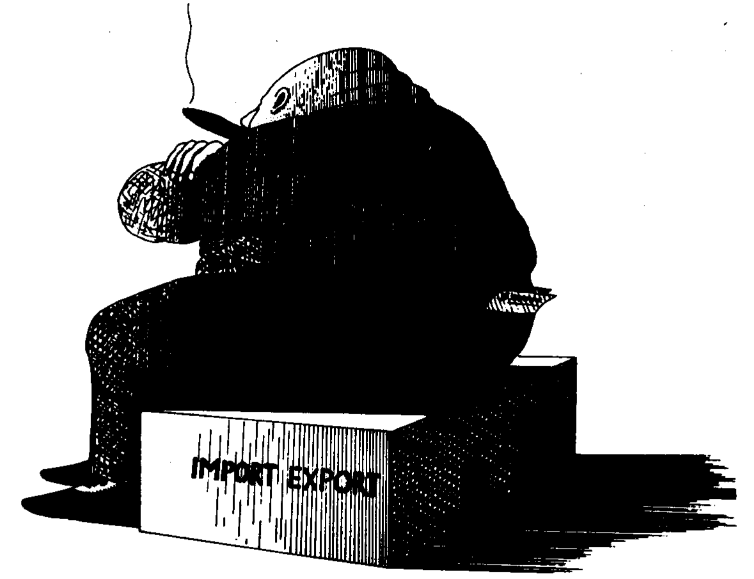
Einer der wichtigsten Gründe für die weitgehende Unterentwicklung Benins nach der Unabhängigkeit war die parasitäre Bürokratie. Ungefähr zwei Drittel der nationalen Budgets wurde als Personalkosten (Gehalt der Bürokraten) ausgegeben. 1966 schätzte man, daß ca. 30 % der Bürokraten ohne Tätigkeit, aber mit Gehalt beschäftigt waren.

Lange Zeit glaubten die vom Steuerertrag und französischen Hilfsgeldern lebenden Bürokraten und Militärs, ihre ökonomische Situation durch verstärkte Ausbeutung der Bauern verbessern zu können. 1972 etwa aber war deren Verarmung an einem Punkt angelangt, wo es offensichtlich wurde, daß auch der Wohlstand der militär-bürokratischen Klasse (wie sie von der Opposition genannt wird) von der nationalen ökonomischen Situation und insbesondere von der der Bauern abhängt.

Da wurden dann 1. antiimperialistische (genauer: antifranzösische) Bestrebungen, 2. ein Trend zur Solidarität mit anderen Nationen der Dritten Welt und 3. eine stärkere Berücksichtigung der Interessen derBauern bestimmend. All dies äußerte sich in dem Militärputsch (der „Revolution") vom November 1972. Die Offiziere, die die Macht übernahmen, waren sich einig in der Ablehnung ihrer neokolonialistischen Vorgänger.

Von dem anfänglichen Versuch, nach allgemeiner Grundsatzdiskussion ein revolutionäres Programm zu formulieren, blieb allerdings nichts als die Phrase. Zwar wurden regionale Revolutionsräte gebildet ... aber durch die Verwaltung. Ein Teil der Revolutionäre aus den Jugendorganisationen und Gewerkschaften paßte sich dem neuen Kompromiß-Trend an.

In der ersten Zeit nach der „Revolution" bezeichnete der Präsident Kerekou den Kommunismus noch als gefährliche ausländische Ideologie, die für Afrika eine Bedrohung sei (so noch auf einer Propagandatournee im Dezember 1973). Am 30.11. 1974 verkündete die Regierung, daß ab jetzt der richtige Weg Sozialismus heiße und daß der Marxismus-Leninismus der ideologische Wegweiser sei. Der Slogan lautete: „Le socialisme, notre voie! Le marxisme–leninisme, notre guide!" Gleichzeitig wurde der frühere Präsident Zinsou langsam zum Hauptfeind stilisiert. Seine alten Pläne – so auch die Umtaufe des Landes in Benin – wurden aber immer noch als nützliche Anregungen verwertet. Eine große Zahl von Betrieben wurde verstaatlicht: vor allem Unternehmen des Agrarexports und Banken. Die ausländischen Industrieinvestitionen mit Staatsbeteiligungen (zwei neue Textilfirmen) waren davon aber nicht betroffen. Sie erfreuen sich sogar des besonderen Wohlwollens der Regierung, die heute strenger als früher auf Einhaltung des Arbeits-„friedens" achtet. Die Importfirmen, deren Inhaber und Manager oft durch Freundschaften mit Ministern verbunden sind, sind gleichfalls von Verstaatlichungen verschont geblieben. Allerdings wird jetzt darauf geachtet, daß sie Steuern zahlen, was in der Periode des klassischen Neokolonialismus von ihnen trotz der gesetzlichen Bestimmungen faktisch nicht erwartet wurde.



Wir bezweifeln nicht, daß Verstaatlichungen für eine unabhängige Entwicklung notwendig sind, aber sie können in dem aktuellen Kontext auch die Basis für einen Staatskapitalismus bilden, der die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" nicht abschaffen würde.

4. Die Gewerkschaften – Opposition ohne Perspektive

In Benin – einem der ärmsten Länder Afrikas – sind rund 80 % der Bevölkerung Bauern. Die Gewerkschaften umfassen vor allem die Staatsbediensteten (bis in die hohen Ränge). Der Sektor, der bis vor kurzem privatkapitalistisch war oder dies noch ist, ist verschwindend klein. Die Arbeiter in diesem Sektor stehen etwas besser als die unteren

Ränge der Staatsbediensteten.
Das „städtische Proletariat" mußte von 1973-1975 bei den importierten Artikeln des täglichen Bedarfs (Zucker, Tomatenmark, Reis, Kondensmilch, Erdnußöl, Salz, Wellblech usw.) eine Preissteigerung von im Schnitt 105 % hinnehmen. Hierauf reagierten die Gewerkschaften nur mit Lohnforderungen, ohne politische ziele zu verfolgen – z.B., daß diese Produkte im Lande selbst hergestellt werden sollen. Die Rohprodukte dazu wären nämlich vorhanden und werden z.T. von den Bauern produziert, um dann erst im Ausland zum Konsumprodukt verarbeitet zu werden.
Da die Gewerkschaften alle Schichten der vor allem staatlichen Lohnarbeiter umfassen, fällt es der Regierung leicht, die Bauern gegen die Arbeiter insgesamt auszuspielen.

5. Veränderungen in der Landwirtschaft

Ausländischen Beobachtern fallen eine ganze Reihe von positiven Maßnahmen in diesem Bereich auf: man versucht, die Landwirtschaft in das Lehrprogramm der Volksschulen einzubeziehen („Ruralisation"), mehr Landwirtschaftsberater werden eingestellt, man führt geeichte Maße ein, um dem Betrug durch Händler vorzubeugen, und die Regierung proklamiert, daß der Anbau von Nahrungsmitteln Vorrang bekommen solle.
Manche von diesen Reformen sind jedoch im Sand der Bürokratie stecken geblieben: in den Volksschulen fehlen die Mittel; die Lehrer, die zwar von der alten Schulbürokratie nicht aber von den Eltern kontrolliert werden, sind nicht willens, die „Ruralisation" durchzuführen. Die neuen Landwirtschaftsberater sind genauso unwillig wie die alten, sich mit den Bauern daran zu machen, durch Experimente und geduldige Anstrengung eine Modernisierung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen. Da sie als „Intellektuelle" und Beamte in den neuen „revolutionären" Instanzen mehr Gewicht haben als die Bauern, brauchen sie deren Kritik nicht zu fürchten.
Im letzten Jahr (1976) hat die Regierung die Preise für die Nahrungsmittel, die die eigene Landwirtschaft erzeugt, so festgelegt, daß sie um einiges höher waren als die Preise des vorigen Jahres. Für die Bauern stellt sich diese Reform aber gar nicht so positiv dar, wie es auf den Papier aussieht. Die Erlöse sind um 40 % niedriger als die Erlöse, die ein Jahr zuvor auf dem Markt erzielt werden konnten. Dies lag vor allem daran, daß durch die enormen Preissteigerungen der Importprodukte (Verdreifachung) das allgemeine Preisniveau angestiegen war. Der zu niedrig festgesetzte Ankaufpreis der einheimischen Nahrungsmittel (vor allem Mais, Maniok und Yams) wäre bedeutungslos, wenn die Regierung nicht gleichzeitig die Bauern zwingen würde, ihre Produkte ausschließlich nur noch an den Staat zu verkaufen. Dies wird offiziell als eine Maßnahme gegen die Spekulanten bezeichnet, die die landwirtschaftlichen Produkte günstig zur Erntezeit kaufen, um sie dann gegen Ende der Trockenzeit zu verdoppelten Preisen wieder losschlagen zu können. Man fragt sich aber angesichts dieser offiziellen Begründung, warum die Regierung einen niedrigeren Preis als den üblichen Marktpreis festsetzt, und warum sie die Bauern dazu zwingt, ihren Mais ausschließlich an den Staat zu verkaufen. Wäre da nicht der verstärkte Bau von dorfeigenen Silos eine angemessenere Politik gegen die Spekulanten gewesen? In den Städten hat die Regierung einige Läden eröffnet, wo die Stadtbewohner dann auch tatsächlich den Mais unter dem Preis des (Schwarz)-marktes kaufen können ..... sofern in den Läden Vorrat vorhanden, was nicht alle Tage der Fall ist. Von der preislichen Seite her entspricht so die staatliche Politik durchaus den Interessen der städtischen Bevölkerung (die allerdings nur einen verschwindenden Bruchteil des gesamten Volkes ausmacht). Ein großer Teil der vom Staat akkumulierten Nahrungsmittel taucht jedoch gar nicht auf dem Markt auf. Zu einem kleineren Teil werden sie direkt in den Ministerien verteilt, und zum allergrößten Teil werden sie direkt nach Nigeria – zu dortigen Marktpreisen – exportiert.
Für alle Provinzen werden jetzt zentrale Landwirtschaftsdirektionen eingerichtet. Deren Aktivität richtet sich darauf, die Produktion von Exportgütern (vor allem Palmöl und Baumwolle) zu erhöhen. Vernachlässigt wird dabei die Produktion von Subsistenzgütern (Nahrungsmitteln). Im Norden mißlang diese Politik. Denn zur Baumwollproduktion (das ist dort das wichtigste Exportgut) gehören auch Dünger und Pflanzenschutzmittel. Durch bürokratische Unfähigkeit konnten diese den Bauern aber nicht in genügender Menge zur Verfügung gestellt werden. Deshalb, aber auch um der Gefahr von Hungersnöten vorzubeugen, orientierten sich die Bauern trotz der Aktivitäten der Staatsgesellschaften wieder auf den Anbau von Subsistenzprodukten hin.
Zu den langfristigen positiven Absichten der Agrarpolitik gehört auch die Stärkung der Nahrungsmittelproduktion. Jedoch wartet man noch immer auf ihre konkrete Durchsetzung, um beurteilen zu können, wie ernst diese Absicht genommen wird. Auf etwa 2 % der Anbaufläche wurden Gemeinschaftsfelder der Gemeinden und Distrikte errichtet, auf denen die Bauern vorzugsweise Nahrungsmittel anbauen sollen. Da bisher jedoch wenig darauf hindeutet, daß der Ertrag dieser Felder auch in der Verfügungsgewalt der bäuerlichen Gemeinschaften verbleibt, wird diese Arbeit von den Bauern als Zwangsarbeit betrachtet und bezeichnet und entsprechend schlecht durchgeführt.



Afrique Asie
COTONOU: Mobilisierung der Bevölkerung - auf eigene Kräfte bauen?!

B. Die neuesten Maßnahmen (Ende 1976)

1. Die allgemeine Feldarbeit

Eine relativ streng eingehaltene Maßnahme fällt in dem ganzen Meer von Parolen ohne Praxis auf: die Regel, daß jeder Betrieb und jede Behörde ein gemeinsames Feld einrichtet, auf dem alle Mitarbeiter bis hinauf zum Direktor arbeiten. Ob der Ertrag dieser Felder tatsächlich – wie versprochen – den Produzenten zukommt, ist noch offen. Sicher ist aber, daß die Trennung von Hand- und Kopfarbeit,

die jede Klassengesellschaft charakterisiert, damit praktisch in Frage gestellt wird.
Die übrigen Privilegien der Bürokraten (10- bis 40-fach höheres Einkommen als die Bauern) und der städtischen Lohnarbeiter (nur in den Städten gibt es Elektrizität, fließendes Wasser und ausreichende Gesundheitsversorgung) wurden nicht angerührt.

2. Die Alphabetisierung und andere Maßnahmen „im Dienste des Volkes"

Einige Veränderungen sind deutlich zu erkennen, bei denen sich das Reformengagement höherer Verwaltungsbeamter mit dem Interesse der Massen verbindet. Hierzu zählte z.B. die Wiederbelebung und Verwertung der traditionellen Pflanzenheilkunde. Im Gefolge des Kampfes gegen die Hexerei (siehe unten) mußte dieses Unternehmen jedoch wieder abgebrochen werden.
Die Alphabetisation der ländlichen Bevölkerung wird jedoch trotz der beschränkten Mittel zügig vorangetrieben. Bei 80 % Analphabeten könnte der Erfolg dieser Kampagne einen entscheidenden Fortschritt bedeuten. Im Gegensatz zu den Versuchen früherer Regierungen wird dies auch mit Sachverstand und sinnvollen begleitenden Maßnahmen – wie z.B. dem Plan für ein Landzeitungswesen – unternommen. Leider jedoch sind die Mittel, die für diesen Etatposten eingesetzt sind, außerordentlich gering.

3. Die Verwaltung an der Basis

Einige Zeitungsartikel schenken der „neuen Verwaltungsorganisation und lokalen Politik, die mit den alten zwanghaften Methoden bricht" (Afrique Asie) viel Aufmerksamkeit. Die administrativen Reformen sollen die Entwicklung einer echten Demokratie auf dem Land erlaubt haben. Die neuen Instanzen der Basis – lokale Revolutionsräte (CRL) und Distriktrevolutionsräte (CDR) – sollten wirklich die Repräsentanten der Massen sein. Das Wichtigste sei nicht mehr, ein kleiner Bürokrat zu sein und gut französisch sprechen zu können, sondern dem Volke zu dienen.
Eine solche Reform könnte der Anfang einer demokratischen und denzentralisierten Organisation der Macht sein. Dies gilt aber nur unter der Bedingung, daß alle Instanzen demokratisch gewählt werden, und daß der politische Entscheidungsprozeß von der Basis und nicht von der Spitze her bestimmt wird.
Tatsächlich sind es aber in den meisten Fällen Beamte oder Geschäftsleute, die Bürgermeister geworden sind.
Es gibt Kommunen, wo alle lokalen Beamten in der einen oder anderen Weise in den verschiedenen politischen Instanzen tätig sind. Da diese Beamten in der Regel aus einem anderen Gebiet stammen (die Mehrheit kommt aus den Städten), spielen sie dort mehr die Rolle eines Vertreters des Staates als die eines Vertreters der Massen. Man kann sagen, daß die administrativen Reformen der Verwaltung bessere Kontrollen über die Bauern in die Hand geben. Die Bauern sehen sich umgeben von ortsfremden Beamten, die sich die lokale politische Macht in praktisch allen Bezirken angeeignet haben und einigen Bauern, die als Vertreter der Wohnbezirke ernannt wurden und die sich mit der zentralen Macht verbunden fühlen, da sie in einfachen Gerichtsfällen Schlichtungsinstanz sind und entsprechende Schmiergelder kassieren können. Durch die Reformen hat sich die Zahl der direkten und indirekten Funktionsträger des Staates an der Basis mehr als verdreifacht. Die Bauern sehen in dieser Lage keine Möglichkeit, dem Zwang, auf den kollektiven Feldern zu arbeiten, zu entkommen.
Zweifellos gibt es einige Kommunale Felder, deren Ernte für Investitionen im Interesse der Kommune verkauft wird.
Im Normalfall aber –und das ist das Betrübliche an der Sache – wird das Geld, wie es die Bauern ausdrücken, von den Beamten „gegessen".



Afrique Asie
QUIDAH: Versammlung der Distrikträte - eine neue Macht?

4. Entwicklungshilfe und neue Parolen zur Außenpolitik

Man kann nicht bestreiten, daß die neuen Herren sich den imperialistischen Mächten viel unabhängiger gegenüber verhalten als ihre Vorgänger. Sie sind nicht mehr Marionetten, die an den Schnüren der ausländischen Botschafter tanzen. Aber impliziert dies schon, daß sie die Interessen der bäuerlichen Mehrheit des Landes vertreten? Wir glauben, daß es notwendig ist zu untersuchen, ob die Interessen der imperialistischen Mächte nicht auch mit der neuen Politik in Übereinstimmung gebracht werden können oder schon längst in Übereinstimmung sind.
Man stellt mit Interesse fest, daß es immer noch Frankreich, die BRD und die USA sind, die an erster Stelle Benin mit technischer und finanzieller Hilfe unterstützen.(1)
Natürlich zeigen sich die Botschafter dieser Mächte von dem unhöflichen Verhalten der neuen Führung erschreckt. Sie vertragen es auch kaum, achtmal am Tag im Radio die „Internationale" hören zu müssen. Aber die Zentralen in den imperialistischen Ländern wissen wohl zu unterscheiden zwischen tatsächlicher Politik und verbaler Propaganda („Marxismus-Leninismus"). Die Entwicklungshilfe, die hier interessanterweise von Imperialisten zum „Aufbau des Sozialismus" beigesteuert wird, betrifft übrigens nicht zuletzt gerade Maßnahmen, die die Exportabhängigkeit von Benin vertiefen.
Der Ausbau der Straßen, die den Hafen Cotonon mit Niger oder Nigeria verbinden, dient offensichtlich weniger einer eigenständigen Entwicklung als vielmehr dem Durchgangsverkehr zwischen anderen Ländern.

Zum großen „Wohltäter" des Landes wirft sich mittlerweile Nigeria auf. Nigeria gibt z.B. die Erweiterung des Hafens Cotonou und den Bau einer Straße nach Lagos (eine dazugehörige Brücke bauen die Amerikaner) als Geschenk. Dieses Beispiel innerafrikanischer Zusammenarbeit wird oft erwähnt. Aber die Regierung vergißt zu erwähnen, daß sie dafür alle ihre souveränen Rechte auf Zoll- und Transitgebühren aufgeben muß. Ist es also erstaunlich, daß Benin in seiner Außenpolitik – vor allem was die Westafrikanische Kooperation betrifft – vertrauensvoll den Schritten des großen Nachbarn folgt, der, wie manche mei-

1) Es sei erwähnt, daß im Jahr 1976, ca. 85 % aller Investitionen in Benin aus dem Ausland kamen, was sich nicht gut mit der Politik des „Vertrauens auf die eigenen Kräfte" vereinbaren läßt.

nen, zu einem „subimperialistischen Zentrum" geworden ist?
Für die außenpolitischen Fälle, die für Benin von entfernterer Bedeutung sind, stellt es sich vor allem auf die Positionen Algeriens. Dies betrifft vor allem die Politik gegenüber Westsahara, Angola, Zimbabwe und den anderen in Kampf befindlichen Völkern des südlichen Afrikas. Die hier vertretenen Positionen bringen Benin zurecht die Sympathie der gesamten fortschrittlichen Kräfte ein. Aber würde Benin solche Positionen auch dann vertreten, wenn es nicht die Unterstützung Algeriens bei der Ausbildung seiner höheren Kader finden würde? Guinea, wo es Sekou Toure so gut versteht, us-amerikanische Investitionen mit „Marxismus-Leninismus" zu verbinden, ist ein weiterer außerordentlich wichtiger Freund für die Regierung der VR Benin. Einerseits dient Guinea als Modell für die Organisation von Repressionsmaßnahmen, andererseits liefert es Ausrüstung für die Armee. Die Leibgarde des Präsidenten Kerekou besteht aus guinesischen Soldaten.
Eine sehr bemerkenswerte Entwicklungshilfe mit geringen Mitteln leistet die Sowjetunion: sie spendet allen 40 Staatsbetrieben eine monatliche Liquiditätshilfe, die etwa der Höhe der Direktionsgehälter entspricht und so diesen Spitzenchargen ein regelmäßiges Gehalt gewährleistet, womit die anderen Angestellten keineswegs immer rechnen können.

5. Widerstand

Am 23. Mai 1975 kam es in der alten König-Stadt Abomey zu einem nicht untypischen Ausbruch des Volkszorns. Der Anlaß war für dohomeyanische Verhältnisse keineswegs ungewöhnlich:
ein 21jähriger Mopedreparateur wurde von der Polizei unter dem (falschen) Verdacht des Diebstahls festgenommen. Auf dem Revier wurde er geprügelt, so geprügelt, daß er noch am selben Tag starb. Daraufhin kam es zu einer Demonstration, die sich bald in eine lokale Revolte verwandelte. Die Verwaltungsgebäude wurden gestürmt, Akten verbrannt und Gefangene befreit. Für mehrere Tage trauten sich Militär, Polizei und Minister nicht, die Stadt zu betreten. Die Spitzen der Verwaltung waren gezwungen „Fehler" zuzugeben.
Nun, die Wut der Masse galt weniger den paar sadistischen Polizisten, sie galt dem repressiven Apparat insgesamt. Die Verbrennung der Akten war ein Symbol dafür. Die Wut galt dem Apparat, der den Freikauf von Verhafteten zum Geschäft macht (Korruption). Sie galt dem Apparat, der die Steuern eintreibt und von diesen ernährt ein besseres Leben führt als die Masse der Bauern und Arbeiter.
Auch 1976 kam es zu Widerstandsaktionen. In mehreren Dörfern des Südens blockierten Bauern gewaltsam die Lastwagen, die ihren Mais zu den staatlichen Silos abtransportieren sollten, da sie mit dem ihnen vom Staat aufgezwungenen geringen Preis nicht einverstanden waren. Sie griffen sogar die die Lastwagen begleitenden Gendarmen an.
Nach unbestätigten Berichten soll es dabei zu ein oder zwei Todesfällen gekommen sein. Interessanterweise machten sogar in einigen Fällen die von der Regierung eingesetzten Dorf-Revolutionsräte den Aufruhr mit.
Jedoch: kaum ein Dorf weiß von dem anderen. Der Widerstand ist mehr spontan als koordiniert.

Die einzige Widerstandsaktion, die z.Z. durch Flüsterpropaganda verbreitet allgemeinen Charakter hat, ist eine Art Verkaufsboykott. D.h.: die Bauern versuchen so wenig wie möglich an die Regierung zu verkaufen. Sie verkaufen gerade genug, um von dem Erlös die Kopfsteuer bezahlen zu können. Dies funktioniert in weiten Landstrichen auch ohne allgemeine Absprachen, da die Gründe hierfür evident sind, und da die Bauern diesen Verkaufsboykott dank ihrer Verwurzelung in der Subsistanzökonomie auch ohne Schaden überstehen können.

Die Hexenjagd

Die bei weitem wichtigste Kampagne der Regierung im Jahr 1976 war der „Kampf gegendie Hexen" (Lutte contre les sorciers). Der Ausdruck Hexenjagd ist wörtlich zu nehmen. Bei der ländlichen und z.T. auch bei der städtischen Bevölkerung ist der Glaube an Hexen weit verbreitet. Ein gewisses Fundament hat dieser Glaube in der Giftmischerei, die von einigen Kräuter-Heilkundigen und Priestern der vodun-Religion ausgeübt wird.
Der Hexerei-Verdacht trifft nun nicht beliebige Leute, sondern ungeliebte oder unsympathische arme Leute – also Marginale der Dorfbevölkerung – die gar nicht das Herkommen oder das Geld haben, um in diesem Seitenweg der traditionellen Pharmazeutik (Giftmischerei) aktiv zu werden. (1) So waren die Anklagen wegen Hexerei schon vor dieser staatlichen Kampagne vor allem ein Mittel, um bei Spannungen innerhalb der Dorfgemeinschaft und bei Unglücken (vor allem Todesfällen)einen Sündenbock zu finden, auf den aller Ärger abgeladen werden konnte.
Allerdings zweifelten seit alten Zeiten schon viele Leute am Wahrheitsgehalt des Hexenglaubens.
Aber im Rahmen der Regierungskampagne verkünden jetzt Wichtigtuer und durch Prügel zum Geständnis gezwungene „Hexen" im amtlichen Radio, wie sie sich in Waldkäuze verwandelten und Kinderseelen verzehrten. Das Radio ist ein besonders glaubwürdiges Medium, da über Rundfunk auch alle staatlichen Mitteilungen verkündet werden. In Ermangelung von Zeitungen außerhalb der Hauptstadt und eines zuverlässigen Postsystems ist das Radio so das wichtigste Mittel zum Zusammenhalt der Nation auf der Kommunikationsebene geworden.
Die Folgen des neu belebten Hexenglaubens können drastisch sein: in einem Dorf, wo die Bauern noch 1973 darüber diskutierten, ob sie durch Impfung der enormen Kindersterblichkeit durch Tetanus (Wundstarrkrampf) vorbeugen

1) Traditionelle Pharmazeutik und Giftmischerei werden über die mündliche Tradition vermittelt. Diese ist nicht jedermann zugänglich. Abstammung und Geld spielen dabei eine Rolle. Es sind übrigens etwas häufiger Frauen als Männer, die dem Verdacht der Hexerei ausgesetzt sind. Das hängt damit zusammen, daß Frauen als zugezogene „Eingeheiratete" in der Großfamilie eher randständig bleiben.

ANZEIGE

Informationen aus Irland
pol. Analysen im etwa 6wöchentl. erscheinenden
IRLAND-Rundbrief
kostenlos beim wISK

- Irland-Info 11, 1 '76, 3,– DM
- Materialien für den Englischunterricht; engl. mit Vokabelteil ca. 80 Seiten; 4,50
- Irland-Reader: Entw.-Geschichte der ir. Befreiungskämpfe; und Darst. der pol. Or. 100 S / 6,50
- Songbuch mit Noten und deutsch. Erläuterungen; 60 S / 5,00

außerdem Schallplatten, Plakate, Bildmaterial, Bücher, irische Zeitschriften und Periodika

WESTDEUTSCHES IRLAND SOLIDARITÄTSKOMITEE
637 Oberursel 5
Postfach 35

sollten, gilt es heute (nach der Kampagne) als ketzerisch, daran zu zweifeln, daß der Wundstarrkrampf durch Hexen verursacht sei. Die Befürworter der vorbeugenden Impfung sind verstummt. Die Verprügelung und Vertreibung der Hexen wirkte bei vielen durch ökonomische Not und betrogene Aufstiegshoffnungen erzeugten Frustrationen als ein wahres Ventil. „Jetzt kennen wir endlich die Ursachen unserer Armut und die Ursachen zahlreicher Unglücksfälle, die unser Dorf getroffen haben. Endlich haben wir eine Regierung die dies nicht nur erkannt hat, sondern auch den Mut hat, gegen ie Hexen vorzugehen."

C. Zum Klassencharakter des heutigen Systems in Benin

1. Die militär-bürokratische Klasse

Während das mittlere Pro-Kopf-Jahreseinkommen bei den Bauern je nach Region etwa zwischen 40,– und 500,– DM variiert, kann ein Staatsdiener je nach Rang zwischen 250,– – 2400,– DM (ohne Korruption) im Monat erwarten. Egal, ob die Staatsdiener zur allgemeinen Verwaltung, zum Dienstleistungsbereich (Lehrer, Gesundheitswesen, Landwirtschaftsberater) oder zum Erzwingungsstab (Militär, Gendarmerie, Polizei) gehören, seit der neuesten Regierung sind sie eindeutig alle als „Bürokraten" zusammenzufassen. In der einen oder anderen Weise sind sie nämlich alle an der Befehlsgewalt beteiligt.

Früher wurden die Bürokraten von imperialistischen Mächten und ausländischem Handelskapital bevormundet. In diesem Rahmen aber waren sie nach diesen die eigentlichen Herren, denn es gab weder Bestand an nennenswertem Großgrundbesitz noch ein Industriekapital, daß ihnen diese Position hätte streitig machen können. Ihre sozioökonomische Position – nämlich die Steuern und die Korruption als Einkommensquelle – eint diese Klasse. Sie wurde sich im Zuge der „Revolution" seit 1972 dieser Basis zunehmend bewußt.

Abgesehen von der Korruption läßt sich diese Einkommensquelle weiter aufgliedern: für die Territorialverwaltung und die lokalen Instanzen sind die direkten Kopfsteuern am wichtigsten. Sie sind direkt für die entsprechenden Budgets bestimmt. Die Kopfsteuern werden fast ausschließlich von den Bauern aufgebracht. Für die mittleren und oberen Schichten der Bürokratie sind die Kopfsteuern weniger wichtig; diese Schichten werden aus dem Nationalbudget finanziert. Dort überwiegen auf der Einnahmenseite die Steuern aus dem Export landwirtschaftlicher Produkte und vor allem die Importsteuern (z.B. für Autos, Fahrräder, Stoffe, importierte Lebensmittel). Die Importsteuern werden vor allem von der städtischen Bevölkerung aufgebracht. Damit ist aber noch nichts über den eigentlichen Ursprung dieser abgeschöpften Werte gesagt. Außer dem, was die Bürokratie selbst einbringt, stammt nämlich der größere Teil des wertmäßigen Inputs in die urbane Ökonomie wieder aus der Agrarproduktion, da ja – wie schon erwähnt – keine nennenswerte Industrie besteht. So fußt also der (relative) Reichtum der bürokratischen Klasse auf der direkten oder indirekten Ausbeutung der Landbevölkerung und ihrer Arbeit.

Eine Einkommensquelle bleibt dabei aber noch im Dunkeln: die „Entwicklungshilfe" in Form von technischer Hilfe und von Budgethilfe (vor allem aus Frankreich). Während die technische Hilfe vor allem den Spitzen der Verwaltung eine Möglichkeit zur Bereicherung an den einzelnen Entwicklungshilfesprojekten bietet, dient die Budgethilfe vor allem dazu, die regelmäßige Auszahlung der Gehälter für die zentrale Verwaltung zu gewährleisten. Auch 1976 gab Frankreich wieder einen Zuschuß zum Nationalbudget; wie groß dieser Betrag aber war, blieb wie immer im Dunkeln.

2. Die Krise des Staatsapparates

Die Beamtenschaft expandierte seit der Unabhängigkeit kontinuierlich. Diese Expansion war weniger Folge einer florierenden Ökonomie (woher auch), als vielmehr Produkt des legitimationsstiftenden Bildungswesens und der Attraktivität der parasitären Positionen, die dieser Apparat anzubieten hatte. Die Expansion war dabei – wie auch in anderen Ländern der Dritten Welt – vor allem horizontal (= mehr Beamte) und weniger vertikal (= mehr Gehalt für die Beamten). Dieser Expansion stand aber eine relative Stagnation der Agrarproduktion gegenüber. Und aus dieser stammt ja ein wesentlicher Teil der bürokratischen Einkommen. Durch stärkeren Druck auf die Bauern konnte man eine Zeitlang mehr von ihnen abpressen, bis auch dort die Erträge bei höherem Druck sanken. „Auf einmal" schlugen Leid und Wohlergehen der Bauern auf die Bürokratie durch und wurden für sie interessant.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Staatsapparat nicht schlechthin an jeder Steigerung des Bruttoertrags der Agrarproduktion interessiert ist: hohe Lebensmittelpreise würden den Lebensstandard der Stadtbevölkerung senken, dieser Weg, die Ertragslage der bäuerlichen Produktion zu verbessern, mußte und muß also ausscheiden. (Im Gegenteil: der Staat versuchte immer wieder eine Steigerung der Agrarpreise für Nahrungsmittel zu bremsen oder zu verhindern.)

3. Die Lösung: der beninsche Sozialismus

In dieser für die Bürokratie schwierigen Situation boten sich vor allem zwei Lösungen an, die auch beide um 1972 zu aktuellen Themen wurden:

1. Die militär-bürokratische Klasse eignet sich selbst auch den Teil des Mehrprodukts aus der agrarischen Produktion an, den sich bisher die privatkapitalistischen Agrar-Exporteure reservieren konnten.
2. Die landwirtschaftliche Produktion – genauer gesagt: die landwirtschaftliche Warenproduktion – wird gefördert und entwickelt.

Beides wurde nach dem Militärputsch in Angriff genommen: die Exportfirmen wurden zu staatskapitalistischen Betrie-

Roque Dalton:

O. A. S.

der präsident meines landes
schimpft sich heutzutage oberst Fidel Sanchez Hernandez
aber general Somoza, präsident von Nicaragua
ist auch präsident meines landes.
und general Stroessner, der präsident von Paraguay
ist auch ein bißchen präsident meines landes
aber weniger als der präsident von Honduras
will sagen: Lopez Arellano, und mehr als der präsident
von Haiti, monsieur Duvalier.
und der präsident der Vereinigten Staaten
ist mehr präsident meines landes
als der präsident meines landes
der wie ich schon sagte, sich heutzutage
oberst Fidel Sanchez Hernandez schimpft.

Übersetzung ins Deutsche: P.P. Zahl

Roque Dalton ist ein Dichter aus El Salvador. Lange Jahre nahm er an der revolutionären Bewegung seines Landes teil. Als er im Knast war, zerstörte ein Erdbeben dessen Wände, und so konnte er dem CIA entgehen. Gegenwärtig lebt er in Kuba. Das vorliegende Gedicht ist dem Lyrikband „kneipe und andere gedichte" entnommen, der den Preis Casa de las Americas erhielt.

ben verwandelt, wobei sinnvollerweise auch gleich Banken, große Transportunternehmen und andere damit verbundene Branchen verstaatlicht wurden.
Außerdem wurde geplant, durch mehr Landwirtschaftsberater, agrarisch orientierte Volksschulen, ein besseres ländliches Verkehrswesen, kollektive Farmen von Dörfern und Bezirken, Musterfelder, Vorratshaltung usw. die Landwirtschaft zu fördern. Das erste Maßnahmenbündel (Verstaatlichungen) war sehr erfolgreich; das zweite zeigt bis jetzt nur wenige greifbare Erfolge.
Die bisherigen Schritte der beninischen Version des „Marxismus-Leninismus" lassen sich als Emanzipation der militär-bürokratischen Klasse bezeichnen. Diese Klasse hat sich von der Bevormundung durch die Kompradorenbourgeoisie (1) und die imperialistischen Mächte befreit und sich jetzt im nationalen Rahmen ein Monopol der Ausbeutung geschaffen. Dies schließt aber nicht aus, daß sie im industriellen Bereich mit ausländischen Kapitalen zusammenarbeitet. Die Ausbeutung im internationalen Zusammenhang ist damit also nicht unbedingt aufgehoben.
Die Ausschaltung der Kompradoren implizierte auch die Ausschaltung der alten Garden von neokolonialen Politikern bis herunter auf die Dorfebene.
Um diese Politiker ihrer Basis in den Dörfern zu berauben, war eine Reihe on – z.T. durchaus progressiven – Reformen notwendig:

1. Der mit Geldverleih (Wucherer) verbundene dörfliche Kleinhandel mußte unterbunden werden. Dies wird seit Herbst 1976 unternommen, wobei man inkauf nimmt, damit gleichzeitig ein relativ wirksames System der Nahrungsmittelversorgung zu zerstören.
2. Die traditionellen Herrscher, die von den Franzosen in reformierten Rollen als Instrumente der indirekten Herrschaft eingesetzt worden waren, wurden ihrer Befugnisse in den Gerichtsverfaren nach „traditionellem" Recht enthoben („antifeudaler Kmpf/Lutte antifeodale").
3. Diese jetzt vertriebene Generation von Politikern stützte sich auf dem Land besonders auf Repressionsformen, die aus der traditionellen Religion überkommen sind, wie die vodun-Religion mit ihren Initiationsklöstern. In die Initiationsklöster wurden besonders aufsässige junge Leute hineingezwungen. Von daher überrascht es nicht, daß die neue Regierung besonderes Gewicht auf die Unterdrückung dieser und anderer Institutionen der traditionellen Religion legte.

Mit der Ausschaltung der politischen Apparate der traditionellen Parteien und mit der Bekämpfung der Strukturen, auf die sie sich stützten, hat die Regierung aber auch einen Repressionsmechanismus aus der Hand gegeben, der fein verästelt und angepaßt bis an die Wurzeln der dörflichen Gesellschaft reichte. Da aber der ausbeuterische Charakter des Systems erhalten blieb, muß heute entsprechend die zentral organisierte außerökonomische Gewalt des Staates um so stärker eingesetzt werden. Dieses Phänomen der verstärkten offenen Gewaltausübung des Staates springt vor allem den einheimischen Oppositionellen in die Augen.
Ob man deshalb dieses System allerdings schon als Faschismus bezeichnen soll, wie es einige der oppoistionellen Marxisten machen, erscheint fraglich. Was man aber eindeutig feststellen kann, ist eine Zentralisierung der verschiedenen Repressionsformen. Sicher ist, daß sich die politischen Verkehrsformen brutalisiert haben. Seit der Präsident seinen Hauptkonkurrenten, den damaligen Innenminister Aikpe durch sine Leibgarde ermorden ließ (1975),

1) Der Teil der Bourgeoisie, der von ausländischem Kapital ausgehalten wird, und seinen Plänen und Absichten bedingungslos gehorscht.

Den Gottesdienstbesuchern gratis zur Information: Hohe staatsmännische Kunst in Südafrika

Daß es seit dem Ende des Kolonialismus in Afrika böse Unruhen gibt und daß dort seitdem viel mehr Menschen starben als in der ganzen langen Kolonialzeit, wird bei den so gern herausgestellten Kolonialgreueln nur zu oft verschwiegen. Zudem werden aber Nachrichten vom weißen Polizei-Einsatz in Südafrika groß herausgestellt, wo Polizisten gegen mordende und plündernde „Freiheitskämpfer" vorgehen, weil das eben dem gelenkten Durchschnittsdenken des Durchschnittsbürgers, dem ja eingetrichtert ist, daß Gleichberechtigung auch Moral ist, nicht paßt und dem das Begreifen einfach dafür fehlt, daß hier im südlichen Afrika eine hohe staatsmännische Kunst verwirklicht werden soll, getrennte, also völlig verschiedenartige Entwicklungen zu einer vernünftigen Zusammenarbeit hinzuführen.

Aus: Kasseler Sonntagsblatt, 3.7.77, S. 7

muß jeder ehrgeizige Minister um sein Leben fürchten. Aus den „Lagern für ideologische Erziehung", in denen vor allem geprügelt wird, wurde (erst) e i n Mord gesichert bekannt. Andererseits wurde auch eine Reihe von als oppositionell bekannten Marxisten mit verantwortungsvollen Positionen betraut. Dies ist nach Meinung der Betroffenen vor allem auf den Mangel an zuverlässigen nicht-neokolonialistischen Kadern zurückzuführen.
Die stärkere außerökonomische Gewalt des Staates bietet langfristig die Möglichkeit zur direkten Unterwerfung der agrarischen Produzenten. In den kollektiven Feldern der Dörfern, Bezirke usw., über deren Produkt der Staat verfügt, ist schon der Keim für eine kollektive Form der staatskapitalistischen Agrarproduktion angelegt.
Durch alle diese Maßnahmen wird aber nichts an dem Ausbeutungscharakter des Bauern-Staat-Verhältnisses geändert. Das Verhältnis wird nur strukturell vereinfacht. Der „Marxismus-Leninismus" (1) ist für die Herrschenden ein beliebiges ideologisches Versatzstück. Deshalb konnte der große Kampfgenosse Kerekou noch im Dezember 1973 in einer durchs Radio übertragenen Rede in Quidah den Kommunismus als Import französischer Prostituierter bezeichnen, um dann schon 1975 Mao Tse-tung, Breschnyev und vor allem Kim-il-sung als s e i n e Genossen zu bezeichnen.

4. „Freund oder Feind" des Imperialismus?

An Benin zeigt sich sehr deutlich, daß die von den Linken bei uns so gerne aufgelegten Schablonen für die Beurteilung von sozialistischen oder nicht-sozialistischen Staaten der Dritten Welt nicht passen. „Marxismus-Leninismus" als Staatsideologie kann noch nichts über die tatsächliche Politik einer Regierung aussagen. In Benin dient er als ideologische Legitimation zur Kontrolle der Massen und einer immer stärker werdenden Repression.
In der Linken schwankt die Einschätzung von Benin zwischen zwei Extremen: von manchen wird es als Bollwerk des Antiimperialismus und als fortschrittliche Kraft auf dem Weg zum Sozialismus betrachtet und von andern als besonders raffiniert getarntes Marionettenregime des Imperialismus bezeichnet. Die beiden ersten Aussagen werden dabei meist voneinander abgeleitet nach der Formel: Antiimperialismus = Sozialismus. So veröffentlichte die angesehene „Afrique Asie" im November 1976 (No. 123)

1) Dieser Begriff und das entsprechende Dogma stammen von Stalin.

einen äußerst unkritischen Bericht über die sozialistische Orientierung und Aufbauarbeit Benins. In Manchen Artikeln der Vereinigung der afrikanischen Studenten in Frankreich (FIANF) wird andererseits die heutige Regierung schlicht als ein Bündel von Marionetten des amerikanischen Imperialismus bezeichnet. Wie oberflächlich die Gleichsetzung von antiimperialistischer Außenpolitik mit revolutionärer Innenpolitik ist, haben wir oben bereits aufgezeigt. Dies läßt sich auch noch an Beispielen aus anderen Ländern verdeutlichen:

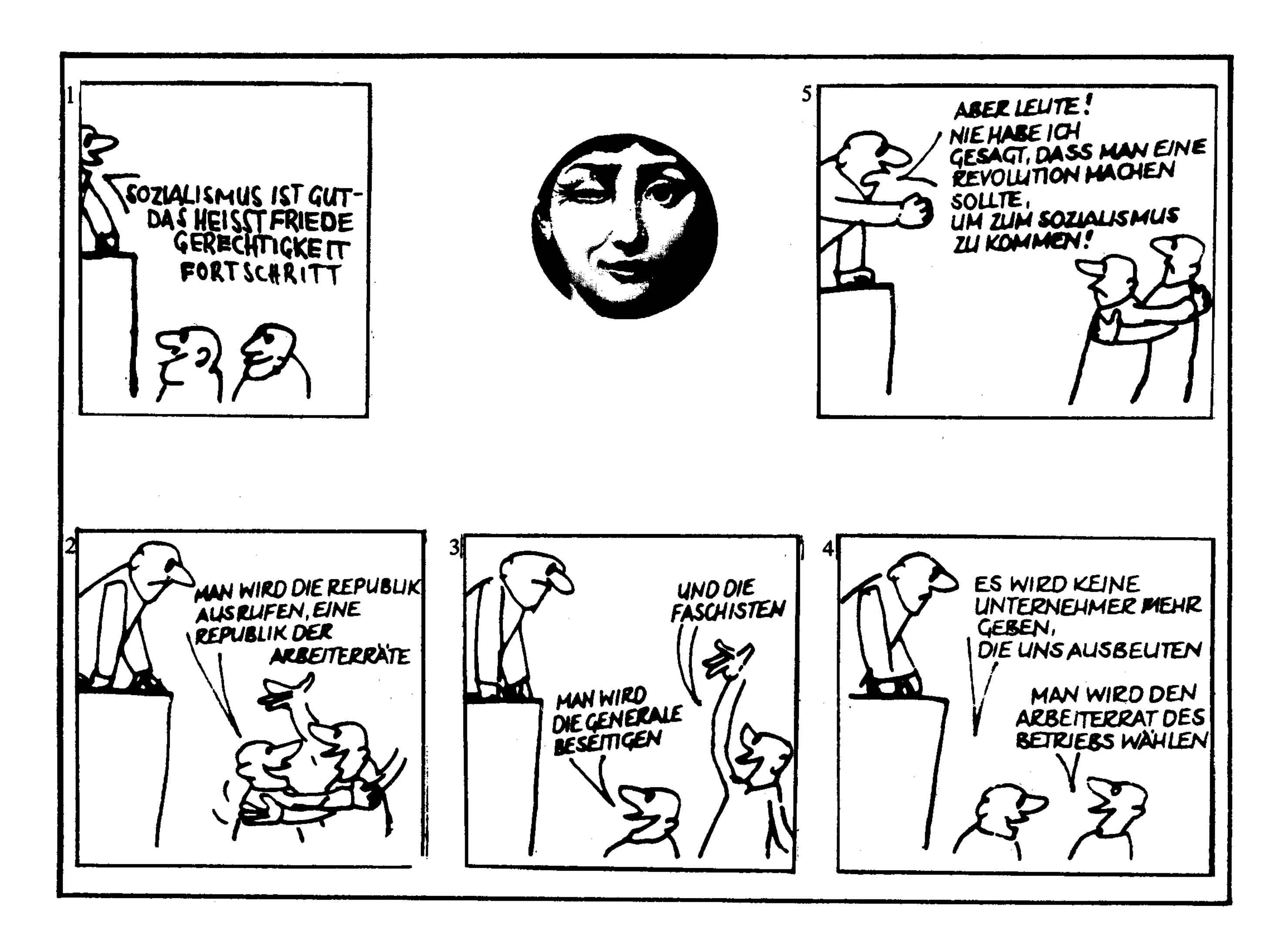
- Nicht jeder radikale Freund des Imperialismus ist auch dessen bester Statthalter. Z.B. mußte die eindeutig pro-us-amerikanische griechische Junta wegen Ineffizienz einem für die USA weniger leicht manipulierbaren parlamentarischen System weichen (und das auf US-Pression hin).
- Nicht jeder scharfe Kritiker des Imperialismus ist auch sein Erzfeind. Z.B. steht Guinea zwar immer in der vordersten Front der antiimperialistischen Resolutionen in der UNO, aber die Ausbeutung seiner Aluminiumlagerstätten (und der Arbeiter!) ist ein erstklassiges Geschäft für die einschlägigen US-Firmen.
- Nicht alles, was dem Imperialismus schadet, nutzt auch den ausgebeuteten Massen. Wenn die französischen Agrarexporteure in Benin enteignet wurden, so wurde ihnen damit sicher eine wichtige Profitbasis entzogen; das Los der ausgebeuteten Bauern in Benin hat sich damit aber noch nicht verbessert.
- Nicht jede Reform im Interesse der Massen impliziert schon, daß die unterdrückten Klassen auch die Macht haben. Nehmen wir ein Beispiel aus Deutschland: Streikrecht und Sozialversicherung entsprechen sicher den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und nicht umsonst versuchen die Kapitalisten immer wieder, diese Rechte einzuschränken. Aber deswegen können nur Demagogen sagen, in Deutschland herrsche der Sozialismus.

Leider übersehen wir sehr oft, wie viele positive Elemente in machen „sozialistischen" Staaten der Dritten Welt, entweder von den Massen erkämpft oder ihnen konzidiert wurden, um Unruhe aufzufangen. Wir sollten uns hüten, in solchen Reformen immer nur „rafinierte Manöver des Imperialismus" zu sehen. Denn auch ein Imperialist muß Kräfteverhältnisse berücksichtigen.

Die daraus resultierende Zwieschlächtigkeit der politischen Verhältnisse finden wir gerade auch in Benin: hier sehen wir neben verstärkter Repression, verstärkter Ausbeutung der bäuerlichen Produktion und neben Sicherung der Privilegien der Offiziere andererseits auch Alphabetisationskampagnen, Schulreform, Verbesserung des Verkehrswesens auf dem Lande und Kritik religiöser Institutionen.

All solche Reformen und fortschrittliche (zukunftsweisende) Strukturelemente sind Ausdruck der politischen Verhältnisse; sie müssen nicht bedeuten, daß die Arbeiter und Bauern die Macht schon selbst demokratisch verwalten würden. Und das erst wäre Sozialismus.

Projektgruppe Westafrika



SÜDAFRIKA – BRD

Waffengeschäfte und nukleare Zusammenarbeit

Entgegnung zu einem Memorandum

Am 28. Januar 1977 verteilte der Leiter des Afrika-Referats der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Helmut Müller an neun Journalisten, die er am Abend vorher eingeladen hatte, ein "Memorandum" der Bundesregierung (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe). Es trägt weder Titel, Absender, Verfasser noch Unterschrift. Die Übersetzung dieses Papiers ist von der Bundesregierung der Organisation für Afrikanische Einheit in Addis Abeba sowie zusammen mit einer Verbalnote Botschaftern afrikanischer Staaten in der Bundesrepublik zugeleitet worden. Es wurde ebenfalls entwicklungspolitischen Organisationen wie z.B. "Eirene", Neuwied, vom Bundespresseamt übergeben.
In diesem Memorandum nimmt die Bundesregierung Stellung zu dem *"Vorwurf... sie arbeite mit der Republik Südafrika auf nuklearem und militärischem Gebiet eng zusammen"* (Memorandum Seite 1). Sie sagt, diese Vorwürfe entstammten *"offenbar ... stets der gleichen Quelle..."* (Memorandum, Seite 4). Ohne daß in dem Memorandum die Quelle genannt wird, richtet es sich nachweislich gegen die Pressemitteilung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) vom 12. November 1976 (vgl. Informationsdienst südliches afrika 5/76, S. 36)

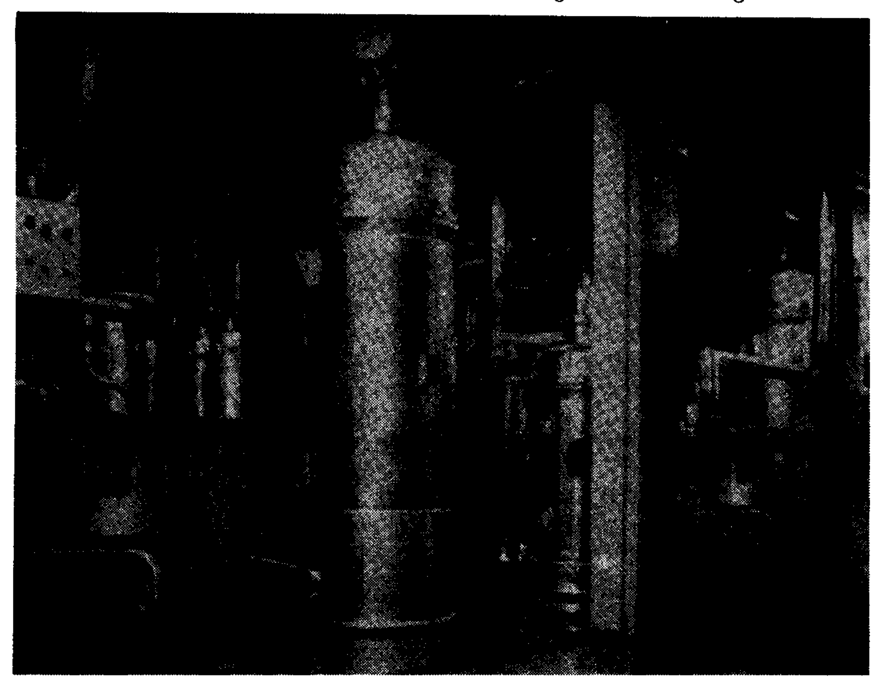
Vorwürfe der Bundesregierung gegen AAB-Pressemitteilung

Die Bundesregierung behauptet, *"daß die erhobenen Anschuldigungen unbegegründet"* seien (Memorandum, Seite 1). Sie würden *"von interessierter Seite"* erhoben, um *"die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung zu diffamieren"* (Seite 1). *"Dieses Vorgehen stellt einen Versuch bewußter Täuschung dar .. Damit wird gerade den afrikanischen Ländern ein schlechter Dienst erwiesen."* (Seite 9). *"... bewußte Verdrehung der Tatsachen"* (Seite 10) *"... schrecken die Autoren solcher Vorwürfe nicht davor zurück, mit falschen Zitaten zu arbeiten."* (Seite 10) *"Der Vorwurf ... ist absurd"* (Seite 11) *"... Vorwurf mit einem falschen Zitat belegt."* (Seite 11) *"... Verdrehung entscheidender Tatsachen"* (Seite 12).

Vorgeschichte der Dementis und Vorwürfe der Bundesregierung

Am 25. Oktober 1974 verschickte das damalige Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mocambique e.V. eine Pressemitteilung mit sechs Beispielen von Lieferungen militärischer Güter aus der Bundesrepublik für Südafrika. Am 29. Oktober 1974 sagte UN-Botschafter von Wechmar vor der UN-Vollversammlung: *"Die Bundesrepublik Deutschland hält sich strikt an die Resolutionen des Sicherheitsrats und liefert keine Waffen oder andere militärische Ausrüstung an Südafrika. Wer das Gegenteil behauptet, sagt nicht die Wahrheit, sei es unbeabsichtigt oder sogar bewußt."* Das Angola-Komitee fragte ihn daraufhin am 7. November 1974 und – wegen ausbleibender Antwort – am 8. Januar 1975, ob er angesichts der belegten Lieferungen diesen Vorwurf aufrechterhalte. Von Wechmar hat bis heute darauf nicht geantwortet, obwohl am 23. Februar 1977 der Bundespräsident gebeten wurde, ihn zu einer Antwort zu veranlassen.

Am 5. November 1974 zitierte die "Zambia Daily Mail" den Ersten Sekretär der Deutschen Botschaft in Sambia, die von einem namentlich genannten AAB-Mitglied berichteten Tatsachen über die militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika seien nur Behauptungen und das Werk von Leuten, die die Beziehungen Deutschlands mit Schwarzafrika unterminieren wollten. Der Strafantrag des betreffenden AAB-Mitglieds gegen den Diplomaten *"wegen übler Nachrede in der Öffentlichkeit"* wurde am 25. Februar 1975 von der Staatsanwaltschaft Bonn abgewiesen: *"Die Erhebung der öffentlichen Klage wegen der behaupteten Straftat liegt nicht im öffentlichen Interesse."* (8Js 62/75) Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen diesen Bescheid wurde vom Generalstaatsanwalt in Köln am 26. Mai 1975 als unbegründet zurückgewiesen.



Urananreicherungsanlage in Valindaba.

Am 21. November 1974 schrieb der Staatsminister im Auswärtigen Amt Hans-Jürgen Wischnewski: *"Die Bundesrepublik liefert keinerlei Waffen oder sonstiges militärisches Material nach Südafrika. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit."* Auf die Frage des Angola-Komitees vom 3. Januar 1975, welche der genannten Tatsachen unwahr sei, hat Wischnewski bis heute nicht geantwortet.

In einer Antwort des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium Martin Grüner vom 9. Dezember 1976 auf eine Anfrage des MdB Dr. Uwe Holtz, SPD, wird keine der von der AAB berichteten Lieferungen bestritten. Grüner schreibt lediglich: *"... soweit Exporte aus der Bundesrepublik Deutschland angesprochen werden, betreffen diese ausnahmslos Waren, die nicht unter das Rüstungsembargo der Südafrika-Resolutionen des Sicherheitsrats der UN fallen..."*

Von der Bundesregierung unbestrittene Lieferungen und Formen der militärischen Zusammenarbeit

Obwohl die Bundesregierung in dem Memorandum ankündigte, "... *spezifische Beschuldigungen ... im einzelnen zu widerlegen*" (Seite 1) und auf Seite 4 bekräftigt: "*Im einzelnen nimmt die Bundesregierung zu den ... offenbar stets auf der gleichen Quelle beruhenden Vorwürfen wie folgt Stellung ...*", nimmt sie zum Inhalt folgender Berichte der AAB-Pressemitteilung vom 12. November 1976 überhaupt keine Stellung:

"1) *Die staatlich kontrollierte Firma Steag hat ... vertraglich vom 1. April 1974 bis zum 31. März 1976 an der Konstruktion der Anlage in Valindaba, Südafrika, gearbeitet. Unter anderem liefert die Firma MAN, Nürnberg, dafür die wichtigen Kompressoren. ... Das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versieht die MAN-Lieferungen mit NATO-Kodifizierungsnummern.*

3) *... (vier Korvetten) werden mit Exocet-Raketen ausgerüstet, die unter Zulieferung von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, München, hergestellt werden.*

4) *... (vier Schnellboote) ... mit Spezialmotoren der MTU, Friedrichshafen, für Südafrika ausgerüstet.*

6) *... (Milan-Panzerabwehrraketen), die zu 50 % von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, München, hergestellt werden, an Südafrika geliefert.*

11) *... (neun Transall-Militärtransportflugzeuge) an Südafrika ... wurden zu zwei Dritteln von den deutschen Firmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm und VFW hergestellt.*"

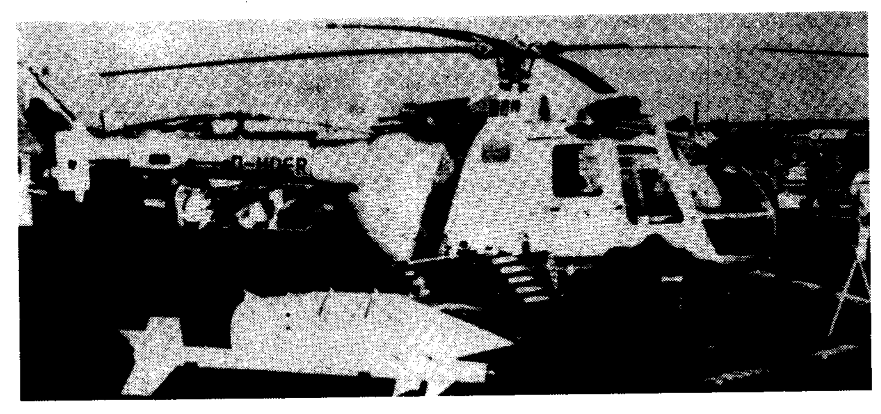
Diese Lieferungen können also als von der Bundesregierung nicht bestritten bezeichnet werden. Schon sie allein rechtfertigen die Aussage, daß die Bundesregierung zur konventionell-militärischen und nuklear-militärischen Aufrüstung der Regierung Südafrikas beiträgt.

Die Bundesregierung hat jedoch auch folgende Tatsachen nicht angezweifelt: "*Abgesehen von diesen Lieferungen ... fördert das Bundesverteidigungsministerium die Ausbildung südafrikanischer Kriegswissenschaftler in der Bundesrepublik. Offiziell wurden Ausbildungsbesuche z.B. bei AEG-Telefunken, Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Siemens, Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft und Raumfahrt, Eltro, Vakuumschmelze Hanau und Nukem arrangiert.*"

Zwar lehnte die Bundesregieruung pauschal ihre Eingriffsmöglichkeiten ab, aber sie dementierte auch folgendes nicht:

"*Deutsche Wissenschaftler arbeiten mit Wissen und Förderung des Auswärtigen Amtes in der südafrikanischen Kriegsindustrie in führender Position: z.B. Dr. A. Engelter (Marineforschung) und Dr. H.G. Denkhaus, Leiter der Metallurgischen Abteilung des staatlichen, für die Kriegsforschung in Südafrika zuständigen "Council for Scientific and Industrial Research" (C.S.I.R.). Der Letztere erhält seit zwölf Jahren durch die Deutsche Botschaft gesetzwidrig weiterhin die deutsche Staatsbürgerschaft, obwohl er aufgrund seiner Position die südafrikanische Staatsbürgerschaft übernehmen musste.*" – Auf die Frage: "*Welches sind die Gründe der Bundesregierung, Deutschen, die die südafrikanische Staatsbürgerschaft angenommen haben und in der Kriegsforschung tätig sind, die deutsche Staatsbürgerschaft zu belassen, wie das u.a. bei Dr. E. G. Denkhaus, Lynwood bei Pretoria seit zwölf Jahren durch die Deutsche Botschaft in Südafrika geschehen ist?*" ließ Herr Außenminister Genscher am 8. März 1977 antworten: "*. . . Ein Herr Dr. H. G. Denkhaus ist dem Auswärtigen Amt nicht bekannt. Es sieht auch keine Veranlassung, Auskünfte über dessen staatsangehörigkeitsrechtlichen Verhältnisse einzuziehen.*" (AA 510-512 SUA)

Ebenfalls unwidersprochen bleibt: "*Das Bundesverteidigungsministerium hilft bei der Vermittlung von deutschen Soldaten in die südafrikanische Armee. Z.B. der Luftwaffenobergefreite Wahl wurde vermittelt.*"



"Militär"-Hubschrauber BO 105

reich, Italien und Israel rangieren absolut bzw. relativ vor der Bundesrepublik als Kriegsmateriallieferanten.

Zu den einzelnen Dementis der Bundesregierung ist folgendes zu sagen:

Urananreicherung

Wir sind davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der African National Congress of South Africa in Kürze zu dem Dementi der Bundesregierung zu ihrer nuklearen Zusammenarbeit mit Pretoria mit weiteren Beweisen Stellung nehmen wird. Daher soll dieser wohl wichtigste Bestandteil der Aufrüstung der Apartheid-Regierung durch die Bundesrepublik hier nur kurz berührt werden.

Die Bundesrepublik hat folgende Feststellung in der AAB-Pressemitteilung nicht bestritten: "*Die staatlich kontrollierte Firma Steag, Essen . . . hat vertraglich vom 1. April 1974 bis zum 31. März 1976 an der Konstruktion der Anlage (zur Urananreicherung) in Valindaba, Südafrika, gearbeitet. Unter anderem liefert die Firma MAN, Nürnberg, dafür die wichtigen Kompressoren. . . .*

Das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versieht die MAN-Lieferung mit NATO-Kodifizierungsnummern."

Von der Bundesregierung bestrittene Maßnahmen

Obwohl die meisten Fachbücher und -Zeitschriften (z.B. SIPRI Yearbook 1976, The Military Balance 1976-1977, SIPRI, Southern Africa, 1976, Wehrkunde 5/75) eine deutsche Beteiligung bei der Aufrüstung der Regierung Südafrikas anführen, behauptet die Bundesregierung: "*Die Bundesregierung hat in der Folge ihre Embargo-Politik (gegenüber Südafrika) strikt eingehalten. Sie verfolgt seit jeher die weitaus restriktivste Rüstungsexport-Politik aller Staaten, die Rüstungsmaterial herstellen.*" (Memorandum, Seite 3). Sie bleibt den Beweis für diese Behauptung schuldig. Und es ist sicherlich unwahr, daß die Apartheid-Regierung noch stärker als aus der Bundesrepublik mit Rüstungsmaterial z.B. aus der UDSSR, Schweden, DDR, Dänemark, Niederlande, CSSR, Norwegen oder Kanada ausgerüstet ist. Lediglich Frankreich, Italien und Israel ...

Inzwischen läuft bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg ein Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der Firma MAN wegen des Exports der Kompressoren (Az 54/Js 5156/77) (vgl. südliches afrika Nr. 1/2/77, S. 61).

In der Dokumentation des African National Congress of South Africa, "Nukleare Zusammenarbeit der Bundesrepublik und Südafrika", ist bewiesen, daß Südafrikas regierungseigene Uranium Enrichment Corporation (UCOR) mit Hilfe der Gesellschaft für Kernforschung (GfK), Karlsruhe, und der Steag AG, Essen, das deutsche Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung übernommen hat.

Obwohl die Bundesregierung behauptet, Südafrika wende ein eigenes und nicht das deutsche Trenndüsenverfahren an, schreibt sie im nächsten Absatz der englischen Fassung des Memorandums unter 1.b (Seite 4): "*Das deutsche Trenndüsenver-*

fahren zur Urananreicherung ist für die Herstellung von waffengrädigem Material nicht geeignet." Dieser Satz gibt zur Verwunderung Anlaß, falls seit der vergleichenden Studie zwischen UCOR und Steag 1973 tatsächlich nichts mehr geschehen ist. Angesichts der Rolle der Steag und der Bundesregierung ist die Behauptung eine ungeheuerliche Falschaussage. Denn jede Urananreicherung ist für waffengrädige Urananreicherung ebenso geeignet wie für reaktorgrädige.

Inzwischen hat das Auswärtige Amt auf die Frage nach der Begründung für seine Behauptung mitgeteilt, daß *"die hierfür notwendige Hochanreicherung . . . nur durch die Hintereinanderschaltung vieler Trennstufen durchgeführt werden"* könne (Az 312-321,00 SUA/SB vom 7. März 1977). Der Chef der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO), Rometsch, hat weiterhin festgestellt, daß durch Wiederholung der Anreicherung in einer aus wenigen Trennstufen bestehenden Trenndüsen-Anlage ebenso Atomwaffenmaterial hergestellt werden kann (Der Spiegel, Nr. 52 vom 20. Dezember 1976, S. 34). Die Aussage der Bundesregierung ist also eine Unwahrheit, denn durch Hintereinanderschaltung und/oder recycling kann Pretoria Bombenmaterial erhalten.

Warum versucht die Bundesregierung nach sechzehn Monaten Erörterung des Themas die atomaren Möglichkeiten der Rassisten zu vertuschen? Wie es möglicherweise tatsächlich aussieht, meldete das amerikanische Magazin "Newsweek" am 21. Februar 1977. Es wies darauf hin, daß Südafrika bald mehr Uran-Brennstoff erzeugen werde als es für die eigene Atomenergie-Industrie benötige und daß es genug angereichertes Uran übrig behalte, um mehrere dutzend Atombomben pro Jahr herzustellen.

Zusammenarbeit von Wissenschaftlern

Die Behauptung, es gebe zwischen der Bundesrepublik und Südafrika keine Vereinbarung über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit (Memorandum, Seite 6) ist unwahr. Das seit 1962 bestehende und 1977 zu erneuernde Kulturabkommen zwischen Bonn und Pretoria sagt in Artikel 1: *"Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, (a) den Austausch von Hochschullehrern, Dozenten, Lehrern, Forschern, Studenten, Journalisten und anderen empfohlenen Personen; (b) die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und Zusammenschlüssen beider Länder zu erleichtern".* Die Ausbildung südafrikanischer Atomwissenschaftler in der Bundesrepublik geschieht auf der Grundlage dieses Abkommens.

Panzer-Konstruktion

In einer Debatte über den Verteidigungshaushalt (September 74) sagte Pretorias Verteidigungsminister, Südafrika werde bald mit dem Bau eigener Panzer beginnen (The Star, S. A. 21. 9. 74). Doch zur Zeit kann Südafrika noch nicht einmal einen eigenen Traktor bauen.

SIPRI Yearbook 1976 berichtet auf S. 246, daß die Lizenzproduktion eines 'Main Battle Tank" (1-fach) in Südafrika nach deutscher Lizenz seit 1975 verhandelt wird. Nach privaten Informationen der AAB werden die Panzerwannen von der Firma A. Jung, Betzdorf geliefert. Das Getriebe soll an der Universität Bochum unter Tarnungs-Titeln im Institut von Prof. Jarchow entwickelt werden. Bereits seit Januar 1976 sind im Hafen von Durban von Thyssen-Rheinstahl gefertigte Teile für den Panzer entladen worden, die als "Erdbewegungs"- bzw. "Bergwerks"-ausrüstungen deklariert wurden.

Radar-Überwachungsanlage "Advokaat"

Bonns Behauptung, bei den Lieferungen für das Projekt Advokaat handle es sich um nichtmilitärische Güter, die daher keine militärische Zusammenarbeit bildeten, ist unwahr. Das offizielle Organ der Südafrikanischen Botschaft, "Journal Südafrika", (4/73) beschreibt das Silvermine-Advokaat Projekt so:

"Neues Hauptquartier der Marine. Tief unter den Felsen der Kap-Halbinsel in Silvermine bei Kapstadt liegt das neue Hauptquartier der südafrikanischen Marine, das kürzlich von Premierminister B. J. Vorster im Beisein zahlreicher ausländischer Gäste seiner Bestimmung übergeben wurde. Die Baukosten betrugen rd. 65 Mio. DM. Ein wesentlicher Teil der Anlage ist ein mit den modernsten technischen Einrichtungen ausgestattetes Kommunikationszentrum, mit dessen Hilfe in Zukunft unter anderem über die Sicherheit Südafrikas von See her gewacht wird. Es ist das einzige Kommunikationssystem seiner Art auf der südlichen Hemisphäre. Mit einem komplizierten Computersystem und modernen Wiedergabetechniken werden Informationen verarbeitet und gespeichert und stehen bei Bedarf sofort zur Verfügung. Diese Möglichkeiten, zusammen mit den Fernmelde-Einrichtungen, versetzen den Führungsstab in die Lage, eine ständige Kontrolle über die südafrikanischen Gewässer auszuüben. Der Einzugsbereich der Station umfaßt den Atlantischen Ozean vom Südpol bis nach Nordafrika und Südamerika und den gesamten Indischen Ozean . . . Die Station unterhält ständigen Kontakt mit den südafrikanischen Häfen und der südafrikanischen Flotte, aber auch mit ausländischen Flotteneinheiten und der Handelsschiffahrt. Feste Funkverbindungen bestehen mit Whitehall, Mauritius, Luanda, Lourenco Marques, Buenos Aires, Dakar, Diego Suarez, San Juan und Lagos, während mit jedem anderen Punkt auf der Erde innerhalb kürzester Zeit Funkkontakt hergestellt werden kann. Durch das hochmoderne computergesteuerte Operationszentrum zusammen mit den umfangreichen Fernmeldeanlagen ist Südafrika jetzt nicht nur in der Lage, mit allen sich im genannten Bereich befindenden See- und Luftfahrtzeugen in Funkkontakt zu treten, sondern auch ständig informiert zu sein über alle Schiffsbewegungen im südlichen Atlantik und im Indischen Ozean, einschließlich denen von Unterseebooten. . . . Bei der Einweihung unterstrich Premierminister Vorster die feste Entschlossenheit Südafrikas, sich und die freie Welt nach Kräften zu verteidigen".

Nach Informationen der AAB hat der Kommandant von Simonstown, Commander Jakobus Brink, persönlich die Übernahme des Projektes in der Bundesrepublik geleitet. Er wohnte vom 5. 2. 70 bis 1. 10. 71 in Dingelsdorf (Bodensee) und leitete die Ausbildung von 25 südafrikanischen Marineangehörigen, die von AEG-Telefunken, Fachbereich Hochfrequenztechnik, Ulm sowie AEG-Konstanz geschult wurden. Der südafrikanische Militärattache, General Hamann, führte mit AEG-Telefunken u.a. vom 23. - 26. 2. 1970 in Ulm und Konstanz, am 22./23. 10. 1970 in Konstanz und am 15. 6. 1971 gemeinsam mit dem südafrikanischen General H. P. Laubscher in Konstanz Gespräche über das Projekt.

NATO-Kodifizierungssysteme

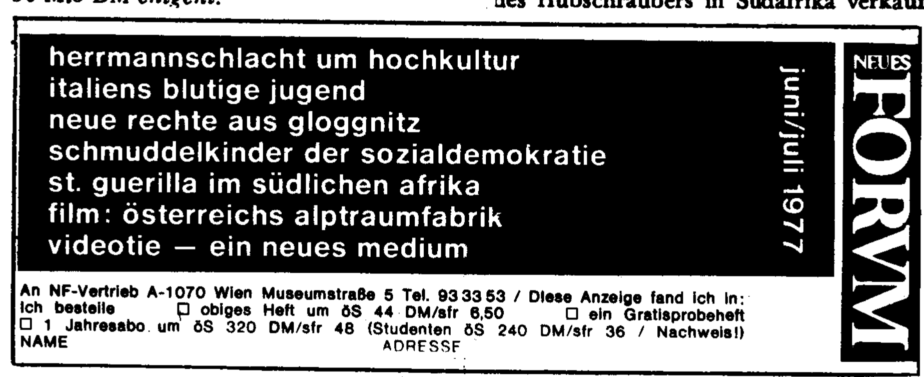
Daß das NATO-Kodifizierungssystem zivile Güter ebenso wie militärische erfaßt, (Memorandum, Seite 8) wird von der Informationszeitung des Bundesministeriums der Verteidigung, "Bundeswehr aktuell" vom 10.12.1976 wiederlegt. Demzufolge war dieses System bis Juli 76 nur der Bundeswehr vorbehalten. Erst seitdem soll es auf Bundesgrenzschutz und zivilen Selbstschutz ausgedehnt werden. Bisher wurde es außerhalb der NATO-Staaten nur für militärische Nachrichtenverbindung mit Argentinien, Neuseeland und Südafrika zur Verfügung gestellt. Es ist zwar nicht geheim, kann aber nur gehandhabt und verwertet werden von den nationalen Kodifizierungsstellen. Für Südafrika wurde es bereits seit 1970 für "Advokaat" (Radarüberwachung), "Taurus" (vier deutsche und zwei französische Korvetten), die Kompressoren von MAN für die Urananreicherungsanlage und für ein Überwachungssystem an der Nordgrenze Namibias, das verschiedene Detektorsysteme und z.B. auch den Flughafen Drumpel bei Grootfontein einschließt, zur Verfügung gestellt.

137 militärische Schwersttransporter

Im Falle der Lieferung von 137 Militär-LKWs (Memorandum, Seite 8/9) sagt die Bundesregierung die Unwahrheit und verfälscht die in der AAB-Pressemitteilung genannte Quelle.

Die schweren Militär-LKWs mit 400 PS Zugkraft, dreiachsig mit Allrad-Antrieb, wurden an die südafrikanischen Streitkräfte geliefert. Lediglich beim Export der Auflieger für den Panzertransport wurde ein Verschleierungsmanöver für richtig gehalten. Hier der wörtliche Text aus "Wehrdienst" 461/1974:

"Die Südafrikaner wollen in Deutschland Schwerlasttransporter für Panzer kaufen, haben drei Zugmaschinen im Angebot, aber keinen Auflieger. Die Streitkräfte Südafrikas liebäugeln mit 137 Fahrzeugen. Angebote für die Sattelzugmaschinen liegen von Daimler-Benz, Klöckner-Humboldt–Deutz und MAN vor. Als Auflieger möchten die Südafrikaner jenen Hänger aus der Entwicklung der Krupp-Maschinenfabrik Essen haben, den auch die Bundeswehr mit dem SLT 50-2 einführt. (Vgl. Wehrdienst 451/74). Wer nicht mitspielt, ist die Bundesregierung: Das Frankfurter Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft hat den Export des BMVg-finanzierten Aufliegers nach Südafrika mit dem Hinweis abgelehnt, daß es sich um ein für militärische Zwecke einsetzbares Fahrzeug handele, das zudem noch in ein sogenanntes Spannungsgebiet geliefert werden solle.
Krupp Vorstandsvorsitzender Mommsen ist bemüht, die Lieferung der Auflieger doch noch genehmigt zu kriegen – bisher ohne Erfolg. Schon mit Rücksicht auf UNO-Beschlüsse (Rüstungs-Embargo) nimmt die Bundesregierung das Exportverbot für die südafrikanische Union "sehr, sehr ernst". Keine Genehmigungsprobleme gibts mit den zivilen Zugmaschinen. Die KHD- und MAN-Prototypen sind seit Ende 73 in Südafrika. Die Daimler-Benz-Verkäufer verschiffen ihren (aus dem Zug 2632 der neuen Kipperklasse abgewandelten und leistungsgesteigerten) Prototyp im Mai. DB nennt die Abwandlung vorerst Schwerst-Transporter 6x6. Den Auflieger werden südafrikanische Firmen jetzt möglicherweise selber bauen. In den Bonner Genehmigungsbehörden (Außenamt, Verteidigung, Wirtschaft) wird erwartet, daß DB dabei hilft und daß der südafrikanische Eigenbau dem Bundeswehr-Auflieger verdammt ähnlich sehen wird. Das Nachsehen hätten in diesem Fall die Krupp-Maschinenfabriken, denen ein Geschäft von beinahe 30 Mio DM entgeht."



Wehrdienst ist eine offiziöse Zeitschrift, die den Kontakt zwischen Behörden des Verteidigungsministeriums und der Rüstungsindustrie herstellen soll und deren Herausgeber im Bundestagsgebäude firmiert. Sie wird nur ausgewählten Abonnenten zugestellt. Daß die Militär-LKWs geliefert wurden, wurde vom für Rüstungsexporte verantwortlichen Referenten im AA, Dr. Hecker, in einem Telefongespräch mit einem AAB-Mitglied am 1. 8. 74 bestätigt: *"Wenn schon die Industrie, d. h. Herr Mommsen, das so herausposaunt, dann habe ich keinen Grund, das abzustreiten."*

Unimog Militärfahrzeuge

Es ist ebenso unwahr, daß es keine spezifischen Unimog/Militärfahrzeuge gibt. (Memorandum, S. 10) Die vom Verteidigungsministerium finanzierte offiziöse Monatszeitschrift Wehrtechnik schreibt z.B. in ihrer Aprilnummer 1976: *" Die Militärversion des Unimog gilt seit den portugiesischen Kolonialkriegen in Angola, Mosambik und Guinea als bester kleiner Militärtransporter in Afrika."* Eine Daimler Benz Anzeige in Portugal aus der Kolonialkriegszeit weist ihn ebenfalls als "Militärfahrzeug" aus (Jornal do Exercito, März 1965, S. 3). 1973 und 1974 wurden von Daimler-Benz und P. Bauer, Sindorf ca. 2500 Spezial-LKWs an Pretorias Streitkräfte geliefert. Es sei erinnert, daß die Bundesregierung nicht die Lieferung selbst, sondern nur die militärische Qualität dieser Lieferung bestreitet.

Militärhubschrauber Bo-105

Es ist ebenso unwahr, daß keine Bo-105 Helikopter für Südafrika von Messerschmidt-Bölkow-Blohm geliefert worden sind. (Memorandum, S. 10) Hier das Original-Zitat aus der Zeitschrift "Aviation Week and Space Technology", das vom 13.3.72, S. 92 (nicht 31.2.72, S. 32, wie in der AAB-Pressemitteilung angegeben) stammt. *"Messerschmidt-Bölkow-Blohm Bo-105 Lieferungen dieses Vielzweck-Doppelrotor-Hubschraubers sind in die USA, nach Großbritannien, Südafrika und Deutschland erfolgt."*
Die Lieferung nach Südafrika wurde in der Ausgabe vom 19.3.73 S. 104 bestätigt. Am 11.3.74 S. 116 berichtete dasselbe Magazin, daß die zivile Version des Hubschraubers in Südafrika verkauft worden sei. "Aviation Week and Space Technology" erscheint im renommierten McGraw-Hill-Verlag in New York.
Es ist ebenso eine unwahre Behauptung der Bundesregierung, es gäbe keine Militärversion des Bo-105 Hubschraubers (Memorandum S. 10). In vielen Anzeigen, z.B. in Wehrtechnik 6/1976 S. 54 beschreibt MBB ihr Produkt schlicht als "der Militärhubschrauber". Die Darstellung des Hubschraubers auf der Internationalen Luftfahrtschau in Farnborough unterstreicht das. In einer schreiben die Hersteller, der Bo-105 ließe sich in 45 Minuten aus der Version "Rettungshubschrauber" in die Version "Panzerabwehrhubschrauber" umändern.
Der kürzliche Export dieses Hubschraubers nach Chile über einen Schweizer Zwischenhändler (Frankfurter Rundschau, 5.3.77) zeigt, wie die Industrie in Zusammenarbeit mit der Regierung den Export in gewisse Länder handhabt.

Fabrik für gepanzerte Fahrzeuge

Die Angabe, die Fabrik zur Herstellung gepanzerter Fahrzeuge sei aus der BRD nach Südafrika geliefert, stammt vom "Observer" (1.4.73). Demnach haben Firmen der BRD die Fabrik, in der heute gepanzerte Fahrzeuge "Eland" in französischer Lizenz hergestellt werden, ab 1966 aufgebaut.

4 Korvetten (Projekt "Taurus")

Die Lieferung dieser Schiffe ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Regierungen in Bonn, Paris, Pretoria und Lissabon ihre Zusammenarbeit vor der Öffentlichkeit zu verbergen suchen.

Anfang Dezember 1971 hatte Südafrikas Verteidigungsminister Botha angekündigt, Südafrika werde voraussichtlich sechs Korvetten von Portugal kaufen. (The Times, G.B., 11.12.71) Die "Financial Times", G.B. berichtete am 1.2.72, Südafrika lasse sechs Korvetten der "Joao Coutinho" Klasse in Portugal bauen. Bisher hätte es in Gerüchten geheißen, daß Spanien diese Kriegsschiffe bauen werde. Jedem mit dem Bau von Kriegsschiffen Vertrauten war klar, daß Portugal solche Schiffe gar nicht bauen konnte.

Damals hatte Portugal gerade sechs Schiffe der besagten "Joao Coutinho" Klasse erworben und angeblich zusätzlich kostenlos die Fertigungsunterlagen sowie die alleinigen Produktionsrechte für den Bau dieser Kriegsschiffe. (Telex 5023 Blohm & Voss an MdB Lenelotte von Bothmer (SPD), 4.6.73, Ref.: 90790; Telex Blohm & Voss an v. Bothmer vom 30.5.73) Die Hamburger Schiffswerft Blohm und Voss AG hatte die Unterlagen von 1966 bis 1969 entworfen. Diese Korvetten (= kleine Fregatten) sind für das Patroullieren in Küstengewässern konstruiert und gewöhnlich mit einem Hubschrauber ausgerüstet. Drei dieser Korvetten wurden 1970 in Hamburg für Portugal fertiggestellt und anschließend im portugiesischen Kolonialkrieg eingesetzt. Drei weitere Einheiten dieses Typs wurden 1971 auf der Bazan-Werft in Cartagena/Spanien fertiggestellt. Sie waren nach den B&V Entwürfen, mit von B&V sowie anderen deutschen Firmen gelieferten Teilen und unter Einsatz von Technikern von B&V fertiggestellt

worden. B&V fungierte dabei als Leitwerft. (Telefonische Angabe B&V, Herr Wurm am 22.10.74) Deutsche Fachblätter wie VIP (31.1.74, S.3) und "Soldat und Technik" (4/1974, S. 187) schrieben daher auch richtig, daß sechs Fregatten der "Joao Coutinho" Tonnage von Blohm & Voss an Portugal geliefert worden seien.

B&V hatte, wie oben erwähnt, mitgeteilt: *"Die technischen Unterlagen zum Bau der Korvetten sind – soweit sie von uns erarbeitet worden sind – mit der Ablieferung dieser Schiffe Eigentum der portugiesischen Marine geworden."* Das für den Export verantwortliche Bundeswirtschaftsministerium dagegen schrieb auf die Frage: *"Hat die Bundesregierung die Genehmigung für die Ausfuhr von Fertigungsunterlagen für den Bau von Kriegsschiffen in Portugal gegeben? ...", "Genehmigungen für Fregatten wurden nicht erteilt, auch nicht zur Ausfuhr von genehmigungsbedürftigen Fertigungsunterlagen ..."* (BMWi, 12.7.74, Ref.: IV B4 – 101782/102).

1972/73 lieferte Blohm & Voss vier weitere Korvetten "an Portugal" (Kölnische Rundschau, 15.1.74) Auch diese "Joao Coutinho" Einheiten wurden auf der Bazan-Werft fertiggestellt. Der Friedensforscher Peter Lock schreibt dazu, daß diese Schiffe *"in der Exportstatistik als Rüstungsexport Spaniens nach Portugal erscheinen. Jedoch sind Konstruktion und die technologisch komplexeren Teilfertigungen mit etwa 50% der Wertschöpfung deutschen Ursprungs."* (rororo aktuell Nr. 1777 S. 126, Reinbek 1974)

Seit 1973 werden in Frankreich zwei weitere Korvetten des Typs AVISO 69 für Südafrika gebaut (Weyers Flottentaschenhandbuch 1975/76). Sie bilden zusammen mit den vier Blohm & Voss-Korvetten das Projekt "Taurus". Die Internationale Wehrrevue 1/1972 schreibt bezüglich von sechs durch Südafrika bestellten Korvetten: *"... Aus anderen Quellen verlautet, daß die Korvetten auf den bundesdeutschen Werften Fr. Lürssen und Blohm & Voss gebaut, dann an Portugal verkauft und von dort an Südafrika verkauft werden sollen."* SIPRI Yearbook 1973 und Jane's Fighting Ships 1972/73 schrieben, daß sechs Korvetten durch Portugal für Südafrika gebaut würden; Jane's Fighting Ships 1975/76 berichtete, daß die für Südafrika neu zu bauenden Korvetten der portugiesischen Joao Coutinho Klasse entsprechen würden. Und in NATO's Fifteen Nations, June/July 1976 bestätigte der amerikanische Admiral Charles Latour, für Südafrika seien sechs Korvetten in Bau.

Diese vier Korvetten sind also für Südafrika bestimmt. Mit der getarnten Abwicklung dieses Auftrags war die Firma R. Noske, Hamburg beauftragt. AEG war Lieferant für Elektronik. Der südafrikanische Militärattache General Hamman besprach am 11. Dezember 1972 und am 15.-17. Januar 1973 mit dem Leiter der Marine-Abteilung von Noske, Herrn Wilrodt, dieses geheime Projekt "Taurus". (Noske ist seit 1976 vollständig im Besitz von Blohm & Voss.)

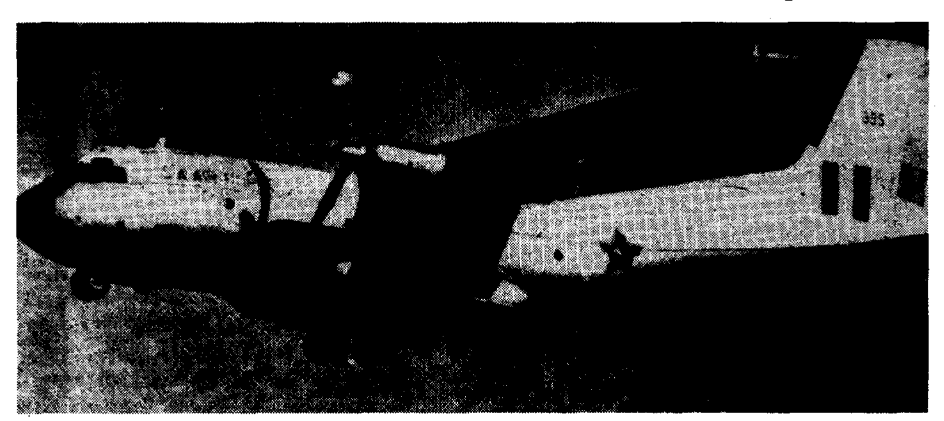
Die unter dem Namen von Noske laufenden Lieferungen für den Bau der Korvetten in Cartagena waren angeblich für die Spanische Marine bestimmt. Auch die Bundesregierung behauptet in ihrem Memorandum an die OAU, Blohm & Voss habe 1973 Korvetten an die Spanische Marine geliefert. (Memorandum, Seite 12) Seltsamerweise tauchen, jedoch diese Korvetten weder in der Spanischen Marine auf, noch erscheinen seit 1965 bis zum heutigen Tage Genehmigungen für Korvetten in der Kriegswaffenexportliste BRD-Spanien der Bundesregierung. Auch Blohm & Voss war auf die Teilenthüllung durch die Bundesregierung, sie selbst habe die Korvetten nach Cartagena geliefert, nicht vorbereitet. Getreu der abgesprochenen Version, Noske sei es gewesen, dementierte Blohm & Voss in einem Telefongespräch am 8. März 1977 kategorisch jegliche Lieferung für Korvetten an die Spanische Marine. Auch in Anzeigen (z.B. Wehrtechnik 11/76, S. 29) schreibt Blohm & Voss nur: *"Wir liefern ... Korvetten für eine ausländische Marine."*

Was den Vorwurf des Falschzitierens betrifft, so schreibt die von uns angeführte Belegstelle "Forces Armees Francaises", Nr. 23, Juli/August 1974, S. 79 in der Tat, die vier erwähnten Korvetten wären für Portugal bestimmt, sie seien mit den ersten sechs Einheiten der Joao Coutinho Klasse identisch mit Ausnahme der modernen Bewaffnung mit Exocet Raketen. Daß diese Exocet Raketen Komponenten aus der Kormoran Rakete von Messerschmitt-Bölkow-Blohm enthalten, wird in Jane's Weapons System 1971/72, S. 36/37 berichtet.

Schnellboote

Die Bundesregierung sagt wiederum die Unwahrheit, wenn sie behauptet, daß der Bau von Schnellbooten für Südafrika auf der Grundlage von Plänen der Fr. Lürssen-Werft, Bremen, mit Maschinen der Firma MTU keiner der genannten Parteien bekannt war (Memorandum S.11), obwohl Bonn nicht bestreitet, daß die Firma MTU Schnellboote für Südafrika mit besonderen Maschinen ausstattet.

Die Quelle für den Bericht, daß die vier Schnellboote vom Typ "Saar IV" (d.h. "Reshef" in Israel; d.h. "Ramta" in Südafrika) in Israel und zwei weitere Boote als angeblich israelische Produktion in Durban auf der Grundlage von Plänen der Lürssen-Werft, Bremen, für Pretoria gebaut werden, ist das augenblickliche deutsche Standardwerk über Schnellboote: Fock "Schnellboote", Koehler, Herford 1974, S. 226. Dort wird die Lürssen-Beteiligung an der Reshef-Konstruktion angenommen. Die britische Fachzeitschrift "Battle", November 1974, zitiert einen israelischen Marineoffizier, der die deutschen "Jaguar"-Schnellboote von Lürssen und deren Lizenzfertigung in Cherbourg/Frankreich "Combattante" als Grundlagen der "Saar"-Boote bezeichnet: *"We mixed them together and the result was the 'Saar'".* Jane's Fighting Ships 1975/76, Seite 185 ff. und Navy International, Juni 1976, S. 15, berichten dies ebenfalls. Die Ähnlichkeit in Aussehen, Tonnage, Motorausrüstung, Leistung, Bewaffnung, Besatzungsstärke zwischen "Saar IV-Reshef" und dem deutschen Schnellboot S – 143 von Lürssen machen



...Transall - Miliärtransporter: wie bei allem anderen Militärgerät, so werden auch diese Lieferungen von der Bundesregierung rundweg abgeleugnet.

In einem Telefongespräch am 24.10.74 behauptete der Sprecher von Blohm & Voss: *"Wer der Endempfänger der vier Korvetten ist, ist für uns unerkenntlich."* Aber er fügte hinzu, daß "die politische Lage" es Blohm & Voss nicht erlaube, Elemente für diese Korvetten zu liefern trotz großen Interesses. Blohm & Voss war also über das Projekt informiert.

Der Putsch in Lissabon im April 74 änderte die Möglichkeit der Weitergabe der Korvetten von Portugal an Südafrika. Daher heißt es zur Zeit, daß die vier Schiffe 1975 der Portugiesischen Marine zugefügt worden sind. Sie erschienen jedoch bisher nicht im Haushalt Portugals und wären nach Wegfall der Kriegsgebiete in Afrika für Portugals Marine teurer unbrauchbarer Ballast. Die zitierte Äußerung aus 'Nato's Fifteen Nations' vom Juli 76 zeigt, daß ihre Übergabe an Pretoria weiterhin vorgesehen ist.

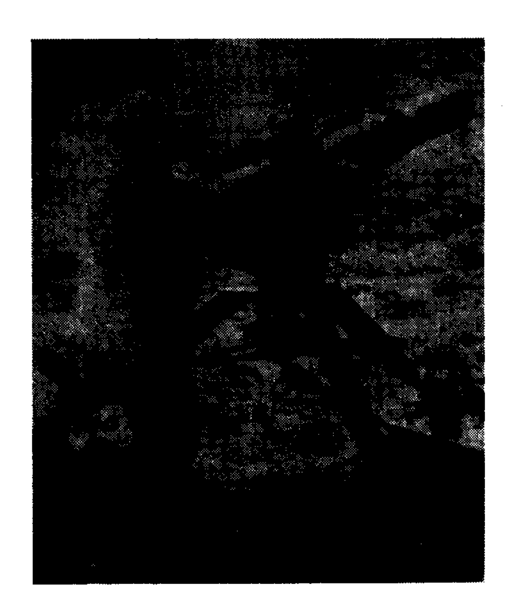
die deutsche Beteiligung deutlich.
Jane's Fighting Ships 1975/76 berichtete, daß diese Schiffe mit Motoren von MTU, Friedrichshafen ausgerüstet werden. Der African National Congress of South Africa hat am 12.1.77 bekanntgegeben, daß MTU-Motoren für diese Boote am 20.12.76 zur Verschiffung nach Durban im Hafen von Bremen gesehen wurden. Die Kisten trugen die Aufschrift: *"MAN, Maybach, Mercedes Benz, Friedrichshafen mtu 829 an Prokura Diesel Service Pty, Ltd., c/o. Kühne and Nagel, Durban R.S.A., Engine Nr. 91.1105, G.W. 8470 kg, N.W. 7110 kg. Dimension: 3.700 x 2.280 x 2.700mm."*
Nach Informationen der AAB werden die beiden Schnellboote, die in Durban gebaut werden, mit Elektronik von Siemens im Wert von DM 3,5 Mio ausgerüstet. Die Schnellboot-Motoren wurden trotz Hinweis in der AAB-Pressemitteilung vom 12.11.76 Ende Dezember 1976 in Bremen ungestört verladen. Die Bundesregierung sah keinen Anlaß, die Richtigkeit der Deklarierung "Motor mit Getriebe und Zubehör" überprüfen zu lassen. Die Motoren wurden zwar in Bremen verschifft, aber bei der Kühne & Nagel Tochter in Durban sollen sie nicht aufgetaucht sein. Die Empfänger-Firma "Prokura Diesel" ist nicht im Telefonbuch verzeichnet.

Minen und Munition von Portugal nach Südafrika

Bezüglich des Dementis der Bundesregierung zu Lieferungen von Minen und Munition aus Portugal unter deutscher Beteiligung an Südafrika (Memorandum, Seite 12), ist zu sagen, daß die Bundesregierung heute 1977 Lizenzproduktionen deutscher Munition in Portugal seit ca. 1963/64 bestätigt. Am 13. Dez., 1973, also vor dem Ende des Kolonialkrieges, hatte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Mörsch, auf eine entsprechende Frage des MdB Dr. Uwe Holtz im Parlament geantwortet: *"Hinweise, denen zufolge in Portugal Anlagen zur Munitionsherstellung mit genehmigungspflichtigen Ausrüstungslieferungen von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland errichtet wurden bzw. werden, treffen nach Kenntnis der Bundesregierung nicht zu."* (Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 71. Sitzung, Bonn, den 13. Dezember 1973, S. 4494).
Es wurden aber die portugiesischen Munitions- und Waffenfabriken Fabrica Nacional de Municoes de Armas, Braco da Prata und Explosivos da Trafaria von den deutschen Firmen Fritz Werner, Berlin; Heckler und Koch, Oberndorf; Josef Meissner, Köln aufgebaut. Portugal könnte es sich nicht leisten, dort vertragswidrig und gegen den Willen der Bundesregierung für Südafrika zu produzieren. Die von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung berichteten und von der Bundesregierung nicht bestrittenen Lieferungen von Munition aus Portugal an Südafrika geschehen also unter deutscher Beteiligung.

Militärische Version des Airbus A 300 B

Die Behauptung der Bundesregierung, es gäbe keine militärische Version des Airbus, steht im Gegensatz zu Angaben in "Le Monde" vom 31.5.75 und 12.8.75, die besagen, daß Pretoria den Airbus A – 300 mit eingebauten Tanks zum Auftanken der Mirage-Düsenjäger Südafrikas in der Luft bestellt hat. Diese Ausrüstung weist den so hergerichteten Airbus laut I. Internationale Rüstungsmaterialliste A-0010 b/c als militärische Version aus. Diese militärische Version, Kampfflugzeugbetanken und Verwundetentransport, ist nach Angaben der Firma Aerospatiale, die neben den deutschen Firmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm und VFW-Fokker den Airbus herstellt, sogar auf deutsche Veranlassung entwikkelt worden (Interavia Nr. 5/1973, S. 418), obwohl diese Version in der Bundesrepublik nicht benutzt wird. Auch SIPRI Yearbook 1976, S. 274 führt die Airbus-Lieferung an Südafrika als Waffen-Verkauf auf. Zumindest ein Teil der militärischen Auslegung der vier Großraumflugzeuge, nämlich die Möglichkeit einer raschen Umrüstung für den Verwundetentransport, ist im Werk Hamburg-Finkenwerder von Messerschmidt-Bölkow-Blohm erstellt worden.



Milan - Rakete ...

Transall-Militärtransportflugzeuge und Milan-Raketen

Es ist unwahr, zu behaupten, Transall-Militärtransportflugzeuge und Milan-Raketen seien nicht nach Südafrika exportiert worden. Die Transall wurde ebenso wie die Milan über Verkaufsfirmen in Frankreich verkauft, was nichts daran ändert, daß beide Militärgüter aus der Bundesrepublik und mit der gesetzlich vorgeschriebenen Endverbrauchserklärung sowie der Genehmigung der Bundesregierung nach Südafrika geliefert wurden und werden.

Dafür, daß Milan-Raketen geliefert werden, sei nochmals auf die Bestätigung dieser Lieferungen durch Bundesverteidigungsminister Leber hingewiesen (ARD-TV, "Report", 17.2.75, 20.00 Uhr)
Als eine der Meldungen, daß neun Transall C – 160 an Südafrika geliefert wurden, sei International Herald Tribune vom 8.5.1976 angeführt.

Zusammenfassung

Bonn versicherte der XXX. und XXXI. Vollversammlung der Vereinten Nationen, daß *"die Vorwürfe unbegründet sind"* (Memorandum, Seite 1). Der parlamentarische Staatsekretär des Bundeswirtschaftsministeriums Grüner spezifiziert die Angelegenheit darüberhinaus und schreibt einem Mitglied des Bundestages am 9. Dezember 1976: *"Sofern Exporte aus der Bundesrepublik Deutschland erwähnt wurden, stellen sie ausschließlich Güter dar, die nicht unter das Waffenembargo der Südafrika-Resolutionen des UN-Sicherheitsrates fallen"!*
Aber die Antwort der Bundesregierung im Hinblick auf ihre militärische Zusammenarbeit mit Südafrikas Apartheid-Regime, die sie in dem Memorandum vom Januar 1977 der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gab, ist Punkt für Punkt unwahr.

ERNEUT FORDERN WIR DIE BUNDESREGIERUNG DAZU AUF

- unverzüglich ihre militärische Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitsregime Südafrikas zu beenden;
- insbesondere eine sofortige Ausfuhrsperre für Lieferungen für die Urananreicherungsanlage in Südafrika zu verhängen sowie alle dafür erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Anwendung von Urananreicherungstechnologie aus der Bundesrepublik in Südafrika zu verhindern.

Presseerklärung der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und West-Berlin e.V. vom 23. März 1977

Aus:
Informationsdienst Südliches Afrika
5300 Bonn 1, Buschstraße 20
Nr. 4, April 1977

DED-Mitarbeiterkonferenz kritisiert Südafrika-Politik der BRD

Die Mitarbeiterkonferenz des DED fordert die Bundesregierung zu einer grundsätzlichen Revision ihrer Südafrika-Politik auf. Die bisherige Südafrika-Politik, die faktisch auf eine Tolerierung der Rassendiskriminierung herausläuft, bringt die Mitarbeiter des DED insbesondere in Ostafrika zunehmend in Schwierigkeiten gegenüber ihren afrikanischen Partnern. Der DED setzt sich, wie es in seinen gesellschaftspolitischen Grundsätzen heißt, für soziale Gerechtigkeit, die Verwirklichung der Menschenrechte, den Abbau ökonomischer Ungleichheiten und die Solidarität mit den unterprivilegierten Menschen der Dritten Welt ein. Diese Konzeption des von der Bundesregierung getragenen DED ist äußerst schwer zu vertreten, solange die Regierung auf einem benachbarten Feld der Außenpolitik Verhältnisse nicht nur toleriert, sondern bisweilen offen unterstützt, die für die Mehrheit der Bevölkerung extreme ökonomische Ausbeutung und das Vorenthalten elementarster Menschenrechte bedeuten.

Die südafrikanische Apartheid-Politik wirkt auf eine Vielzahl afrikanischer Staaten entwicklungshemmend, weil der Kampf gegen Rassismus und Unterdrückung Energien und Finanzmittel bindet, die dringend für die Lösung eigener Probleme benötigt würden.

Als vrodringliche Maßnahmen einer Revision der bisherigen Südafrika-Politik fordern wir:

- **Die Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens (von dem vorwiegend weiße Südafrikaner profitieren und das sich entgegen dem internationalen Völkerrecht auch auf Namibia erstreckt)**
- **Die offizielle Anerkennung der SWAPO, die von der UNO als einzig legitime Vertretung der Bevölkerung Namibias angesehen wird**
- **Die Beendigung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit Südafrika und die strikte Überwachung des Waffenembargos**
- **Die Befolgung des von den Vereinten Nationen beschlossenen Wirtschaftsboykotts gegen Südafrika**
- **Die Einstellung der Besuche von deutschen Regierungsvertretern und Bundeswehroffizieren in Südafrika.**

Die etwa alle zwei Jahre stattfindende Mitarbeiterkonferenz ist das höchste Organ innerhalb der Mitbestimmungsordnung des Deutschen Entwicklungsdienstes. Die Mitarbeiterkonferenz, diezur Zeit etwa 850 Entwicklungshelfer und 200 hauptamtliche DED-Mitarbeiter vertritt, setzt sich aus Delegierten der vier DED-Regionen (Lateinamerika, Westafrika, Ostafrika Asien) und der DED-Zentrale sowie Vertretern der Rückkehrer, der Vorvertragspartner und der Vorbereitungsteilnehmer zusammen.

Nach einem Beschluß des DED-Verwaltungsrats vom 18.4.77 dürfen die Mitarbeiterkonferenz und die anderen Organe der DED-Mitbestimmung öffentliche Erklärungen nur noch mit Zustimmung der DED-Geschäftsführung abgeben. Die Mitarbeiterkonferenz 1977 forderte den Verwaltungsrat auf, seinen Beschluß vom 18.4.77 zurückzunehmen und „die Mitbestimmung im DED zu verteidigen."

informationsdienst

südliches afrika

erscheint monatlich und berichtet kritisch über Geschehen und Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Leitthemen der letzten Nummern:

Nr. 1/2-1977:	Schwarze Gewerkschaften Südafrikas im Kampf	/64 S.
Nr. 3-1977:	Banken in Südafrika	/48 S.
Nr. 4-1977:	Waffengeschäfte BRD-Südafrika	/56 S.
Nr. 5-1977:	Frauen im Befreiungskampf	/60 S.
Nr. 6-1977:	Kirchen und Befreiungskampf	/48 S.

Preis:
Einzelheft DM 2,00: Jahresabonnement DM 22,50

wissenschaftliche Reihe

Band 1 Portugiesische Siedlungspolitik in Angola
Gerald J. Bender
Bonn 1974, 42 Seiten, DM 2.50

Band 2 Portugal, Afrika und die Europäische Gemeinschaft
Peter Guinee, erweitert von Bernd Kalkum
Bonn 1974, 115 Seiten, DM 5.00

Band 6 Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegungen 1943 bis heute
Bonn 1976, rund 250 Seiten, DM 10.00



IRAN

Presseerklärung der CIS zum Hungerstreik persischer Studenten

Die CIS ist nur e i n e Organisation der antiimperialistischen iranischen Studenten in der Bundesrepublik. Wir veröffentlichen ihre Presseerklärung, weil wir die Forderungen des Hungerstreiks für politisch unterstützenswert halten und weil wir deshalb diese Aktion auch den Lesern der „blätter" bekanntmachen wollen. Wir werden in diesem Sinne auch mit Aufrufen und Veröffentlichungen a l l e r anderen antiimperialistischen iranischen Studentenvereinigungen verfahren.
Red.

Presseerklärung der Conföderation Iranischer Studenten (CIS) über den unbegrenzten HUNGERSTREIK

Seit Montag, den 23.5.1977, befinden sich über 40 iranische Studenten im Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, 2 Hamburg 13 in einem unbegrenzten Hungerstreik. Diese Protestmaßnahme, die neben gleichen und ähnlichen Aktionen in USA, Italien, Schweden, Belgien und Großbritannien in Angriff genommen worden ist, richtet sich gegen die Weigerung der diplomatischen Auslandsvertretungen des faschistischen Schah-Regimes, einer international unabhängigen Beobachterdelegation aus Juristen und Medizinern Einreiseerlaubnis in den Iran zu gewähren. Diese sollte an Ort und Stelle die berohliche Lebenslage der 100.000 politischen Gefangenen untersuchen, die Gefängnisse und Folterkammern des Landes besichtigen und die Familienangehörigen der Gefangenen besuchen.

Vor länger als einem Jahr bildete sich die Beobachterdelegation mit den juristischen Mitgliedern R. Fromann (BRD), P. Nobile (Italien), Prof. Dr. R. Falk, J. J. Shestack, J. Levine (USA), D. Wandycke (Belgien), J. F. Blet (Frankreich) und dem Sachverständigen für medizinische Folgen der Folter Dr. Van Der Kroeff (Niederlande). Dieser Schritt von höchstem moralisch-menschlichem Stellenwert fand bei der demokratischen Weltöffentlichkeit eine breite Resonanz.

Die Zahl der Mitglieder der Delegation stieg in kürzester Zeit von 3 auf 8 und viele bekannte Demokraten und für Freiheit eintretende Menschen sprachen ihre uneingeschränkte Unterstützung aus. Die patriotischen iranischen Studenten im Ausland setzten in verstärktem Maße ihre Aufklärungsarbeit über die Lage der politischen Gefangenen, die ununterbrochene Welle der Ermordung und Hinrichtung der iranischen Patrioten seitens der international berüchtigten iranischen Geheimdienstorganisation SAVAK fort und erwirkten damit die breiteste demokratische Protestwelle in der Weltöffentlichkeit. Die unverzügliche und tatkräftige Unterstützung an die politischen Häftlinge im Iran schien umso dringender als die Weltöffentlichkeit täglich über die internationalen Massenmedien über die massenhafte grausame Erschießung und Foltermord der politischen Gefangenen im Iran unterrichtet wurde.

Iran, so berichtete bereits 1975 Amnesty International in ihrem Jahresbericht, sei das Land in der Welt, das die höchste Rate an Todesstrafen für politische Gefangene aufweist und in dem ein System der Justiz- und Foltermethoden praktiziert werden, die in der Welt ihresgleichen suchen. 200 Erschießungen seit Beginn dieses Jahres! Diese erschreckende Zahl von Mordfällen an politischen Häftlingen, „Erschießungen auf der Flucht", die unmenschlichsten Bedingungen in den Gefängnissen Irans, die zunehmende Terrorisierung der Bevölkerung im Iran erfordern schnelle und aktive Hilfsmaßnahmen für die politischen Gefangenen und die antifaschistischen und freiheitsliebenden Oppositionellen im Iran.

Heute treten iranische Studenten in Hamburg und in der ganzen Welt in einen unbegrenzten Hungerstreik. Sie fordern:

Einreise und freies Geleit für die unabhängige, internationale Beobachterdelegation aus Juristen und Medizinern zur Untersuchung der Situation der politischen Gefangenen und ihrer Familien im Iran. Sie wenden sich damit an die demokratische Öffentlichkeit.

Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland auf, die Forderung nach freiem Geleit für die Einreise der internationalen Delegation und ihrer uneingeschränkten Handlungsfähigkeit zur Untersuchung der Gefängnisse, der Lage der politischen Gefangenen und ihrer Familien zu unterstützen. Senden Sie bitte Protesttelegramme und Protesterklärungen an die Botschaft und die jeweiligen Konsulate Irans!

Nur eine große Öffentlichkeit und eine breite Protestbewegung kann das freie Geleit der Einreise der Beobachterdelegation erzwingen!

Conförderation Iranischer Studenten
(CIS)

Textvorschlag für Protestschreiben

. . . . , den 1977

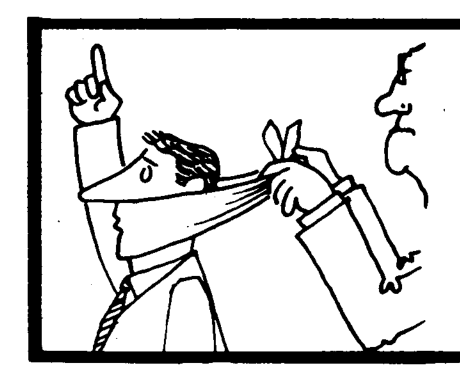
Ich/wir habe/haben zur Kenntnis genommen, daß die beantragte Einreiseerlaubnis der Internationalen und Unabhängigen Juristisch-Medizinischen Beobachterdelegation in den Iran von den iranischen Vertretungen in den betreffenden Ländern abgelehnt worden ist. Ich/wir bitte/bitten Sie dringend, diese Entscheidung rückgängig zu machen und der obengenannten Beobachterdelegation die Einreise in den Iran zu gewähren.

. . . .
(Name, Vorname, Beruf)

. . . .
(Straße)

. . . .
(Unterschrift) (Postleitzahl, Wohnort)

Zu senden an die : Iranische Botschaft, Kölner Straße 133, 5300 Bonn - Bad Godesberg



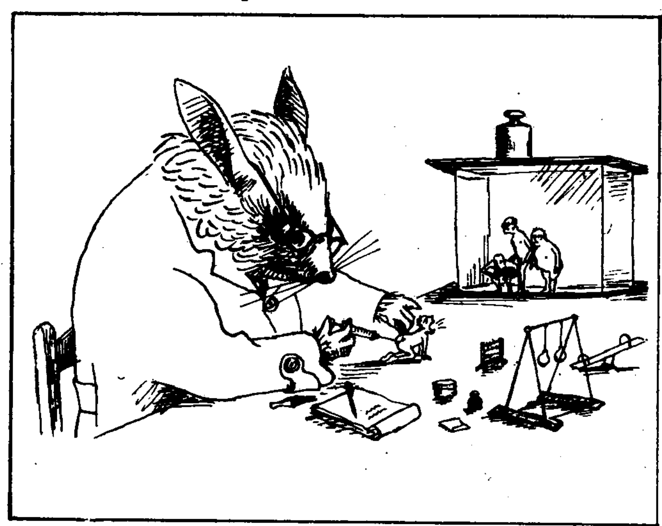
REPRESSION IN DER BRD

§88a schon wieder in Aktion: Bücher in Helmstedt beschlagnahmt

Am Mittwoch, den 8. Juni, beschlagnahmten Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Kriminalpolizei ca. 40 Buchtitel des Oberbaum-Verlages in einer Gesamtzahl von mindestens 360 Büchern, die in einem LKW aus Westberlin über Helmstedt transportiert wurden. Die Beamten durchwühlten den LKW, öffneten Aktentaschen, private Briefe, Buchführungsmaterial und nahmen die Fahrer fest.
In der Beschlagnahme-Anordnung heißt es:
„Die Beschuldigten (die Fahrer!) reisten mit dem LKW am 8.6.1977 gegen 13.30 aus Berlin kommend in die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Druckerzeugnisse haben größtenteils linksextremistischen Inhalt. (..) Hieraus ergibt sich der Verdacht, daß die von den Beschuldigten beförderten Schriftstücke zum Landfriedensbruch im Sinne des § 125 a StGB auffordern. Da die Beschuldigten diese Schriftstücke vorrätig hielten, besteht gegen sie der Verdacht auf Straftat gemäß § 88 a, 125 a, 126 StGB. (..) Gemäß § 94 StPO ist die Beschlagnahme anzuordnen.
Amtsgericht Helmstedt, Elshoff, Richter."
Beschlagnahmt wurden neben Privat-Briefen und Buchführungsmaterial unter anderem folgende Bücher:

– Nils Homberg: Friedliche Konterrevolution (ein kritisches Buch über die Sowjetunion);
– Charles Bettelheim: Klassenkämpfe in der UdSSR;
– Franz Mehring: Schriften über Deutschland;
– Polemik über die Generallinie, Dokumente der KP Chinas gegen die Politik der KPdSUzwischen 1956 und 1963;
– Scharrer: Vaterlandslose Gesellen (ein Roman über die Anti-Kriegs-Opposition 1914 – 1918);
– Biographie von Joris Ivens (Filmregisseur) von Klaus Kreimeier;
– Barfüssige Ärztin (über Aspekte des Gesundheitswesens in der VR China);
– Peter Meyns: Tanzania, Modell eines Entwicklungslandes.

Auf Intervention des Justitiars der Rechtsabteilung des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, Franz-Wilhelm Peter, wurden die beschlagnahmten Bücher zwar wieder freigegeben. Nicht freigegeben wurden aber Flugblätter, die wohl das eigentliche Ziel der Beschlagnahme gewesen sind. Dabei handelt es sich nicht etwa um Pakete von Flugblättern, die zur Verteilung in der Bundesrepublik bestimmt sind, sondern eine dokumentarische Sammlung aller möglichen Flugblätter, darunter z.B. auch des RCDS. Selbst Manfred Elshoff, der Helmstedter Beschlagnahmer, schloss nicht aus, daß es sich bei den beschlagnahmten Flugblättern um Einzelstücke handelt.
Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Beschlagnahme, die an die Praktiken aus der dunkelsten Periode deutscher Geschichte erinnert. Wenn ein noch nach dem DDR-Transit plombiertes Fahrzeug geöffnet wird, wenn der Transport von Büchern eines Westberliner Verlags mit der Begründung der „Einfuhr" „linksextremistischer" Schriften „in die BRD" verhindert wird, wenn der Zensurparagraph 88 a bereits gegen Bücher von Autoren wie Bettelheim, Holmberg, Franz Mehring, Adam Scharfer oder Dokumente der KP Chinas angewandt wird, dann zeigt das das ganze Ausmaß der politischen Unterdrückung in der BRD und Westberlin. 700.000 Überprüfungen des Verfassungsschutzes im Öffentlichen Dienst, 3.000 Berufsverbote und 1,5 Millionen erfaßte Personen in den Computern der „Staatsschutz"-Organe sprechen eine deutliche Sprache!



Dieser neuerliche Akt politischer Willkür in einem der ersten Fälle der Anwendung des Zensurparagraphen 88a verlangt die Solidarität und den Zusammenschluß aller Demokraten, Sozialisten, Antifaschisten und Kommunisten! Jeder Journalist, jeder Kulturschaffende, jeder Schriftsteller, Künstler und Verleger, jeder Gewerkschafter, der diese Zustände nicht hinnehmen möchte, ist heute bedroht. Besonders die Tatsache, daß prominente Autoren des westeuropäischen Auslandes von diesem Willkürakt betroffen sind, wird einmal mehr dem westeuropäischen Ausland demonstrieren, was von den Erklärungen der Bundesregierung über die „demokratische Republik BRD" zu halten ist. Wir fordern die sofortige Auslieferung des gesamten beschlagnahmten Materials!

Red.

Quellen: Pressemitteilung des Oberbaum-Verlags, von Autoren des Oberbaum-Verlags und anderen v. 8.6.1977; Artikel „Von 'extremen Dingen' nicht betroffen" in: FR, 22.6.1977, S. 7

Amnesty: BRD-Regierung unterstützt Verletzung der Menschenrechte

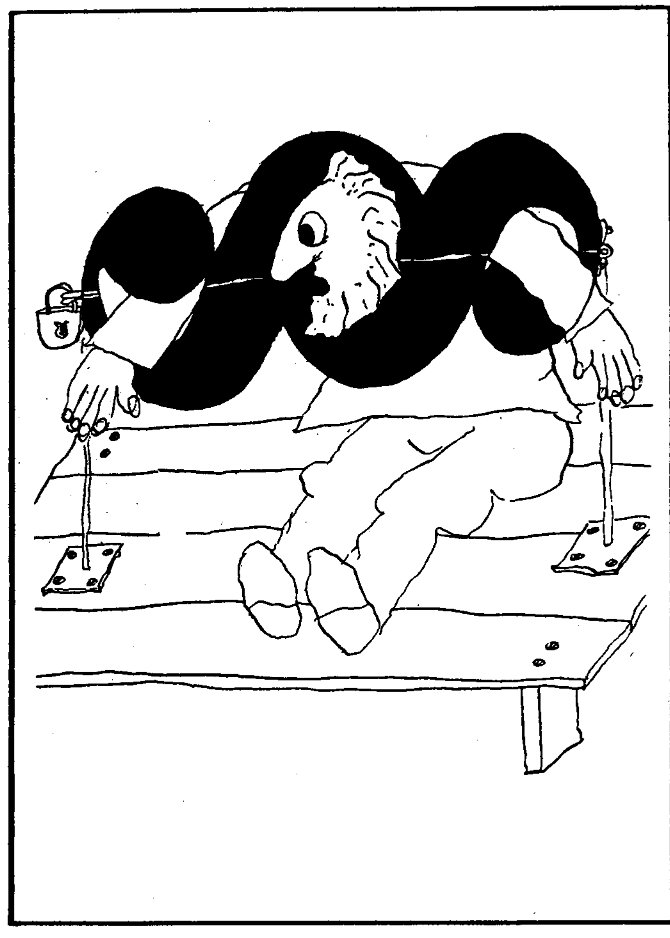
Die Jahresversammlung 1977 von amnesty international anerkennt die Unterstützung ihrer Arbeit durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wie sie z.B. durch die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Pakte über bürgerliche und politische und wirtschaftliche und soziale Rechte vom 19. Dezember 1966 zum Ausdruck kommt und sich in der Unterstützung der Erklärung der Vereinten Nationen vom 9.12.1975 über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder emiedrigender Behandlung oder Strafe widerspiegelt.

Bei unserer täglichen Arbeit für politisch Verfolgte und Opfer der Folter in aller Welt müssen wir jedoch feststellen, daß in der Praxis die Verletzung von Menschenrechten zumindest indirekt häufig auch unterstützt wird. Folgende Problembereiche geben der Jahresversammlung 1977 besonderen Anlaß zur Besorgnis:

In Bezug auf das Verhalten der Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Ländern, in denen die Menschenrechte in flagranter Weise verletzt werden, wie z.B. in den Fällen Genuit (Argentinien) und Sannemann (Paraguay), ist amnesty international der Auffassung, daß unsere diplomatischen Vertretungen den Schutz der Menschenrechte als obersten Grundsatz ihres Handelns betrachten sollten. Das bedeutet, daß die Botschaften in Fällen, in denen sie politisch Verfolgten in irgendeiner Weise Schutz oder Hilfe gewähren können, der Sorge für Leben und Unversehrtheit dieser Menschen Vorrang geben müssen auch vor ungetrübten politischen oder wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Staaten.

In Anbetracht der Tatsache, daß in vielen Staaten das Militär aktiv an Folterungen beteiligt ist oder diese zumindest duldet, hält amnesty international es nicht für vertretbar, daß die BRD diese Regierungen durch die Lieferung von Rüstungsgütern und die Ausbildung von Militärs unterstützt. Amnesty international ist zwar das Argument bekannt, daß gerade die Ausbildung in einer demokratischen Armee in den betreffenden Offizieren Abwehrkräfte gegen Menschenrechtsverletzungen entwickeln könnte. Wir können dieses Argument jedoch nicht respektieren, weil keine Beispiele bekannt wurden, daß bei der Bundeswehr ausgebildete Offiziere oder Soldaten sich der Folter in ihrem Land widersetzt hätten. In der Praxis ist nach unserer Kenntnis sogar das Gegenteil anzutreffen. Aus diesem Grunde fordert amnesty international die sofortige Einstellung der Ausbildung von z.Zt. über 70 Offizieren aus u.a. folgenden Staaten: Äthiopien, Argentinien, Brasilien, Indonesien, Iran, Marokko, Paraguay, Süd-Korea und Thailand.

In der Zusammenarbeit des Verfassungschutzes mit den Geheimdiensten von Staaten, die in eklatanter Weise die Menschenrechte mißachten, müssen wir feststellen, daß sich die Bundesrepublik durch diese Praxis an politischer Verfolgung mitschuldig macht. Wir verkennen nicht die Pflicht der Bundesrepublik, ausländische Missionen vor Anschlägen zu schützen. Aber es besteht Besorgnis, daß unabhängig davon Namen und Aktivitäten ausländischer Staatsbürger an die entsprechenden Regierungen gemeldet wurden. Damit schaffen bundesdeutsche Behörden eine Voraussetzung für die politische Verfolgung der Betroffenen. Angesichts der Bindung aller staatlichen Organe an die Verfassung und angesicht des § 241 a StGB, der selbst die Weitergabe w a h r e r Umstände unter Strafe stellt wenn sie die Gefahr einer politischen Verfolgung heraufbeschwört, ist diese Praxis unbedingt unzulässig. Amnesty international fordert deshalb den sofortigen Abbruch dieser Zusammenarbeit.



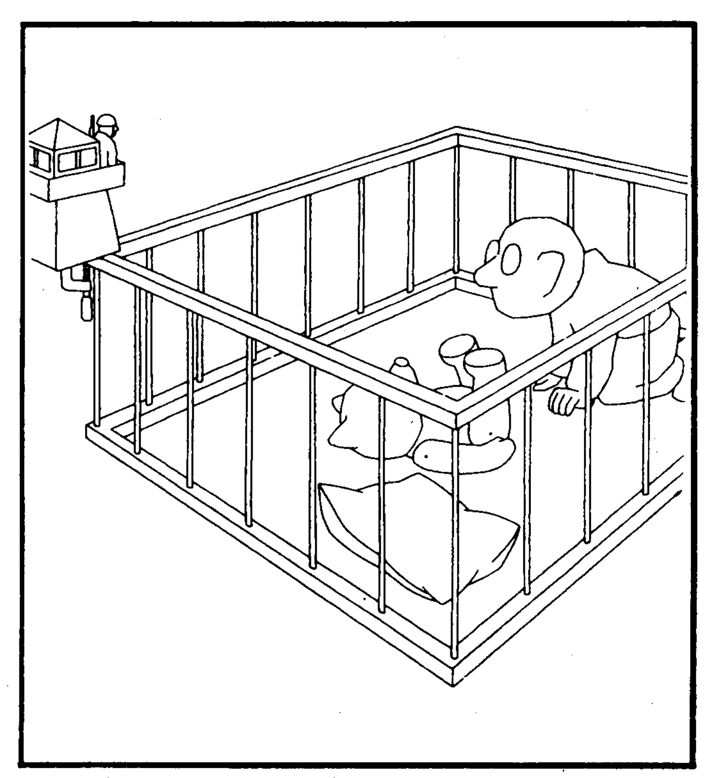
Schließlich muß festgestellt werden, daß sich die Bundesrepublik auch durch ihre Asylpraxis an politischer Verfolgung indirekt beteiligt. Heute wird nicht mehr jedem Asylbewerber ein rechtsstaatliches Verfahren garantiert. Es müssen im Gegenteil viele Flüchtlinge damit rechnen, sich mit der Stellung eines Asylantrages der Gefahr auszusetzen, in ihr Heimatland abgeschoben zu werden. In Einzelfällen setzen sich Beamte in einer bisher nicht bekannten Rüksichtslosigkeit über das verfassungsrechtlich garantierte Asylrecht hinweg. Amnesty international sah sich deshalb gezwungen, in bisher drei Fällen Strafanzeige wegen Verbreitung bzw. des Versuchs einer Verschleppung (§ 234 a StGB) zu erstatten. Amnesty international hat ihre Bedenken gegen die derzeitige Asylpraxis in einer kürzlich veröffentlichten Dokumentation geltend gemacht und begründet. Aufgrund der dort gewonnenen Ergebnisse müssen wir dringend dazu auffordern, diesem Verwaltungshandeln Einhalt zu gebieten und für eine dem Grundgesetz und der humanitären Verpflichtungen gerecht werdende Praxis Sorge zu tragen.

Aus der Resolution der Jahresversammlung von amnesty international, Sektion der BRD, 28. – 30.5.1977

Unterstützt das Russell-Tribunal über Repression in der BRD!

Die Bertrand Russell Peace Foundation hat mit der konkreten Vorbereitung eines Dritten Internationalen Russell-Tribunals begonnen, das die Repression in der BRD behandeln wird. Das iz3w Freiburg begrüßt diese Initiative. Sie wird von uns politisch und materiell unterstützt.
Das Tribunal will heute in der BRD bedrohte demokratische Freiheitsrechte verteidigen helfen. Dazu gehören: Das Recht auf freie Meinungsäußerung und freien Zugang zu Informationen, das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Berufswahl. Diese Rechte sind nicht nur wichtige Voraussetzungen für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse um gesellschaftliche Veränderungen, sondern auch Grundlage für praktische Solidarität mit den unterdrückten Völkern der Dritten Welt.
Mit seiner Aufgabenstellung ist das Tribunal jedoch nicht nur der Vertreter von Interessen bestimmter politischer Richtungen und Gruppierungen, sondern es greift die grundlegenden Probleme all derjenigen auf, die für Erhaltung und Ausweitung demokratischer Rechte eintreten. Das Tribunal wird so zu einer radikaldemokratischen Institution, deren Charakter als von allen politischen Organisationen unabhängiges Gericht gewahrt bleiben muß. Nur so kann eine breite Unterstützung und Wirkung des Tribunals in der BRD-Bevölkerung zustande kommen.
Damit dies möglich ist, fordern wir das Sekretariat des Russell-Tribunals auf, seine Vorgehensweise und seine Entscheidungen für alle durchsichtig zu machen.
Aus der Aufgabenstellung des Tribunals ergibt sich, daß es seine Arbeitsbereiche nicht eng verstehen darf. Es muß durch seine Untersuchungen das Ausmaß der politischen Repression in der BRD im ganzen sichtbar machen, damit die Menschen dieses Landes und der europäischen Nachbarländer erkennen, welche Gefahren mit der Repression in der BRD verbunden sind und daß nur entschlossener Widerstand aller diesen Gefahren begegnen kann.
Das Ausmaß der Repression in der BRD läßt sich nicht allein an den Berufsverboten im öffentlichen Dienst erkennen. Der neue Paragraph 88 a, der die Befürwortung von Gewalt unter Strafe stellt, wird nicht nur zur Zensur von Büchern herangezogen, sondern auch, um das Verbot von Sammlungen zur Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu rechtfertigen. Damit stellt er ein schweres Hindernis für die Arbeit aller antiimperialistischen Solidaritätsgruppen dar.
Das Russell-Tribunal sollte unter anderem ermitteln,
- wie die staatlichen Institutionen durch Gesetze und Rechtsverordnungen die Meinungsfreiheit einschränken, die Verteidigung politisch Angeklagter behindern und kriminalisieren und politische Gegner als Kriminelle diffamieren,
- wie durch Ausweitung der Zugriffsrechte der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und privater Schutztruppen die Freiheitsrechteeingeschränkt werden,
- wie sich die staatlichen Repressionsmechanismen aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in die Gewerkschaften, Kirchen, privaten Schulen usw. hinein verlängern,
- wie sich durch Zusammenspiel von Staatsorganen und privaten Arbeitgebern die politische Repression in Betrieben und Büros ausweitet,
- wie ausländische Arbeiter und Studenten durch Gesetzgebung und Praxis ihrer sozialen und politischen Grundrechte beraubt werden,
- wie Gefangene als Menschen zerstört und ihre Rechte mißachtet werden,
- wie Rechte von Frauen, so bei Abtreibungen und Selbstorganisation in Frauenzentren, eingeengt werden.

Wie verläuft ein Russell-Tribunal?
Die Fondation wird Ende Semptember eine unabhängige Jury einsetzen. Weder diejenigen, die im In- und Ausland das Tribunal unterstützen, noch die Foundation selbst werden urteilen. Vielmehr werden international angesehene Persönlichkeiten sich gründlich mit Zeugenaussagen und Dokumenten befassen und anschließend nach den Kriterien der Menschenrechte zu einem Urteil gelangen. Es wird von Parteilinien unabhängig und unbeeinflußt und deshalb von großem moralischen und politischen Einfluß sein.
Das vorläufige Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell-Tribunals ist ab sofort unter folgender Adresse zu erreichen: Vorbereitungsgruppe Russell-Tribunal, Ahornstraße 5 D-1000 Berlin 30, Telefon 030/211 91 38.



Um die gesamte politische Repression sichtbar werden zu lassen, rufen wir alle Dritte-Welt-Gruppen und iz3w Leser auf,
- das Russell-Tribunal mit Beweisunterlagen über politische Repression und ihre Auswirkungen zu versorgen,

– durch Sammlungen und Spenden zur finanziellen Sicherung des Tribunals beizutragen,
– das Russell-Tribunal über die Repression in der BRD bekanntzumachen und seine unabhängige Arbeitsweise zu erläutern,
– die Ergebnisse des Tribunals in Veranstaltungen, möglichst in Zusammenarbeit mit anderen, öffentlich bekannt zu machen.

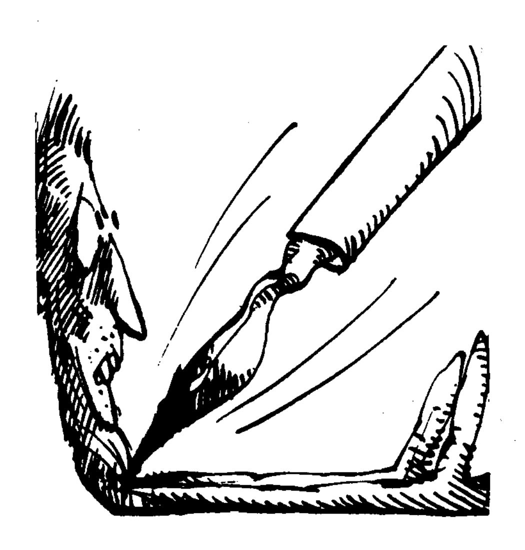
Unterstützungsspenden für das Russell-Tribunal über die politische Repression in der BRD erbitten wir auf das Konto:
Bankkonto: Nr. 0254 585300, Thomas Dieckmann-Sonderkonto Russell-Tribunal, bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00; Postscheckkonto: Nr. 415909-100, Thomas Dieckmann, beim Postscheckamt Berlin-West, BLZ 100 100 10

Aktion Dritte Welt/iz3w Freiburg i. Br.

AUS DER ERKLÄRUNG DES SEKRETARIATS VOM 24.6.77

In Diskussionen, die der Veröffentlichung des letzten Aufrufs der Foundation folgten, mußten wir feststellen, daß in Teilen der Unterstützungsbewegung eine gewisse Verunsicherung fortexistiert. Unklar blieben besonders die Rolle des Sekretariats und der Katalog der möglichen auf einem Tribunal zu behandelnden Punkte. Wir stellen dazu folgendes fest:
Das vorläufige Sekretariat zur Vorbereitung des dritten internationalen Russell-Tribunals wurde am 6. Juni 1977 von der Russell Peace Fondation eingesetzt. Ihm gehören an: Ernst Böttcher, Studentenpfarrer in Gießen, Sebastian Cobler, Jurist in Darmstadt, Karl Thomas Dieckmann, Diplompolitologe in Berlin, Ellen Diederich, Studentin Marburg und Detlef Haritz, Diplompolitologe in Berlin.
Das Sekretariat ist ein von der Russell-Foundation eingesetztes unabhängiges Gremium. Es arbeitet mit allen an der Unterstützung des Tribunals interessierten Gruppierungen und Individuen zusammen. Als Mitorganisator des Tribunals muß es auf diesem unabhängigen Status bestehen,um von vornherein jeden Eindruck abzuwehren, der spätere Spruch des Tribunals wäre vorherbestimmt. Eine solche Position des Sekretariats, die übrigens bisher Prinzip aller Russell Tribunale war, wurde verschiedentlich kritisiert; insbesondere wurde eine politische Verantwortlichkeit gegenüber der Unterstützungsbewegung gefordert. Dem ist entgegenzuhalten:
Das Sekretariat dient einzig der Vorbereitung des Tribunals. Anders als politische Gruppen oder auch Aktionsbündnisse, die das Tribunal unterstützen, muß es sich – um seinen unabhängigen Status zu wahren – jeder über die Vorbereitung des Tribunals hinausgehenden politischen Aktivität enthalten. Es kann sich demnach weder von bestimmten politischen Richtungen innerhalb der Unterstützungsbewegung abhängig machen, noch der Unterstützungsbewegung eine bestimmte politische Linie vorschreiben.
Ein zweiter bisher unklarer Punkt waren die diversen Listen möglicher Anklagepunkte. Wir stellen dazu fest:

Die Russell Foundation veranstaltet ein Tribunal über Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin, die für dieses Land typisch und spezifisch sind. Was im Einzelnen zu den Verstößen gezählt wird, liegt weder in der Entscheidungsbefugnis des Sekretariats noch in der anderer Repräsentanten der Foundation, sondern einzig und allein in der unabhängigen Jury. Insofern sind alle bisher umgehenden Listen als Vorschlagslisten mit nicht ausschließlichem Charakter zu verstehen. Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Unterstützungsbewegung, die Jury mit fundiertem und sorgfältig recherchiertem Material zu versorgen, damit sie zu einem umfassenden Urteil über Menschenrechtsverletzungen gelangen kann. Das Sekretariat hat die Aufgabe, das Material zu sammeln. Es erklärt öffentlich, kein Material zu unterdrücken, vielmehr alle Unterlagen in kontrollierbarer Form der Jury zu unterbreiten.



Die Jury wird im Laufe der nächsten Wochen benannt werden und am Ende des Sommers erstmals zusammentreten. Bis dahin benötigen wir ernstzunehmende Zwischenergebnisse bei der Materialsammlung, müssen erhebliche Geldsummen aufgebracht werden. Das Sekretariat ruft dazu auf
– ihm Vorschläge für die deutschen Mitglieder der Jury zu unterbreiten, diees an die Foundation weiterleiten wird
– bis Ende September erstes Material zu schicken
– bei der Aufbringung der benötigten Geldsummen tatkräftig mitzuwirken
– die Öffentlichkeit über das Tribunal zu informieren.
Diese Erklärung ist der Russell Peace Foundation bekannt. Sie wird von ihr voll gebilligt.

→

INFORMATIONEN ZUM RUSSELL-TRIBUNAL

Wer war Betrand Russell? Bertrand Russell, 1872-1970, war ein englischer Philosoph und Nobelpreisträger, der Zeit seines Lebens für Frieden und Demokratie eintrat. Während des 1. Weltkrieges wurde er als Wehrdienstgegner von den englischen Behörden verfolgt. Nach dem 2. Weltkrieg war er einer der entschiedensten Kritiker des Atomkrieges und der atomaren Gefahr. Er engagierte sich aktiv für politische Gefangene in mehr als 40 Staaten mit unterschiedlichsten Gesellschaftsordnungen. Ebenso wandte er sich gegen Folter und Unterdrückung, Mißachtung der Menschenrechte und Ausbeutung der 3. Welt. 1966 initiierte B. Russell ein Tribunal gegen die Kriegsführung der USA in Vietnam. Gemeinsam mit Jean Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Lelio Basso, Isaac Deutscher und dem früheren Präsidenten der Republik Mexiko, Cardenas, leitete er in London und Stockholm die beiden Tribunale gegen den Vietnamkrieg. Nach gründlichen Recherchen und umfassenden Zeugenanhörungen erfolgte die Verurteilung der völkermordenden Kriegspolitik der USA auf der Basis der Menschenrechte und der UN-Charta. Sie trug mit dazu bei, das Gewissen der Weltöffentlichkeit zu wecken und damit den Krieg abzukürzen.

Was ist die Bertrand Russell-Peace Fondation?

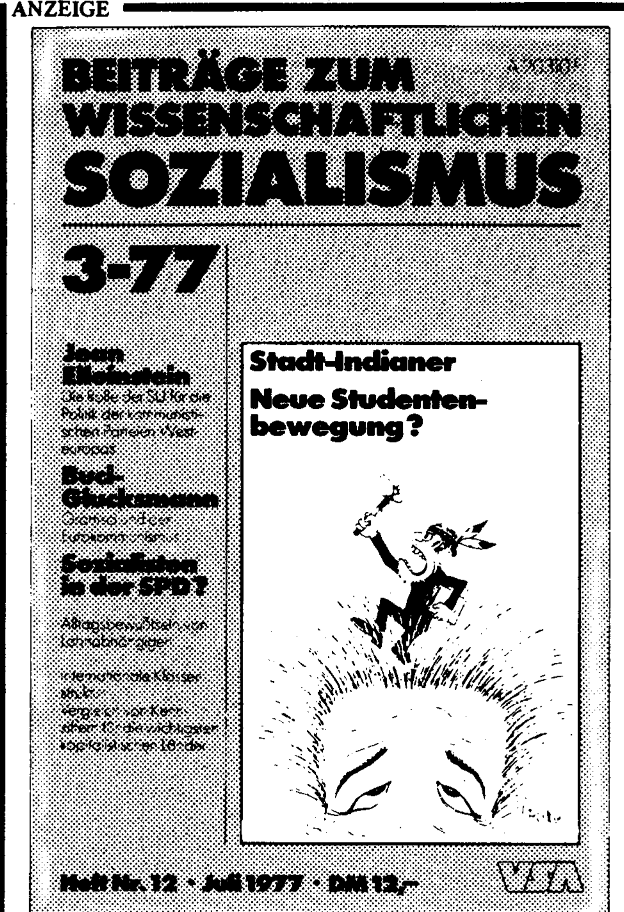
Um zu gewährleisten, daß der Kampf für Frieden und Demokratie auch nach seinem Tode fortgeführt wird, gründete Russell gemeinsam mit seinem Freund Christopher Farley die Foundation. Im Gegensatz zu anderen Stiftungen ist sie jedoch finanziell nicht in der Lage, aufwendige Kampagnen zu finanzieren. Sie will dies auch gar nicht, sondern hat sich vielmehr zur Aufgabe gesetzt, ihr hohes moralisches und politisches Ansehen in die Waagschale zu werfen, um für den Frieden und die Demokratie zu kämpfen. So führte sie 1975 unter dem Vorsitz von Lelio Basso das Tribunal über die Folter in Lateinamerika durch und mobilisierte die Welt gegen die tausendfachen Menschenrechtsverstöße durch die lateinamerikanischen Militärdiktatoren (vgl. blätter des iz3w, Nr. 51, Febr. 76).

Warum ein Tribunal über die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik?

Anders als bei den beiden ersten Malen wird sich ein Russell-Tribunal diesmal nicht mit der Kriegspolitik und der Folter in der 3. Welt auseinandersetzen, sondern diejenigen Zustände in einem hochentwickelten Staat, der BRD, untersuchen, die gegen die Menschenrechte oder die im Grundgesetz verankerten Grundrechte verstoßen könnten. Verdachtsmomente für solche Verstöße existieren zur Genüge: die Berufsverbote, die Zensurparagraphen, die Abhör- und Lauschangriffe, die Einschränkungen der Rechte von Verteidigern und Angeklagten. All dies hat in der Bundesrepublik eine Situation geschaffen, in der die fundamentalen demokratischen Freiheitsrechte angegriffen werden, in der sich undemokratische Verhältnisse herausbilden, die die Kritik aller Demokraten finden müssen. Deshalb hat sich die Fondation zur Vorbereitung ihres neuen Tribunals mit dem Aufruf vom 1. Februar 1977 entschlossen (siehe „links", März 1977).

✡

ANZEIGE



Die theoretisch-politische Zeitschrift dokumentiert und diskutiert die unterschiedlichen politischen Positionen in der Arbeiterbewegung und nimmt Stellung zu den aktuellen Streitfragen marxistischer Theorie. Sie richtet sich an: Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten.

Heft Nr. 3

- O Kommentare zur Arbeitslosigkeit in der BRD, Eurosozialismus, Studentenbewegung in Italien
- O der gesellschaftliche Hintergrund der Studentenbewegung in Italien
- O Jean Elleinstein: Die Linksunion und ihr Verhältnis zur Sowjetunion
- O C. Buci-Glucksmann: Eurokommunismus
- O Klassenstruktur in den Metropolen des Kapitals (mit Karten-Beilage)

Die **„Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus"** erscheinen z.Zt. viermal im Jahr mit einem Umfang von ca. 240 Seiten pro Heft. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 12,–; Abonnementpreis für 4 Hefte: DM 44,–.

VSA
Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA,
Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36



Galeano: Die offenen Adern Lateinamerikas

Geschichte eines Kontinents

– Eduardo Galeano: „Die offenen Adern Lateinamerikas" 3. Auflage, Wupptertal 1976, DM 18,–

Darüber daß ein Defizit an Kenntnissen über lateinamerikanische Geschichte herrscht, kann kein Zweifel bestehen. Es überwiegen entweder gängige, von Europäern geschriebene Geschichtswerke mit Neigung zur Faktenhuberei oder Handbuchartikel, die nur Teilbereiche vermitteln und die historische Komponente vernachlässigen. Theoretische Ansätze, wie von den Dependenztheoretikern vorgetragen, haben den Nachteil, wenig anschaulich und konkret zu sein. Hier Abhilfe zu schaffen und eine Informationslücke, zumindest was den ökonomischen Bereich der Geschichte angeht,zu schließen, ist das vor kurzem in der 3. Auflage erschienene Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas" in der Lage. Es ist dem Peter Hammer Verlag, der im Gegensatz zu anderen deutschen Verlagen sein Lateinamerika Programm nicht auf das personalistische Angebot von einzelnen Schriftstellern, sondern auf die Vermittlung von Sachthemen aus dem gesellschaftspolitischen Bereich ausgerichtet hat, positiv anzurechnen, daß dabei der Preis völlig unüblicherweise von über 20,– DM bei den ersten Auflagen auf 18,– DM gesunken ist.
Galeano, dessen neuer Roman „La canción de nosotros" (Unser Lied) dieses Jahr erscheinen soll, lebt seit einigen Monaten im spanischen Exil, nachdem zunächst die Zeitschrift „Marcha" in Uruguay und später die Zeitschrift „Crisis" in Argentinien, die er als Chefredakteur geleitet hatte, von den jeweiligen Militärregierungen verboten wurden.
Schon als Oberschüler schrieb Galeano für Zeitungen und Zeitschriften. Wer aber von einem journalistischen Stil Nüchternheit und scheinbare Ausgewogenheit erwartet, dem sei von der Lektüre des vorliegenden Buches abgeraten. Für Galeano ist Journalismus Mittel für eine rebellische Kultur, richtet sich historische Darstellung gegen die Verfälschung der Vergangenheit, und soll das Ziel der lateinmaerikanischen Literatur die kollektive Identitätsfindung in einer eigenen Kultur sein.
Diese Anschauungen, die er auch auf dem Kolloquium der Frankfurter Buchmesse im Herbst vergangenen Jahres mit Vehemenz verfochten hat (1), prägen das Buch ebenso wie sein Ansatz, die Geschichte Lateinamerikas unter ökonomischen Gesichtspunkten vorzustellen. Dabei wird von einer Abhängigkeitsbeziehung ausgegangen, in der die lateinamerikanischen Länder gleichsam die Peripherie bilden, der die wechselnden, zunächst europäischen Wirtschaftsmächte,im Zentrum gegenüberstehen.
Die Geschichte der Unterentwicklung Lateinamerikas, so der Autor, ist ein Abschnitt in der Entwicklung des Weltkapitalismus. Der unermeßliche natürliche Reichtum des Subkontinents ist das Ziel der Eroberung und Ausbeutung Lateinamerikas und dient dazu, den Wohlstand anderer Länder zu nähren. So erscheint die historische Entwicklung Lateinamerikas als ein Szenarium mit wechselnden Aufsehern und Nutznießern: Auf die Spanier, Portugiesen und Engländer folgen die Nordamerikaner.
Wo sich die Wirtschaftsstruktur dermaßen stark auf die Ausfuhr konzentriert, lassen sich ganze historische Zeitabschnitte auf ein einziges Exportprodukt reduzieren. Ablesbar sind sie bereits an den Kapitalüberschriften: Auf das „Gold- und Silberfieber" folgt die Vorherrschaft von „König Zucker und anderen Landwirtschaftsmonarchen" wie dem Kaffee oder dem Fleisch.
Wie der ausländische Bedarf den Aufstieg und Fall ganzer Städte und Regionen bedingen kann, wird anhand von vielen Beispielen deutlich. Etwa, wenn Galeano die Geschichte des „Cerro Rico", des reichen Hügels der Stadt Potosi im heutigen Bolivien erzählt. Einst, als die Kolonialherren hier Edelmetalle schürften, war sie eine blühende Stadt, die Maler und Handwerker aus Europa anzog und zahlreiche Werke religiöser Kunst hinterließ, die jetzt in den geschlossenen Kirchen verfallen. Heute hat die Stadt dreimal weniger Einwohner als vor vier Jahrhunderten: der reiche Berg ist längst erschöpft. Oder der Bau des Amazonastheaters im brasilianischen Urwald, baulicher Ausdruck der zu Beginn des Jahrhunderts aufgrund des Naturkautschukbooms zusammengerafften Vermögen, zu dessen Einweihung eigens der Tenor Caruso für märchenhafte Summen herbeigeschafft wurde und das, nachdem sich die Kautschukanbaugebiete in andere Weltregionen verlagerten, einem schnellen Verfall anheimfiel.
Für den Leser erweist sich die Tatsache, daß Galeano Schriftsteller und Historiker in einer Person ist, als Gewinn. Der Erzählfluß bleibt, obwohl mit einer Menge wissenschaftlicher Anmerkungen versehen, immer lebendig, wodurch es gelingt, eine Fülle historischer Fakten zu vermitteln. Beinahe in Form eines Romans wird hier Geschichte gegenwärtig, wozu auch das Verfahren des Verfassers beiträgt, gerade zur Dokumentation der Frühzeit die Zeugnisse von Zeitgenossen heranzuziehen, unter denen Alexander von Humboldt zu den am häufigsten zitierten Chronisten zählt.
Der Titel des zweiten Teils, „Die Entwicklung ist eine Reise mit mehr Schiffbrüchigen als Seefahrern", in dem die Geschichte seit der Unabhängigkeit von Spanien dargestellt wird, ist bereits Aussage. Von einer kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung kann nicht berichtet werden; der aufkommende englische Freihandel führt eher zur Zerstörung der entstehenden nationalen Industrie. Der Reichtum verbleibt selten im Lande, kann kaum zum Aufbau einer eigenen Industrie genutzt werden. Technischer Fortschritt bedeutet meist einen Rückschritt in den Beschäftigungszahlen. Innerhalb jedes Landes wiederholt sich das System der Beherrschung, etwa in der dominanten Bedeutung der Hafenstädte oder der Struktur des Eisenbahnnetzes.
Galeanos Beobachtungen decken sich mit den Ergebnissen der Vertreter der sogenannten „Dependenztheorie", die im letzten Jahrzehnt unter den kritischen lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlern entstanden ist und die die Unregelmäßigkeiten in der Entwicklung Lateinamerikas aus dem Abhängigkeitsverhältnis zu den Industriestaaten zu deuten versucht.

Umfassende Gründe für die verschiedenartige Entwicklung der beiden Teile Amerikas werden angeführt: Während

Mittel- und Südamerika kolonialisiert und durch wechselnde Glücksritter ausgezehrt wurden, siedelten sich in Nordamerika sparsame Pioniere an, die sich selbst an der Arbeit beteiligten.
Schwerwiegender noch wirkte sich die Frage der Herausbildung einer Gesamtnation aus. In den Vereinigten Staaten wurden die einzelnen Kolonien bald zur Nation, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts kontinuierlich erweiterte, während sich der Süden Amerikas in viele kleine Staaten aufsplitterte und damit desintegrierend auf die wirtschaftliche Entwicklung wirkte. Die Herstellung einer gesamtlateinamerikanischen Einheit bleibt nach Ansicht des Autors eine noch zu lösende politische Aufgabe.
Insgesamt liegt ein aufschlußreiches Buch (in gelungener Übersetzung) vor, das einerseits in gut lesbarer Form dem Leser Verständnis für die Geschichte eines Kontinents vermittelt und andererseits Aufschluß über das Denken engagierter lateinamerikanischer Schriftsteller und Historiker gibt.



Denn für Galeano und mit ihmdiemeisten lateinamerikanischen Schriftsteller ist Literatur, wie gerade die Frankfurter Buchmesse 1976 deutlich gezeigt hat, niemals Selbstzweck oder reine Unterhaltung.
Vorliegendes Buch bildet hierin keine Ausnahme, wie der Schlußsatz, auf die Situation und Zukunft Lateinamerikas bezogen, belegt: „Für einige ruht das Schicksal im Schoße der Götter, aber in Wirklichkeit tritt es als brennende Herausforderung für das Gewissen der Menschen in Erscheinung."

N. W.

1) Vgl. dazu seinen dort gehaltenen Beitrag „Literatur und Gesellschaft in Lateinamerika". Abgedruckt in „Cultrun" Nr. 8, März 1977, Zürich, S. 12-15, sowie in „Zeitschrift für Kulturaustausch", 27. Jg. 1977, Inhalt – „Lateinamerika – Colloquium 1976", 7 Stuttgart 1, Charlottenplatz 17.

SIPRI-Jahrbuch über Waffengeschäfte 1977

Der weltweite Rüstungswahn

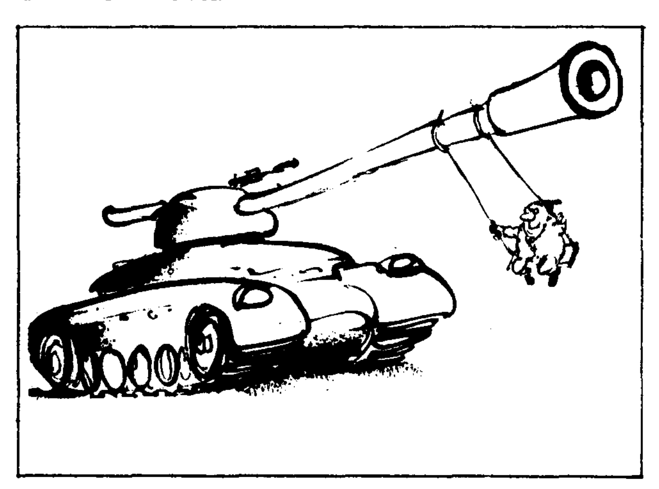
World Armaments and Disarmaments
SIPRI Yearbook 1977
Cambridge (Mass.)/London/Stockholm 1977
(The MIT Press/Almqvist & Wiksell)

Alle Jahre wieder kommt das SIPRI-Buch. Und alle Jahre wird eindringlich demonstriert, welche wahnwitzigen Dimensionen die weltweite Militärmaschinerie angenommen hat:

– 1976 betrugen die Rüstungsausgaben der gesamten Welt ca. 334.000.000.000 (334 Mrd.) US-$ (ca. 768,2 Mrd. DM). Das ist ungefähr dreißigmal mehr als im Jahre 1900 (bei konstanten Preisen). Weitere Vergleichszahlen: Der Bundeshaushalt der BRD betrug 1976 164 Mrd. DM, die globale offizielle 'Entwicklungshilfe' für die Dritte Welt ca. 25 Mrd. US-$.
  Auffallend ist der immer größer werdende Anteil der Länder der Dritten Welt. Vereinigten 1957 die NATO und der Warschauer Pakt auf sich noch 85 % der Welt-Rüstungsausgaben, so waren es 1976 „lediglich" 70 %. Die Dritte Welt hingegen (China ausgenommen) steigerte sich kontinuierlich von 3,2 % (1955) auf 15 % bzw. 51 Mrd. US-$ im Jahre 1976 (1975: 12 %), wovon allein 53 % auf den Mittleren Osten entfielen.
– Der internationale Waffenhandel ist praktisch außer Kontrolle geraten. Er wird fast ausschließlich von den vier größten Waffenproduzenten USA (34 %), UdSSR (34 %), Großbritannien (10 %) und Frankreich (10 %) getätigt. Die Dritte Welt ist zum Großabnehmer avanciert: Mit 7312 Mrd. US-$ lag 1976 der Wert der Importe an schweren Waffen um mehr als 16 % über dem Vorjahrswert (1965: 1558 Mrd. US-$).
  Hierbei ist die starke Konzentration von Rüstungsexporten in die Länder des Mittleren Ostens zu beachten. Mit 52 % der gesamten Rüstungsimporte aller Dritte-Welt-Länder liegen sie einsam an der Spitze, allen voran der Iran, der 1976 ca. 40 % der amerikanischen Exporte an schweren Waffen aufnahm (vgl. bes. S. 319 f.). Aufgrund der hohen Waffenkäufe des Mittleren Ostens gibt es heute in dieser Region ebensoviele Kampfflugzeuge und Panzer wie in den NATO-STREITKRÄFTEN Europas.
  Der Anteil der USA am Gesamtexport schwerer Waffen in die Dritte Welt betrug 1976 etwa 40 %, der der UdSSR etwa 20 % und der Großbritanniens und Frankreichs jeweils ca. 8 %. Es muß dringend darauf hingewiesen werden, daß SIPRI nur den Handel mit schweren Waffen, also: Flugzeuge, Raketen, Panzer und Schiffe, berücksichtigt. Diese Waffen machen wahrscheinlich die Hälfte des Gesamthandels mit militärischen Gütern aus.
– Die Verbreitung von Nukleartechnologie (Hauptexporteure: USA, UdSSR, Großbritannien, Kanada, Frankreich, BRD, Schweden, Japan) erhöht die Gefahr einer Atomwaffenproduktion im Weltmaßstab. 1984 werden aller Voraussicht nach 29 Nicht-Nuklear-Waffen-Staaten über Atomreaktoren verfügen, die jährlich ca. 30 000 kg Plutonium produzieren – genug, um t ä g l i c h zehn 20 Kilotonnen-Atombomben zu bauen.
– Rund alle drei Monate passiert ein Unfall mit Atomwaffen.

– Die gefährlichste gegenwärtige Entwicklung in der Militärtechnologie ist die beständige Verbesserung der Treffsicherheit der Trägersysteme. Mitte der 80er Jahre werden die strategischen Atom-Waffen eine Treffsicherheit von 30 Metern bei einer Reichweite von 13 000 KM besitzen. Gesteuert werden diese Super-Waffen über ein allumfassendes Satellitensystem, das 1976 bereits 1386 Stück umfaßte.
– Sämtliche Abrüstungsverhandlungen in den letzten 15 Jahren haben zu keinem substantiellen Ergebnis geführt. Rüstungskontrolle kann lediglich zu einem Management des Rüstungswahns führen, besonders zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR. Das Verbot biologischer Waffen fällt darunter: Sie besitzen nämlich einen geringen militärischen Wert.

Angesichts dieser Fakten heißt es sodann gleich im Vorwort des Buches, daß die Möglichkeit eines vernichtenden nuklearen Weltkrieges ständig steige. Das nukleare Wettrüsten, der internationale Waffenhandel, die ständige Gefahr einer Ausbreitung der Atomwaffenproduktion durch Kernenergieexporte, sie alle steuern ihren Teil zur drohenden Vernichtung der Menschheit bei.



Krieg wird wieder kalkulierbar. Dies ist wohl einer der ganz zentralen Aussagen des SIPRI-Yearbook. In Zukunft wird es möglich sein, dank optimaler Treffsicherheit der Trägersysteme den Kirchturm des Freiburger Münsters atomar zu zerstören, und nicht mehr, wie bisher, ganz Süddeutschland oder gar ganz Deutschland. Die Hemmschwelle, auf den Atom-Kopf zu drücken, wird immer niedriger. Das alte Prinzip des Alles oder Nichts ist durch das kalkulierbare Risiko des punktuellen, graduell ansteigenden Angriffs abgelöst worden.

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) ist ohne Zweifel eine erhabene Wissenschaftsanstalt. Seit seiner Gründung im Jahre 1966 erhält es seine finanziellen Zuwendungen vom schwedischen Parlament, wird aber von einem internationalen Wissenschaftlerstab getragen. Parteilichkeit scheint hier ausgeschlossen zu sein. Seriosität und, damit einhergehend, Autorität wird dem Institut von allen Seiten zuerkannt. In internationalen Gremien, auf Konferenzen oder auch bei Verhandlungen dient es als verbindliche Informationsquelle. Höchstens Ultrareaktionäre sehen da wieder ein Machwerk kommunistischer Infiltration.

Aber trotz Unabhängigkeit, Seriosität und Autorität ist das SIPRI-Yearbook eben nur ein Jahrbuch. Zweifelsohne ein sehr wertvolles Nachschlagewerk, voller Fakten, Details, in großen übersichtlichen Statistiken aufgereiht. Doch die Frage nach dem Warum wird nicht gestellt. Warum denn Rüstungsproduktion? Warum denn diese wahnwitzigen Steigerungsraten?

Hier muß man nach anderen Werken Umschau halten. Für das deutsche Publikum bieten sich die tiefgehenden Analysen von P. Sweezy, P. Baran, K. von Weizsäcker, E. Mandel, D. Senghaas und J. Galtung an. Für den Bereich Dritte Welt gilt es besonders, das Bändchen „Rüstung und Unterentwicklung" von U. Albrecht et al. zu Rate zu ziehen (vgl. Rezension in Heft 54).

Gute Wissenschaft fordert ihren Preis und – Exklusivität. Das ist so im wohlverstandenen Interesse der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn schon aufklärende Literatur nicht direkt unterbunden werden kann, dann schaltet man sie durch den Mechanismus des freien Spiels der Kräfte aus. Das heißt konkret: 140 SKR oder 75,25 DM für 421 Seiten antimilitaristischer Information.

Interessierte sollten daher mit der sehr informativen Broschüre „World Armaments. The Nuclear Threat" Vorlieb nehmen. Sie faßt die Ergebnisse der jüngsten SIPRI-Publikationen exakt zusammen, zu einem erstaunlich angenehmen Preis: 5 SKR. (Bestellung bei: SIPRI, Sveavägen 166, S-11346 Stockholm, Sweden. Einzelexemplare kostenlos.)

jür

HINWEIS:

Das in der Nummer 62 der „blätter des iz3w" besprochene Kinderbuch „Komm ich zeig Dir, wo wir wohnen" (von Christel Orzechowski/Berna Schulte) ist im JUGENDDIENST VERLAG, Wuppertal (Adresse: 5600 Wuppertal 2, Postfach) erschienen. Diese Angaben wurden in der letzten Ausgabe der „blätter..." leider vergessen.

Red.

ANZEIGE



Neu aufgelegt!
„ERZIEHUNG ZUR SOLIDARITÄT"
Materialien zu Paulo Fereires politischer Alphabetisierungskampagne
Hs. Joachim Wilhelm / Hartmut Futterlieb
DM 2,50
2., unveränderte Auflage
zu beziehen durch:
iz3w
Informationszentrum Dritte Welt
Scheffelstraße 49 – Postfach 5328
D-7800 Freiburg i. Br.



POLITISCHES ASYL IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Eine Dokumentation von amnesty international, Sektion der BRD, Venusbergweg 48, 5300 Bonn; Preis: DM 8,– (für Mitglieder DM 5,–)

Nach der Verfassung steht jedem politisch Verfolgten ein Recht auf politisches Asyl zu. Das deutsche Recht hat die großzügige Regelung des Vertragsvölkerrechts übernommen und kann als mustergültig bezeichnet werden – auf dem Papier.
Verwaltungspraxis und Rechtsprechung haben das Recht in sein Gegenteil verkehrt, brechen tagtäglich ihr eigenes Normprogramm, setzen das Grundgesetz, auf dem sie stehen wollen, allemal auf Grund.
„Wir haben", heißt es in der Dokumentation, „in der Vergangenheit mit allergrößter Sorge eine nicht mehr vertretbare Behandlung politischer Flüchtlinge erleben müssen."
Es wird, wen wundert's, mit zweierlei Maß gemessen. Der Oberhüter liberalen Gedankenguts (Abhören als praktizierte Bürgernähe), Rechtsprofessor Maihofer, plant im Einvernehmen mit den Länderinnenministern weitere Verschlechterungen des Asylverfahrensrechts.
Asylsuchende aus osteuropäischen Staaten haben eine hohe Anerkennungsquote – 1975 waren es 92,2 %, die anerkannt wurden. Die Anerkennungsquote lag insgesamt jedoch nur bei 35,7 %, 1976 bei 22,3 %. Flüchtlinge aus Bulgarien haben eine 95,2%ige Anerkennungschance, Flüchtlinge aus dem Iran nur eine 5%ige.
Sicher, viele Asylsuchende aus Osteuropa werden politische Motive haben,und manche Asylsuchende aus der Dritten Welt kommenaus wohlhabenden Kreisen und versuchen, ihren ausländerrechtlichen Status aus naheliegenden wirtschaftlichen Gründen zu verbessern (letzteres gilt natürlich auch für viele Ostblock-Flüchtlinge).
Dennoch sprechen die Zahlen eine klare Sprache über die Diskriminierung Asylsuchender aus der Dritten Welt.
Die zahllosen rechtlichen, sprachlichen, ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten, die Asylanten in der BRD haben, können hier nicht einzeln dargestellt werden. Die ai-Dokumentation kann jedem zur Lektüre empfohlen werden, der sich mit der Verteidigung der Rechte politisch Verfolgter befassen will. Denn die Verfolgung findet hierzulande ihre Fortsetzung.

as

Austauschinserat

der überblick

Quartalsschrift der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit

„der überblick" versucht, die jeweilige Problematik mit Hilfe von sachlicher Information, interessanten Berichten, aber auch mit Kritik rundherum auszuleuchten. Fotos und Cartoons ergänzen die Artikel. Deshalb eignet sich die Zeitschrift gut als Arbeitsgrundlage für Seminare und Tagungen.
Zehn Mark (zuzüglich Porto) kostet ein Jahresabonnement. Ein Probeheft gibt es bei

Redaktion „der überblick"
Mittelweg 143
2000 Hamburg 13
Telefon: 040/4104808

Presseerklärung des KB (5.4.1977)

Am 5.4. fällte das Amtsgericht Hamburg ein bemerkenswertes Urteil. Geklagt hatte die SPD Hamburg gegen das Plakatieren eines Berufsverbote-Posters, das zur Wahlkampfzeit als Einlage in der Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes (KB) „Rebell" erschienen war. Das Poster enthielt auf schwarz-rot-goldenem Hintergrund die Aufschrift: „Berufsverbote. Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland – SPD". Dazu eine Liste von 128 Berufsverbote-Fällen aus sozialdemokratisch regierten Bundesländern.
Die SPD reagierte prompt und stellte in Absprache mit ihrem Bundesvorstand Strafanzeige wegen „Beleidigung", „übler Nachrede", „Ehrverletzung" usw. „Diese zynische Aktion will uns in der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht rücken", hieß es in einer Stellungnahme. In mehreren Städten der BRD wurden Beschlagnahme-Aktionen durchgeführt. Leute, die das Plakat öffentlich anbrachten, wurden von der Polizei belästigt und angezeigt.
Wie schon zuvor das Amtsgericht Münster in derselben Angelegenheit entschied auch das Amtsgericht Hamburg auf Freispruch. Der Argumentation des Staatsanwalts, der das Plakat als „hinterhältig" bezeichnet hatte, mochte sich das Gericht nicht anschließen. Der Begriff Berufsverbote sei in die Umgangssprache eingegangen, und schließlich hätten ja auch eine ganze Menge Leute die Folgen des Radikalenerlasses beruflich zu spüren bekommen. Kritik, daß sie verfassungswidrig handle, müsse sich die SPD schon mal gefallen lassen.
Die SPD täuscht sich jedoch, wenn sie meint, für uns sei die Sache damit erledigt. Wir erinnern an die Tatsachen:

- daß der bloße Gebrauch des Wortes Berufsverbote als linksradikale Lügenpropaganda diffamiert wird;
- daß Berufsverbote im Westdeutschen Rundfunk per Dienstanweisung aus der deutschen Sprache gestrichen sind;
- daß Jungsozialisten in der SPD mit Parteiausschluß zu rechnen haben, wenn sie von Berufsverboten sprechen oder gar schreiben;
- daß die Zeitungen das schlimme Wort beflissen in Anführungszeichen setzen und mit einem „sogenannt" oder „angeblich" versehen.

Die gesamte „Es-gibt-keine-Berufsverbote"-Kampagne der SPD ist ein kläglicher Reinfall geworden – und zwar im Inland wie im Ausland.
Die Verantwortung für den Tatbestand der Berufsverbote leugnen zu wollen, indem man schlicht den Gebrauch des Wortes verbietet, ist ein groteskes Unternehmen.
Wir fragen: Wird es SPD-Mitgliedern zukünftig erlaubt sein, öffentlich von Berufsverboten zu sprechen? Wird die SPD-eigene Presse (wie auch die Gewerkschaftspresse!) ihre verbalen Verrenkungen aufgeben und wieder zur Umgangssprache zurückkehren? Oder aber geht die SPD in die Berufung?!

Viktor Lütertz
Königsstr. 97

4150 Krefeld 1

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

ENTWICKLUNGSHELFER

Der DED sucht für die Mitarbeit im Entwicklungsdienst der Vereinten Nationen in

GUINEA – BISSAU

1 Apotheker

1 Dipl.-Ingenieur / Architekt

1 Stadt- und Regionalplaner

1 Bau-Ingenieur

1 Straßenbau-Ingenieur

Voraussetzungen: Abgeschlossene Berufsausbildung, Mindestalter 21 Jahre.

Berufserfahrung und portugiesische oder französische Sprachkenntnisse sind nicht in allen Fällen Bedingung, jedoch erwünscht.

Geboten wird ein 2-Jahres-Vertrag (Verlängerung möglich) mit einem ausreichenden Unterhalt, mit Beihilfen und voller sozialer Absicherung und einer bis zu viermonatigen Vorbereitung incl. Intensiv-Sprachkurs.

• Schicken Sie mir unverbindlich Ihr Informationsmaterial

Beruf

Vor- und Zuname

Jahre Berufserfahrung

Alter, Fam.-Stand, Zahl der Kinder

Straße

PLZ Wohnort

Deutscher Entwicklungsdienst
Postfach 783
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon (0 22 21) 30 81

blätter des iz3w

Abonnierzettel

Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ ruckwirkend von Anfang dieses Jahres

☐ ab der letzten erschienenen Nummer

☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / oS 200,00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin . . . .
und abonniere zum ermaßigten Preis fur Schuler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. vor DM 20,– / oS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr.

Absender (bitte in Druckschrift)

. . . .

Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.